Ausschuß für die Hochschulstatistik

34. Sitzung des Ausschusses am 19. April 1985 in Wiesbaden

Neuere Entwicklungen an den Hochschulen und ihre Auswirkungen auf die Studenten- und Prüfungsstatistik

Referate

Statist. Bundesamt - Bibliothek
09-05732
(09.2474)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Inhalt

Seite

Vorbemerkung 5

Studentenstatistik im Wandel des studentischen Verhaltens

DIPL.-VOLKSW. H. SCHMITZ
Universität Münster

- Zulassungsbeschränkungen in einzelnen Fächern und ihre Folgen für das Immatrikulationsverhalten der Studierenden 7

DR. K. LEWIN
Hochschul-Informations-System (HIS) GmbH Hannover

- Studienaufnahmeverhalten und Lebensalter bei Abschluß des Erststudiums 19

DR. E. BERNING
Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung München

- Unterschiedliche Studiendauern in gleichen Studiengängen an verschiedenen Hochschulen in Bayern 27

DIPL.-VOLKSW. R. REISSERT
Hochschul-Informations-System (HIS) GmbH Hannover

- Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf Studiendauer und Exmatrikulationsverhalten 45

Prüfungsstatistik

PROF. DR. W. STROBEL
Universität Hamburg

Prüfungsstatistik und Hochschuleffizienz
- Die Bedeutung der Prüfungsstatistik für die Effizienzanalyse 53

DR. A.-F. MÖNCKE
Statistisches Bundesamt Wiesbaden

- Ergebnisse, Probleme und methodische Fragen aus der Sicht der Bundesstatistik 135

Vorbemerkung

Der Ausschuß für die Hochschulstatistik beim Statistischen Bundesamt besteht seit 1971. Über seine Tätigkeit hat er alle zwei Jahre schriftlich berichtet, zuletzt im 6. Bericht für den Zeitraum 1982/83, der nach § 17 Abs. 2 des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453) den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen war. Dieser Bericht ist allen Hochschulen zugegangen, die auch die Ergebnisprotokolle der Ausschußsitzung erhalten. Er ist am 9.2.1984 als Bundestags-Drucksache Nr. 10/987 veröffentlicht worden.

In den vergangenen Jahren hat der Ausschuß sich bemüht, auch Fragestellungen im Vorfeld der statistischen Erhebungen aufzugreifen und so das Expertenwissen der Ausschußmitglieder für die Anpassung der Statistiken an neue Fragestellungen besser zu nutzen. Eine der jährlichen Sitzungen ist der vertieften Diskussion eines solchen Themenschwerpunkt vorbehalten. Nach früheren Fachgesprächen zu den Themen "Studienverlaufsauswertungen der Studentenstatistik" und zur "Ermittlung und Aussagekraft von hochschulstatistischen Kennzahlen" fand im Rahmen der 34. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik am 19. April 1985 ein Fachgespräch über "Neuere Entwicklungen an den Hochschulen und ihre Auswirkungen auf die Studenten- und die Prüfungsstatistik" statt, das u.a. Fragen des Studienaufnahmeverhaltens, der Studiendauer und des Hochschulabgangs von Studenten und Absolventen sowie deren Zusammenhänge mit dem Arbeitsmarkt behandelte.

Die Texte der zum Schwerpunktthema der Fachtagung vorgetragenen Referate wurden in der hier vorgelegten Broschüre zusammengestellt, die als Ergänzung des Ausschußprotokolls auch den Empfängern an den Hochschulen zugeht. Der Druck konnte erst im November d.J. erfolgen, weil einige Referate, insbesondere der Beitrag von Prof. Dr. Strobel, seitens der Verfasser nachträglich ergänzt und erweitert worden sind.

Nachbestellungen und Anregungen zu der Veröffentlichung bitten wir an die Geschäftsstelle des Ausschusses für die Hochschulstatistik zu richten (Statistisches Bundesamt, VII C, Postfach 55 28, 6200 Wiesbaden). Stellungnahmen zu den Beiträgen selbst werden an die Autoren erbeten.

H. Schmitz
Universität Münster

Zulassungsbeschränkungen in einzelnen Fächern und ihre Folgen für das Immatrikulationsverhalten der Studierenden

Nach dem sogen. Numerus clausus Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1972 (BVerfGE 33.303) ist das in Art. 12 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem allgemeinen Gleichheitssatz und dem Sozialstaatsprinzip gewährleistete Recht des Studienberechtigten auf Zulassung zum Hochschulstudium nur auf gesetzlicher Grundlage und unter ganz bestimmten Voraussetzungen einschränkbar. Gemäß dem mit Wirkung vom 1. Mai 1973 in Kraft getretenen Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen dürfen Höchstzahlen für die Aufnahme von Studienbewerbern nicht niedriger angesetzt werden, als dies zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium unbedingt erforderlich ist. Inhaltsgleiche Länderverordnungen über die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung regeln seither weitere Einzelheiten der Kapazitätsermittlung und -festsetzung. In der Folgezeit haben sich in Abhängigkeit von dem jeweiligen Verhältnis von Bewerberzahl und Zahl der verfügbaren Studienplätze in den einzelnen Fächern höchst unterschiedliche Zulassungsbedingungen herausgebildet: In einigen Fächern kommt trotz Spitzennoten und/oder langen Wartezeiten nur ein Bruchteil der Bewerber zum Zuge, andere Fächer sind völlig frei zugänglich. Zudem haben sich die Zulassungsbedingungen für einzelne Fächer im Zeitablauf geändert.

Nun wirken sich die Zulassungsbeschränkungen nicht nur auf die Studentenzahlen der betreffenden Fächer aus, sie beeinflussen darüber hinaus das Immatrikulationsverhalten allgemein und damit auch die Studenten- bzw. Studienanfängerzahlen in anderen Fächern.

In welcher Form dies geschieht und welche Auswirkungen sich daraus für die Studentenstatistik ergeben, wird im folgenden exemplarisch

an den Verhältnissen und Geschehnissen in einzelnen an der Universität Münster angebotenen Fächern dargestellt. Die Ausführungen basieren dabei auf Erkenntnissen, die aus vier Quellen, nämlich aus der Studenten-, Studiengangs-, Studiengangswechsel- und Belegerstatistik gewonnen wurden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß an der Universität Münster Belegpflicht besteht.

Hinsichtlich ihrer Zulassungsbedingungen lassen sich die Fächer zu Fächergruppen zusammenfassen und wie folgt beschreiben:

1. Fächergruppe: Fächer mit 'hartem' Numerus clausus
   In diesen Fächern liegt die Zahl der Bewerber um ein Vielfaches über der Zahl der verfügbaren Studienplätze. Nach der Stärke des Bewerberüberhangs sind in dieser Reihenfolge die Fächer Zahnmedizin, Medizin, Pharmazie, Biologie und Psychologie zu nennen. Gemeinsam ist diesen Fächern, daß sowohl das erste als auch die höheren Fachsemester sowie alle innerhalb des Faches/der Lehreinheit möglichen Studiengänge - ein Studiengang ist definiert durch das Fach und die angestrebte Abschlußprüfung - zulassungsbeschränkt sind. Charakteristisch ist für die hier angesprochenen Fächer zudem, daß Jahr für Jahr mehrere tausend Anträge/Klagen auf Zulassung zum Studium an die Verwaltungsgerichte ergehen.

2. Fächergruppe: Sonstige Fächer des Auswahlverfahrens
   Auch in dieser Fächergruppe übertrifft die Zahl der Studienplatzbewerber die Zahl der verfügbaren Plätze deutlich, so daß nicht jeder Studienbewerber einen Studienplatz in dem entsprechenden Studiengang erhält. Zulassungsbeschränkungen bestehen zwar für alle von dieser Lehreinheit angebotenen Studiengänge, im Unterschied zur ersten Fächergruppe allerdings nur für das erste Fachsemester. Was die Härte der Zulassungsbeschränkungen angeht, läßt sich der Unterschied zu den Fächern der ersten Fächergruppe am besten daraus ersehen, daß es trotz zahlenmäßig beachtlicher Bewerberüberhänge in diesen Fächern bisher nicht/kaum zu Verwaltungsgerichtsstreitigkeiten gekommen ist. Die Studienplatzbewirtschaftung kann dabei zentral durch die ZVS oder dezentral erfolgen. Soweit die Vergabe der Studienplätze nicht über die Dortmunder ZVS erfolgt, sondern dezentral wie in

den sogen. Orts-NC-Fächern, sollte im Hinblick auf eine sachgerechte Interpretation der Bewerberzahlen allerdings die systembedingte Wahrscheinlichkeit/Praxis von Mehrfachbewerbungen bedacht werden.

3. Fächergruppe: Fächer des besonderen Verteilungsverfahrens
   In diesen Fächern erhält zwar jeder Studienbewerber einen Studienplatz (Studienplatzgarantie), aber nicht unbedingt an der gewünschten Hochschule. Die Zulassungsmodalitäten gleichen bei allerdings zentraler Studienplatzvergabe denen der zweiten Fächergruppe.

4. Fächergruppe: Teilbewirtschaftete Fächer
   Hier ist nur ein Teil der von den Lehreinheiten angebotenen Studiengängen zulassungsbeschränkt. Zulassungsbeschränkt ist dabei nur der Zugang zum 1. Fachsemester.

5. Fächergruppe: Fächer ohne Zulassungsbeschränkungen

Im weiteren seien nur jene Studienberechtigten betrachtet, die in dem von ihnen gewünschten Studiengang nicht zum Zuge kommen, jedenfalls nicht unmittelbar. Die Frage ist, wie sie auf die für den von ihnen gewünschten Studiengang bestehenden Zulassungsbeschränkungen einschreibungsmäßig reagieren. Dies hängt ab von der Intensität des eigentlichen Studienwunsches, hat aber auch mit Wesensmerkmalen des Studienganges/Faches zu tun, zu dem ihnen der Zugang (zunächst) verwehrt wurde.

Betrachten wir zunächst einen Studienberechtigten, der unbedingt ein 'hartes' NC-Fach studieren möchte, sich aber keine Chancen auf direkte Zulassung ausrechnet bzw. einen solchen, dessen Bewerbung um einen Studienplatz von der ZVS abschlägig beschieden wurde. Ein solcher Typus Studienberechtigter wird alles unternehmen, um so schnell wie möglich zum Ziel, d.h. zum eigentlich angestrebten Studiengang zu kommen. Es liegt von daher nahe, daß er sich an einer Hochschule einschreibt, die diesen Studiengang anbietet. Er wird sich dort für ein Fach einschreiben, das gewisse Affinitäten zum eigentlich gewünschten Studiengang aufweist. Das sind erfah-

rungsgemäß jene Fächer/Lehreinheiten, die Dienstleistungen für die zulassungsbeschränkten Studiengänge erbringen. Es bietet sich so die Möglichkeit, für das eigentlich angestrebte Studium anrechenbare Vorleistungen zu erwerben und somit die Voraussetzungen für eine spätere Höherstufung nach erfolgter bzw. erwarteter bzw. eingeklagter Zulassung zu schaffen. Parallel dazu wird ein solcher Student sich bemühen, in möglichst viele für das eigentliche Studienziel relevante Veranstaltungen zu gelangen, um so möglichst wenig Zeit zu verlieren. Derartige Wirkungsabläufe sind in der Studentenstatistik nicht wiederzuerkennen. Vor Ort durchgeführte Untersuchungen zum Studiengangswechsel verbunden mit Untersuchungen zum Belegverhalten - an der Universität Münster besteht Belegpflicht - belegen Art und Stationen der Ausweichmanöver (1).

Etwas anders stellt sich die Situation für Studienberechtigte dar, die einen Studiengang der zweiten Kategorie anstreben. Da hier nur das 1. Fachsemester zulassungsbeschränkt ist, ist das eigentliche Ziel ähnlich wie im 1. Fall, dabei aber vergleichsweise kurzfristig zu erreichen. Der Umweg selbst ist nur kurz, dauert häufig nur ein Semester. Im Anhang ist die Entwicklung in zwei kleineren naturwissenschaftlichen Fächern mit starken Affinitäten zur Medizin und untereinander beschrieben worden. Während Fach A durchgehend zulassungsfrei war, war der Zugang zu B nur einmalig frei. Gegenüber den im 1. Fachsemester gestiegenen Studentenzahlen in dem 2. und höheren Fachsemestern (Fach B, bis auf die Kohorte des Studienjahres 1980/81) sind dafür ebenso ein Indiz wie die stark rückläufigen Fachsemesterbesetzungen in den affinen Fächern insbesondere in den ersten drei Fachsemestern (siehe Fach A).

Wiederum anders sieht es für den Studienberechtigten aus, der ein Fach des besonderen Verteilverfahrens studieren möchte. Aufgrund der bestehenden Studienplatzgarantie kommt er unmittelbar in 'seinem' Fach zum Zuge, wenn auch nicht an der von ihm gewünschten Hochschule. Ihm bleiben dann zwei Reaktions- bzw. Korrekturmöglichkeiten. Er akzeptiert und studiert an der Hochschule, an der ihm ein Platz zugewiesen wurde, und korrigiert ein oder wenige Semester später die 'Zwangsverschickung' oder er tut dies unmittelbar über die Einschreibung in einem zulassungsfreien offenen Studienfach/-

gang. Die Konsequenzen für die Studentenzahlen des ihn an der betreffenden Hochschule eigentlich interessierenden Faches sind in beiden Fällen gleich: Die Fachsemesterbesetzungen nehmen entgegen der natürlichen Entwicklung (Hochschulwechsel, Studienabbruch) zu, dementsprechend schnell und drastisch nehmen sie in den Ausweichfächern ab. An der Entwicklung der Studentenzahlen im Fach C, einem Fach aus dem Bereich der Rechts- und Gesellschaftswissenschaften, spiegelt sich die zweite Möglichkeit wider. Den Einfluß des Umsteigens vor Ort und/oder des Hochschulwechsels dokumentiert die Entwicklung der Fachsemesterbesetzung der einzelnen gestarteten Jahrgänge im Fach D, wie C ebenfalls aus dem Bereich der Rechts- und Gesellschaftswissenschaften. Auswertungen der Studiengangswechselstatistik und der Belegerdateien der entsprechenden Fächer bestätigen den schon anhand der Studentenstatistik gewinnbaren Eindruck nachhaltig.

Noch augenfälliger und unvergleichlich häufiger wird das einschreibungstaktische Verhalten von Studienberechtigten, die an und für sich den einzigen bzw. einen zulassungsbeschränkten Studiengang einer Lehreinheit, die darüberhinaus andere nicht zulassungsbeschränkte Studiengänge anbietet. Hier äußert sich einschreibungstaktisches Verhalten dergestalt, daß beispielsweise statt der angestrebten Abschlußprüfung "Lehramt" als angestrebte Abschlußprüfung 'Magister Artium' innerhalb derselben Lehreinheit angegeben wird. Das führt im Ergebnis dazu, daß in den betroffenen Lehreinheiten die Studienanfängerzahlen in den zulassungsbeschränkten Studiengängen deutlich hinter den entsprechenden Höchstzahlen für die Zulassung zurückbleiben, während die nur rechnerisch bestimmte, letztlich aber nicht festgesetzte Höchstzahl in den nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen bei weitem überschritten wird. Das ohnehin stark ausgeprägte einschreibungstaktische Verhalten, dessen Motiv am ehesten mit 'Ortswahl vor Fachwahl' zu beschreiben wäre, wird durch die Methodik der Kapazitätsberechnung und -festsetzung noch verstärkt. Der starke Anstieg der Studienanfängerzahlen in den Magisterstudiengängen, insbesondere in den traditionell lehrerbildenden Fächern belegt, daß zahlreiche Studienanfänger mit ihrer Einschreibung zunächst nur ihre Ortspräferenz realisieren und sich für das Studienfach festlegen, sich einen späteren Wechsel in

den Lehramtsstudiengang offenhalten wollen (2).

Sehr niedrige semesterliche Bruttoübergangsquoten in den Magisterstudiengängen und vergleichsweise hohe, zudem stabile Übergangsquoten in den Lehramtsstudiengängen, die sich für die Folgesemester feststellen lassen, bestätigen dies sehr nachhaltig. Deutlicher als in aggregierter Form (s. Tabelle 5 und 6) werden derartige gegenläufige Entwicklungen auf Fächerebene sichtbar (s. Tabellen 7-10).

Eine vergleichbare Variante war in den Fächern Kunstgeschichte, Publizistik und Völkerkunde zu verzeichnen, sämtliche Magisterstudiengänge, in denen bis zum Studienjahr 1981 nur das Hauptfach, nicht aber das Nebenfach zulassungsbeschränkt war. Hauptfach-Nebenfach-Relationen von 1:10 und mehr statt der natürlichen Relation von 1:2 bedingt durch die Magisterprüfungsordnung, die ein Haupt- und zwei Nebenfächer vorsieht, waren die Folge (3). Seit auch der Nebenfachzugang zulassungsbeschränkt ist, hat sich in allen drei Fächern nahezu das von der Prüfungsordnung erwartete Verhältnis eingestellt.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß Zulassungsbeschränkungen in einzelnen Fächern das Immatrikulationsverhalten und damit auch die Studentenzahlen in den nicht zulassungsbeschränkten Fächern nachhaltig beeinflussen. Das den einzelnen Fächern zugesprochene Ausmaß an Arbeitsmarktchancen scheint dabei die Beschaffenheit und Länge des Umwegs ebenso zu bestimmen wie die Regelungstiefe. Dies gilt es im Hinblick auf eine sachgerechte Interpretation der Studentenzahlen zu beachten. Eine auf die 'nackten' Zahlen beschränkte Interpretation ohne Berücksichtigung der Begleitumstände wird sich ansonsten leicht als voreilig und überzogen erweisen. Das Interpretationsrisiko nimmt dabei mit steigender Aggregation zu. Die Fehleranfälligkeit ist dabei umso größer, je häufiger und/oder je nachhaltiger sich die institutionellen Rahmenbedingungen ändern. Um beispielsweise echte von scheinbaren Trends einzelne Fächer oder angestrebte Abschlüsse betreffend unterscheiden zu können, sind die Studentenzahlen auf der Stufe der geringsten Aggregation, d.h. für die einzelnen Hochschulen auf der Fächerebene, um die besagten Effekte zu 'bereinigen'.

(1) Hermann Schmitz, Belegwesen - Folgt dem Verzicht das Datenloch?, in: DUZ 24/1982, S. 16f.

(2) Derselbe, Magisterboom in den Geisteswissenschaften - Einstieg ohne Berufschancen, in: DUZ 4/1981, S. 116f.

(3) Derselbe, Magisterstudiengänge - wie das Nebenfach zur Hauptsache wird, in DUZ 22/1981, S. 822f.

Tabelle 1: Mineralogie, Diplom (= Fach A)

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	35	1	27	1	15	1	-	-	10
SS 1980	1	15	1	20	-	10	1	2	-
WS 80/81	83	2	12	1	17	-	9	1	2
SS 1981	81	47	-	10	1	16	-	8	1
WS 81/82	78	46	25	-	6	1	16	-	7
SS 1982	88	49	26	17	-	6	1	16	-
WS 82/83	97	46	26	13	12	-	7	1	15
SS 1983	62	55	25	17	6	7	-	7	2
WS 83/84	87	28	35	10	15	4	7	-	6
SS 1984	59	51	24	29	10	12	4	7	-
WS 84/85	70	38	43	23	24	6	10	4	8
SS 1985	37	34	32	33	19	23	6	9	4

Tabelle 2: Geologie, Diplom (= Fach B)

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	25	1	22	3	23	5	8	9	52
SS 1980	1	23	2	19	3	16	5	9	8
WS 80/81	173	3	22	4	18	1	16	5	11
SS 1981	-	129	3	20	3	15	1	16	5
WS 81/82	32	2	79	5	19	4	14	2	15
SS 1982	-	35	1	62	4	18	4	17	2
WS 82/83	31	3	32	2	47	4	17	2	17
SS 1983	-	41	4	30	2	42	4	16	2
WS 83/84	28	4	39	3	30	2	36	3	14
SS 1984	-	35	4	39	4	27	3	33	4
WS 84/85	32	5	32	4	41	3	24	5	36
SS 1985	1	38	4	32	5	39	4	24	6

Tabelle 3: Volkswirtschaft, Diplom (= Fach C)

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	188	39	102	25	108	41	87	41	62
SS 1980	89	159	41	88	27	103	40	85	38
WS 80/81	323	72	141	41	71	23	96	39	87
SS 1981	142	219	64	122	50	69	24	92	35
WS 81/82	410	105	169	52	97	39	64	18	85
SS 1982	173	242	89	127	56	92	39	62	17
WS 82/83	589	117	199	74	89	52	83	41	61
SS 1983	86	372	89	160	66	77	45	77	37
WS 83/84	275	67	270	71	122	57	61	39	74
SS 1984	96	222	57	220	67	115	47	56	36
WS 84/85	287	81	191	54	184	57	96	40	59
SS 1985	121	199	74	166	56	157	55	90	35

Tabelle 4: Rechtswissenschaft, Staatsexamen (= Fach D)

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	461	167	560	158	555	250	589	250	585
SS 1980	189	599	184	602	156	556	247	594	249
WS 80/81	535	211	595	184	608	160	549	237	584
SS 1981	193	644	204	603	178	618	156	551	240
WS 81/82	679	219	645	193	607	174	625	152	549
SS 1982	210	818	220	644	196	613	176	626	150
WS 82/83	671	237	798	216	673	191	607	171	619
SS 1983	250	812	229	802	219	678	189	607	172
WS 83/84	613	269	809	224	811	206	694	185	603
SS 1984	222	708	267	784	230	805	207	683	184
WS 84/85	449	233	700	253	810	212	802	194	671
SS 1985	212	536	225	685	247	821	201	794	194

Tabelle 5: Uni insgesamt, Magister 1. Fach

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	666	220	490	158	299	115	217	101	165
SS 1980	328	534	209	426	152	282	100	201	94
WS 80/81	820	252	461	188	377	136	272	37	191
SS 1981	429	657	211	391	174	342	132	254	80
WS 81/82	862	334	528	175	354	158	312	121	250
SS 1982	392	729	286	481	163	351	152	300	119
WS 82/83	1042	330	627	250	430	161	329	143	287
SS 1983	434	853	291	573	234	408	163	321	138
WS 83/84	1350	342	263	499	211	380	155	307	123
SS 1984	481	1061	306	659	261	460	189	363	143
WS 84/85	1010	384	876	253	567	246	426	177	341
SS 1985									

Tabelle 6: Uni insgesamt, Lehramt Sekundarstufe II

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	906	281	1041	233	985	296	973	278	870
SS 1980	289	917	291	1044	268	995	310	962	265
WS 80/81	1098	302	908	307	980	256	963	302	945
SS 1981	358	1055	311	890	330	953	282	951	307
WS 81/82	1113	290	985	287	823	327	944	281	940
SS 1982	265	1015	271	963	311	805	326	932	274
WS 82/83	1105	342	1127	376	1029	388	901	368	1000
SS 1983	352	1003	332	1064	399	1018	380	880	358
WS 83/84	880	322	946	312	990	384	993	360	868
SS 1984	342	808	298	909	301	955	370	959	346
WS 84/85	834	294	773	275	832	291	925	348	908
SS 1985									

Tabelle 7: Studiengang Anglistik, Magister/ Promotion

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	42	6	31	9	15	11	10	6	7
SS 1980	15	29	8	27	8	16	8	12	5
WS 80/81	52	10	27	7	18	8	16	7	11
SS 1981	13	37	6	23	5	17	3	17	8
WS 81/82	56	10	27	7	18	6	18	3	17
SS 1982	22	39	8	21	8	19	7	16	4
WS 82/83	103	10	30	5	17	9	15	7	7
SS 1983	29	62	13	26	5	17	10	14	8
WS 83/84	80	22	46	11	18	5	20	11	17
SS 1984	34	50	19	38	15	19	5	21	11
WS 84/85	71	20	38	16	29	12	18	5	22
SS 1985									

Tabelle 8: Englisch, Lehramt Sekundarstufe II

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/80	152	50	191	39	169	69	181	46	138
SS 1980	51	141	47	187	62	170	76	173	48
WS 80/81	226	39	137	45	161	48	153	73	174
SS 1981	76	200	43	143	61	159	59	152	75
WS 81/82	256	45	166	33	113	62	151	65	149
SS 1982	75	198	37	168	52	115	68	145	69
WS 82/83	199	54	179	35	146	56	115	66	143
SS 1983	66	164	48	171	49	145	58	112	65
WS 83/84	135	47	147	51	141	45	139	53	112
SS 1984	64	129	38	140	56	147	46	133	51
WS 84/85	78	54	118	37	117	52	134	42	121
SS 1985									

Tabelle 9: Studiengang Germanistik, Magister/ Promotion

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/8o	167	28	1o9	23	76	15	42	18	51
SS 198o	61	124	28	94	28	76	16	32	25
WS 8o/81	196	43	11o	25	89	26	67	14	34
SS 1981	73	142	39	91	24	75	27	57	2o
WS 81/82	149	55	115	3o	82	21	63	25	6o
SS 1982	43	129	42	1oo	31	78	19	64	28
WS 82/83	194	46	119	38	79	3o	77	16	69
SS 1983	57	167	42	114	31	82	27	78	2o
WS 83/84	3o9	57	142	4o	97	26	8o	24	83
SS 1984	63	224	58	132	35	88	25	77	3o
WS 84/85	233	52	186	55	112	35	79	25	13
SS 1985									

Tabelle 1o: Deutsch, Lehramt Sekundarstufe II

Stichprobensemester	Zahl der eingeschriebenen Studenten im ... ten Fachsemester								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
WS 79/8o	245	88	3o8	71	273	98	3o5	1o3	27o
SS 198o	83	271	96	322	74	269	1o3	297	178
WS 8o/81	261	92	285	1o5	264	64	249	1o1	28o
SS 1981	7o	261	92	275	11o	251	64	251	1o7
WS 81/82	275	74	25o	96	253	11o	244	54	253
SS 1982	56	285	78	24o	97	251	11o	249	56
WS 82/83	248	71	28o	84	242	1o2	262	1o6	262
SS 1983	59	254	76	269	92	246	95	254	1o9
WS 83/84	145	57	231	73	253	83	246	9o	98
SS 1984	5o	168	67	222	7o	244	8o	237	94
WS 84/85	232	58	178	65	212	7o	241	81	227
SS 1985									

K. Lewin

HIS Hochschul-Informations-System GmbH

Studienaufnahmeverhalten und Lebensalter bei Abschluß des Erststudiums

Es wird zuweilen geklagt, die Jungakademiker seien "zu alt", wenn sie ihr Hochschulexamen ablegen. (1) Früher sei ihr Durchschnittsalter deutlich niedriger gewesen.

Hier soll dargestellt werden, welche Ursachen dazu führen, daß das Durchschnittsalter von Jungakademikern nach abgeschlossenem Erststudium deutlich höher liegt als es im Idealfall sein könnte und gezeigt werden, daß die Ursachen mehr institutioneller Natur sind und weniger auf ein Fehlverhalten der Studenten zurückzuführen sind.

Das (fast) ideale Durchschnittsalter ist bei frühestmöglichem Studienbeginn nach Abitur mit 19 Jahren und durchschnittlicher Erststudiendauer von etwa 11 Hochschulsemestern, also 5,5 Jahren (2) etwa 24,5 Jahre bei Abschluß des Erststudiums (vgl. Anhang 2 und 3).

Tatsächlich - so zeigt eine von HIS durchgeführte Untersuchung von deutschen Studienanfängern an wissenschaftlichen Hochschulen im WS 1984/85 - beginnen diese Studienanfänger das Studium im Mittel 2 Jahre später, im Durchschnittsalter von 21,3 Jahren. Wird die durchschnittliche Studienzeit eines Erststudiums von 5,5 Jahren hinzuaddiert, ist ein Durchschnittsalter von 26,8 Jahren bei Abschluß des Erststudiums zu erwarten.

Dieser rechnerische Wert und damit auch das in der Stichprobe ermittelte Durchschnittsalter bei Studienaufnahme und die angenommene Durchschnittsstudienzeit im Erststudium werden in etwa bestätigt durch Daten der Individualprüfungsstatistik (vgl. Anhang 3). Aus diesen läßt sich für das Studienjahr 1982 ein Durchschnittsalter von 26,5 Jahren bei Abschluß des Erststudiums errechnen. (3)

Warum nehmen die Studienanfänger das Studium im Durchschnitt 2 Jahre später auf, als es frühestens möglich wäre?

Es zeigen sich folgende Ursachen:

- Etwa ein Viertel von ihnen beginnt das Studium im Jahre des Abiturs mit 19 Jahren, ein Hinweis darauf, daß dies durchaus möglich ist. Ihr Durchschnittsalter bei Studienbeginn beträgt 19,3 Jahre (vgl. hierzu die beigefügte Übersicht oben : 1.1).

- Etwa ein weiteres Viertel der Studienanfänger beginnt das Studium ebenfalls im Jahre des Abiturs, aber im Alter von durchschnittlich 21,5 Jahren (vgl. beigefügte Übersicht, oberer Teil: 1.2). Als Gründe für ihr spätes Abitur lassen sich aus der Untersuchung folgende Ursachen ermitteln:

  = 23% von ihnen haben das Abitur nicht an Gymnasien oder Gesamtschulen erworben, sondern an Abendgymnasien, Fachgymnasien, Kollegs, Fachoberschulen, anderen beruflichen Schulen oder durch eine außerschulische Zugangsberechtigung, also nicht auf dem sogenannten "Königsweg". Ihr Durchschnittsalter bei Studienbeginn beträgt 24,1 Jahre. (Zum Vergleich: bei 19-Jährigen umfaßt diese Gruppe 4%)

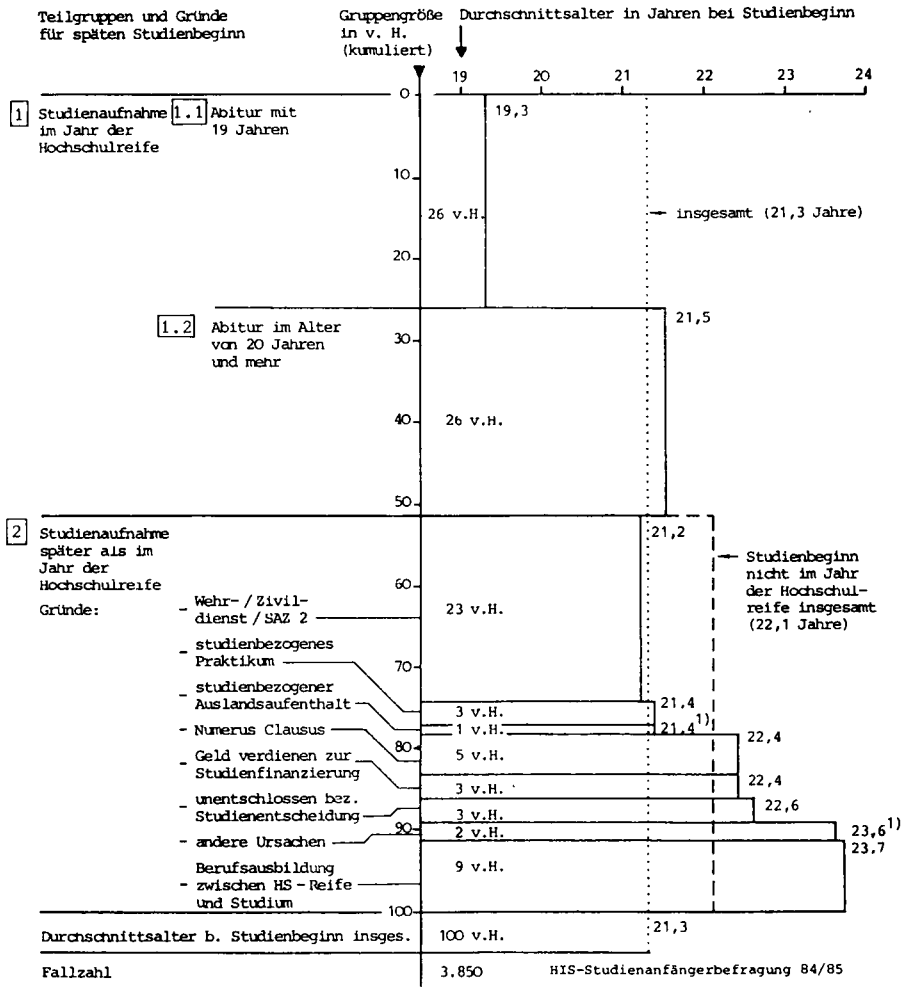
  = 23% von ihnen hatten beim Abitur Durchschnittszensuren von 3,1 und schlechter, ein Hinweis auf Verzögerungen im Schulverlauf. Ihr Durchschnittsalter bei Studienbeginn betrug 21,4 Jahre. (Zum Vergleich: bei den 19-Jährigen umfaßte diese Teilgruppe 12%)

  = 18% von ihnen verfügten bei Abitur bereits über eine Berufsausbildung. Ihr Durchschnittsalter bei Studienbeginn betrug 25 Jahre. (Zum Vergleich: bei 19-Jährigen war diese Gruppe nicht vertreten)

- Die verbleibende knappe Hälfte der Studienanfänger war bei Studienbeginn im Durchschnitt 22,1 Jahre alt. Diese hatten das Abitur bereits in früheren Jahren erworben. Die Gründe für ihren späten Studienbeginn sind mannigfaltig, insbesondere handelt es sich um

  = Wehrdienst.
  = Numerus Clausus.
  = Berufsausbildung zwischen Abitur und Studienbeginn.

  Die dabei verursachte Verzögerung des Studienbeginns ist von sehr unterschiedlicher Dauer (vgl. hierzu die beiliegende Übersicht, untere Hälfte: 2).



1) nur Tendenzaussage wegen kleiner Gruppengröße

Deutsche Studienanfänger an wissenschaftlichen Hochschulen im Wintersemester 1984/85 nach Durchschnittsalter bei Studienbeginn und Gründen für späteren Studienbeginn als im Jahre der Hochschulreife

Die Ursachen für das hohe Lebensalter bei Abschluß des Erststudiums - soweit sie durch Verzögerungen des Studienbeginns verursacht sind - sind also vielschichtig und nur zum geringsten Teil auf ein "Fehlverhalten" der Studienanfänger zurückzuführen.

Insgesamt zeigt sich: Das Erststudium an wissenschaftlichen Hochschulen dauert tatsächlich im Durchschnitt ca. 5,5 Jahre. Die gewichtete durchschnittliche Mindeststudienzeit im Erststudium beträgt ca. 4,5 Jahre. Durch schnellstmögliches Erststudium könnte das Durchschnittsalter der Jungakademiker bis Examen also höchstens um 1 Jahr gesenkt werden, durch frühestmöglichen Studienbeginn hingegen um 2 Jahre, also um das Doppelte.

Ein niedrigeres Durchschnittsalter bei Abschluß des Erststudiums könnte also in erster Linie dadurch erreicht werden, daß die Ursachen für eine spätere als frühestmögliche Studienaufnahme beseitigt werden. Dies ist aber nur sehr beschränkt möglich. Niemand kann ernsthaft fordern, daß z. B. der Wehrdienst abgeschafft wird, eine Berufsausbildung vor Studium untersagt wird, der zweite Bildungsweg zum späteren Erwerb der Hochschulreife abgeschafft wird oder Wiederholern einer Schulklasse das Studium versagt wird.

Diese Sachverhalte werden bislang kaum gesehen und deshalb auch nicht berücksichtigt bei der Erörterung der Frage, ob und wie das Durchschnittsalter von Hochschulabsolventen gemindert werden könne. Auf den Umstand, daß gerade der bedeutendere "Zeitverlust" durch eine spätere Studienaufnahme sich kürzenden Eingriffen weitgehend entzieht, sollte künftig bei der Erörterung von Wegen zur Senkung des Durchschnittsalters bei Eintritt von Jungakademikern in das Berufsleben stärker hingewiesen werden.

Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre - derzeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen allerdings umstritten - könnte hier am ehesten erwogen werden.

Fußnoten

(1) vgl. z. B. DUZ 11/85, S. 14

(2) eigene Berechnungen auf der Grundlage von: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Weiterführendes Studium an Hochschulen...1982, Arbeitsunterlage, Tabelle 2.2,

noch Fußnoten

Seite 115 ff sowie Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.2, Prüfungen an Hochschulen 1982, Tabelle 11, Seite 159 ff unter der Prämisse, daß Examensprüfungen sich in etwa gleichmäßig über das Semester verteilen; Sonderauswertungen der von HIS durchgeführten Untersuchung der Exmatrikulierten des Studienjahres 1979.

(3) eigene Berechnungen auf der Grundlage der in Fußnote 2 genannten Quellen.

Anhang:

1. Geschlecht und Alter bei Studienbeginn
2. Einfluß des Studienfachwechsels auf die Studienzeit bis Examensabschluß im Erststudium
3. Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Studienzeit im Erststudium aus den in Fußnoten (1) und (2) genannten Quellen.

Anhang:

1. Geschlecht und Alter bei Studienbeginn

Von den deutschen Studienanfängern an wiss. Hochschulen der Bundesrepublik im Wintersemester 1984/85 waren

- 58 v. H. männlich (Durchschnittsalter bei Studienbeginn: 21,6 Jahre)

- 42 v. H. weiblich (Durchschnittsalter bei Studienbeginn: 20,8 Jahre)

Die Differenz beträgt: 0,8 Jahre

Etwa die Hälfte der Männer hat vor Studienbeginn Wehrdienst bzw. Zivildienst abgeleistet. Der "Zeitverlust" hierfür beträgt im Durchschnitt 1,6 Jahre.

Übertragen auf alle männlichen Studienanfänger beträgt dieser Zeitverlust damit im Durchschnitt 0,8 Jahre, also exakt die Differenz zwischen Männern und Frauen.

Aus diesem Grund ist in dem obigen Beitrag nicht weiter auf geschlechtsspezifische Differenzierungen eingegangen worden, da sie sich bei einer Gesamtbetrachtung der Wehr- bzw. Zivildienst der Männer als dominierende Ursache hierfür erweist.

2. Der Einfluß des Studienfachwechsels auf die Studienzeit bis Examensabschluß im Erststudium

- Studienfachwechsel an wiss. Hochschulen im Erststudium nehmen knapp 25 v. H. der Studenten vor

- Über 50 v.H. dieser Studienfachwechsel erfolgen bis Ende des zweiten Hochschulsemesters. Für 25 v. H. der Studenten im Erststudium verlängert sich dieses also um durchschnittlich 2,8 Hochschulsemester - unter der sicherlich zu hohen Annahme, daß die Studienzeiten im zuerst studierten Fach überhaupt nicht auf das nachfolgende Studium angerechnet werden.

- Dies bedeutet, daß sich infolge Studienfachwechsels der Gesamtdurchschnitt der im Erststudium studierten Hochschulsemester rechnerisch um 0,7 Hochschulsemester (= 0,35 Jahre) erhöht. Da über die Hälfte

der zuvor studierten Semester aber realiter auf das nachfolgende Studium angerechnet wird, ist eher von 0,3 Hochschulsemestern auszugehen.

- Der zeitliche Einfluß des Studienfachwechsels auf die Durchschnittsstudienzeit im Erststudium ist also sehr gering.

- Es zeigt sich, daß die oben aus Daten der HIS-Abiturienten-Panel-untersuchungen ermittelte Studienzeitverlängerung von 0,3 Hochschulsemestern exakt von den unten (3.) aus den Daten der Prüfungsstatistiken ermittelten durchschnittlichen Studienzeiten im Erststudium in Hochschulsemestern nach Abzug von Beurlaubungen usw. (11,7) und Fachsemestern (11,4) bestätigt werden. Dasselbe Ergebnis wird auf unterschiedlichen Wegen aus verschiedenen Datenquellen ermittelt.

3. Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung von Studienzeiten nach Hochschul- und Fachsemestern an wissenschaftlichen Hochschulen bis zum Abschluß des Erststudiums und Alter (in Jahren) zu diesem Zeitpunkt (Studienjahr 1982; Quellen: vgl. Fußnoten (1) und (2) des Beitrags)

"Art" des Studiums:	Hochschulart:	Absolventenzahlen:	Studienzeiten in Hochschulsemestern:	Studienzeiten in Fachsemestern:	Beurlaubungen usw. in Hochschulsemestern:	Alter in Jahren:
Erst- und Zweitstudium zusammen	Universität	76.468	13,2	11,4	0,4	28,0
	Gesamthochschule	6.188	10,2	9,0	0,2	26,9
	Pädagogische Hochschule	3.467	9,6	8,0	0,4	26,2
	Theologische Hochschule	245	12,4	11,0	0,6	27,3
	Kunst und Musikhochschule	1.774	11,8	9,4	0,6	26,5
	wiss. Hochschulen insgesamt	88.142	12,8	11,1	0,4	27,8
Nur Zweitstudium	Universität	17.887	16,2	10,2	1,0	31,1
	Gesamthochschule	793	14,6	9,6	1,2	30,5
	Pädagogische Hochschule	465	11,6	5,0	0,6	31,7
	Theologische Hochschule	36	16,6	11,2	1,8	32,6
	Kunst und Musikhochschule	359	15,2	9,0	0,8	28,6
	wiss. Hochschulen insgesamt	19.540	16,0	10,0	1,0	31,0
Nur Erststudium	wiss. Hochschulen insgesamt	68.602	11,9	11,4	0,2	26,5

Nebenrechnung 1: durchschnittl. Hochschulsemester : 11,9

minus durchschnittl. Beurlaubungszeit u.ä. in Hochschulsemestern : - 0,2

= durchschnittl. Hochschulsemester bei Abschluß d. Examens ohne Beurlaubungszeiten u.ä. : 11,7

minus durschnittl. Fachsemester : -11,4

= durchschnittl. "Verlust" durch Studienfachwechsel in Hochschulsemestern : 0,3 (s.o.: 2.)

Nebenrechnung 2: Da die Abschlußprüfungen sich annähernd gleichmäßig über das Semester verteilen, haben die Absolventen im Examenssemester im Durchschnitt nach 0,5 Semestern ihre Prüfung beendet.

Also:

durchschnittl. Hochschulsemester bei Abschluß des Examens ohne Beurlaubungszeiten u.ä. : 11,7 (s.o. Nebenrechnung 1)

minus die Hälfte des Examenssemesters : - 0,5

= durchschnittl. Hochschulsemesterzahl, nach der der Jungakademiker dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht : 11,2 (ca. 5,5 Jahre)

BAYERISCHES STAATSINSTITUT FÜR HOCHSCHULFORSCHUNG UND HOCHSCHULPLANUNG
Dr. Ewald Berning

8 MÜNCHEN 81, ARABELLASTRASSE 1

"Unterschiedliche Studiendauern in gleichen Studiengängen an verschiedenen Hochschulen in Bayern"

- Beitrag zur 34. Sitzung des Ausschusses für Hochschulstatistik - 19. April 1985

Thesen:

1. Fachstudiendauer und Verweildauer können sinnvoll nur im Zusammenhang mit dem Lebensalter von Studenten/Absolventen und unter Beachtung der aktuellen Rahmenbedingungen für Hochschulen und Studium diskutiert werden.

2. Die laufende Untersuchung weist für die örtlichen Disparitäten der Studiendauern vor allem auf folgende strukturelle studienverlängernde Faktoren hin: Größe der Hochschule und des Hochschulortes mit den den daraus folgenden Phänomenen der Massenhochschulen und der Ballungsräume; Betreuung der Studenten und Kommunikation zwischen Studenten und Dozenten; Ausstattung und örtliche Lage der Hochschulinstitute; Grad der Verschulung des Studiums; Breite und Differenzierung des Lehr- und Forschungsangebots; Neugründungen versus alte Hochschulen; sozialer und finanzieller Hintergrund der Studentenschaft; ...

3. Der Anstieg und auch die örtlichen Disparitäten bei den mittleren Fachstudiendauern sind überwiegend auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Daneben ist aber ein Bündel individueller Faktoren nachweisbar, die das Studienverhalten beeinflussen. Beide Einflußbereiche müssen zusammengesehen werden.

4. Ohne erhebliche steuernde Eingriffe in den Hochschulbetrieb und ohne umfassende Förderung von Lehre, Studium und Lebensbedingungen der Studenten läßt sich die Studiendauer nur wenig beeinflussen.

5. Das Thema Studiendauer in seinen vielen Verflechtungen eignet sich nicht für kurzfristig durchsetzbare Reformüberlegungen; es spiegelt vielmehr das Problemspektrum der Situation an den Hochschulen. Mit Blick auf das Lebensalter der Absolventen, ihre Berufschancen und Arbeitsmöglichkeiten bleibt eine angemessene Gestaltung der Studiendauer aber ein wichtiges Ziel der Studienreformbemühungen.

Unterschiedliche Studiendauern in gleichen Studiengängen an verschiedenen Hochschulen in Bayern

- Referat für die Sitzung des Ausschusses für Hochschulstatistik im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, 19. April 1985 -

I. Der Rahmen

Es liegt an den verschiedenen, eng miteinander verbundenen Aspekten des Themas "Studiendauer", daß meine Überlegungen auch ohne Absprache an die der Herren Lewin und Reissert anknüpfen. Die gegenwärtige Diskussion und neuere Untersuchungsergebnisse zeigen, daß das Thema "Studiendauer" und seine Behandlung von einem ganzen Geflecht von Rahmenbedingungen für Hochschule und Studium abhängig sind. Hohe Studentenzahlen, Finanzierungsprobleme, schwierige Bedingungen auf dem akademischen Arbeitsmarkt und die Rückwirkungen dieser und anderer Faktoren auf das individuelle Studienverhalten verleihen der Studiendauer eine ganz andere Bedeutung, als sie vor etwa zehn bis fünfzehn Jahren absehbar und aktuell war.

Um das Reizwort "Studiendauer" und den Ruf nach ihrer Verkürzung zu versachlichen, sollte Folgendes nicht außer Acht gelassen werden:

- Die Studiendauer, gleich ob als Fachstudiendauer oder als Verweildauer, kann nicht isoliert diskutiert werden; sie gehört in den Zusammenhang des Lebensalters bei Studienaufnahme, Studienende und Übergang in das Berufsleben (vgl. Lewin, heute; Teichler, Hochschulzertifikate in der betrieblichen Einstellungspraxis, BMBW-Studien zu Bildung und Wissenschaft, 6, Bad Honnef; Bock 1984).

- Die immer wieder kolportierte Auffassung einer dramatischen Verlängerung der Studiendauer in den letzten 10 Jahren muß durch neuere Untersuchungen (Reissert) zumindest als rela-

tiviert, wenn nicht gar als widerlegt gelten; Sondererscheinungen in einzelnen Studiengängen oder an einzelnen Hochschulen werden dabei durchaus ernstgenommen.

- Ältere Untersuchungen sehen die Gründe für überlange Studienzeiten vor allem im individuellen Verantwortungsbereich der Studenten. Erst neuerdings wird verstärkt auf strukturelle Faktoren hingewiesen, die das Studium verlängern.

- Der Indikator "mittlere Studiendauer" (gleich ob als Fachstudiendauer oder Verweildauer) ist von sehr zweifelhaftem Wert. Ohne Differenzierung nach Hochschulart, Fächergruppen, Fächern oder Studiengängen ist er wertlos. Realistische Aussagen lassen sich nur machen, wenn man die Anteile der Studenten auf der Zeitachse betrachtet; ich werde Ihnen Beispiele in percentiler Darstellung vorlegen.

- Die Beurteilung der statistischen Befunde sind größtenteils wertende Entscheidungen, die von den bereits angesprochenen Rahmenbedingungen für Hochschule und Studium abhängen.

II. Unterschiedliche Studiendauern in gleichen Studiengängen an verschiedenen Hochschulen in Bayern

Unser Institut ist vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus beauftragt worden, dem Phänomen der stark unterschiedlichen Fachstudiendauern in gleichen Studiengängen an verschiedenen Universitäten in Bayern nachzugehen. Dahinter steht wohl das Bemühen, den Studenten ein Studium in möglichst kurzer Zeit zu ermöglichen und insofern an den Universitäten in Bayern in gleichen Fächern einigermaßen gleiche Studienbedingungen zu schaffen; Wettbewerbs- und Attraktivitätsbedingungen dürften hinzukommen. Vergleichbare Fragestellungen sind in der jüngeren Vergangenheit von Herrn Reissert (HIS-Kurzinformationen A 5/83 und in seinem Beitrag heute) sowie von Claßen/Schmidt (Langzeitstudenten und Studienzeitverlängerung, Hochschuldidaktisches Zentrum der Universität/Gesamthochschule Essen 1983) als Desiderat angemeldet worden.

Bei Durchsicht der einschlägigen Prüfungsstatistiken sind in einigen Studiengängen an den Universitäten in Bayern über Jahre hinweg erhebliche Unterschiede in der mittleren Fachstudiendauer zwischen einzelnen Hochschulen erkennbar. Besonders betroffen sind die Diplom-Studiengänge Biologie, Chemie, Mathematik, Psychologie, Volkswirtschaft und der Studiengang Pharmazie. Die LMU München und die Universität Erlangen/Nürnberg sind die Hochschulen, an denen in diesen Studiengängen durchwegs länger studiert wird; die Universitäten Augsburg, Regensburg und Würzburg weisen kürzere Fachstudiendauern auf; der Rest liegt dazwischen. Die folgende Übersicht gibt genaueren Aufschluß über den Befund.

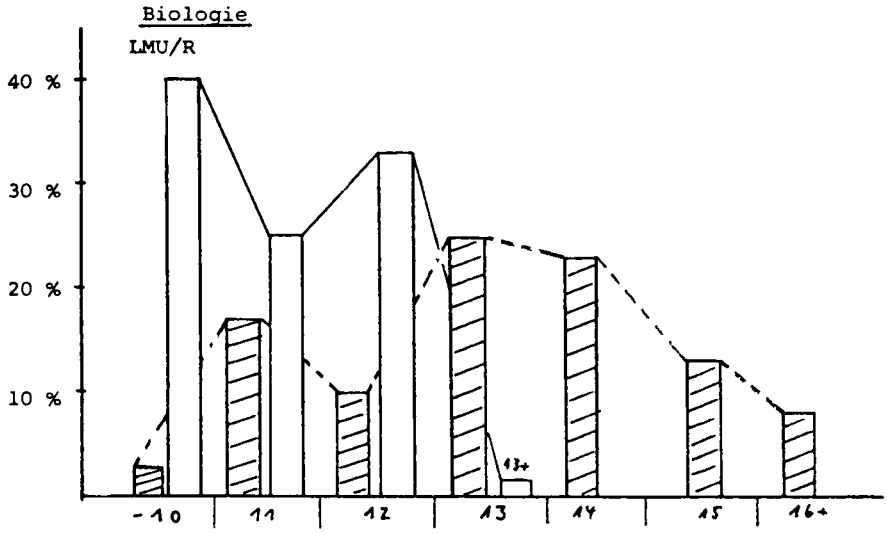
(Zahlenübersichten und grafische Darstellungen auf Overhead-Folien)

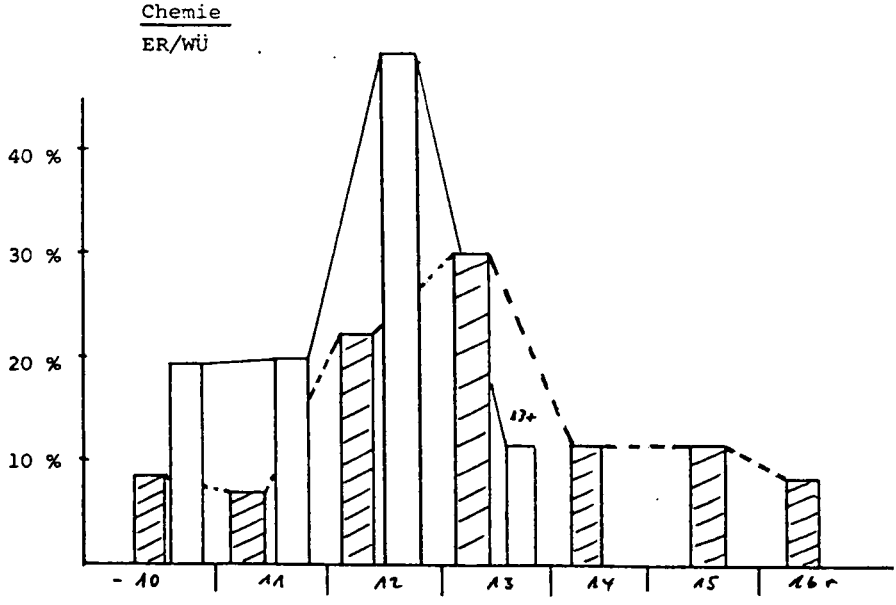
Differenzen der Fachstudiendauer in ausgewählten Studiengängen (mittlere Fachstudiendauer in Semestern)

STUDIENGANG Hochschule	Prüfungsjahrgänge				
	75/76	77/78	79/80	81/82	82/83
BIOLOGIE Dipl. Erlangen/LMU Münch.	13,2 ER	13,6 ER	13,2 LMU	13,8 LMU	13,4 LMU
Regensburg	- 11,8 WÜ	-	11,2	11,6	11,0
CHEMIE Dipl. Erlangen	14,0	15,6	17,2	13,6	13,2
Würzburg	12,0	11,4	11,4	11,4	11,8
MATHEMATIK Dipl. LMU München	13,8	14,6	13,4	13,8	14,8
Würzburg	11,4	12,0	11,0	11,2	11,6
PHARMAZIE Erlangen	10,2	11,6	12,0	13,2	12,8
Regensburg	-	-	9,6	10,8	11,2
PSYCHOLOGIE Dipl. Erlangen (LMU)	11,6	(12,8)	12,4	15,2	15,2
Würzburg	11,0	11,2	12,0	12,2	12,2
VWL Dipl. Regensburg	11,6	11,2	11,4	11,4	11,4
Augsburg	9,0	9,4	9,6	10,0	9,8

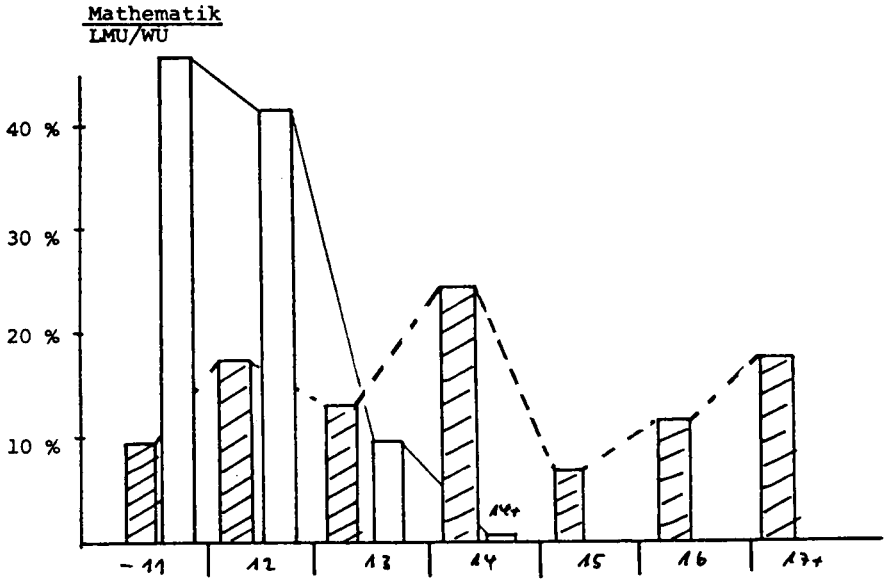
Quelle: eigene Zusammenstellung aus Unterlagen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

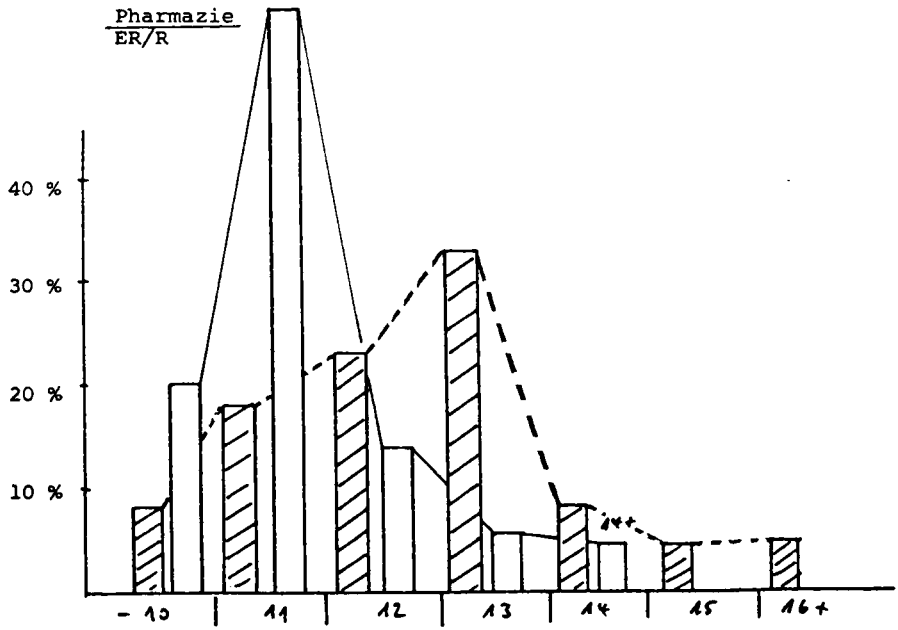
Verteilung der Absolventen nach der benötigten Fachstudiendauer (percentil) 1982/83



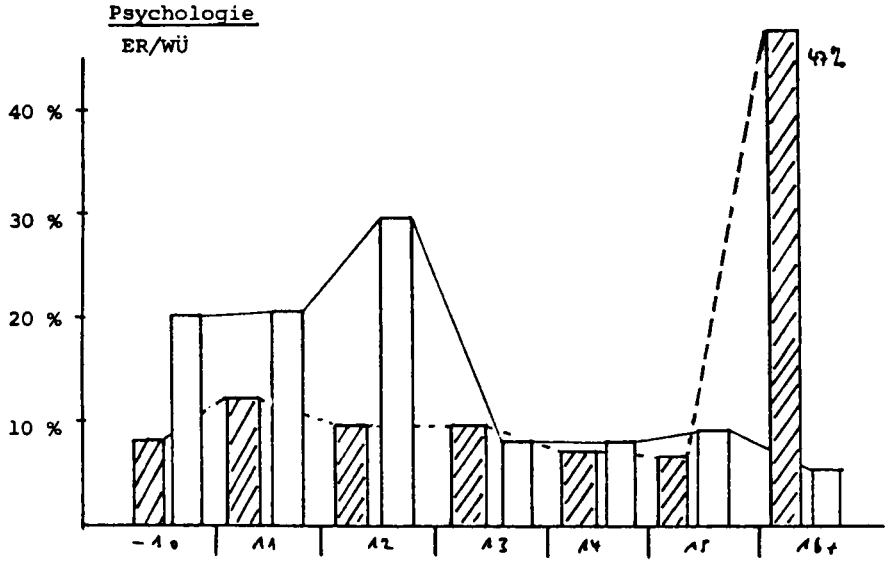


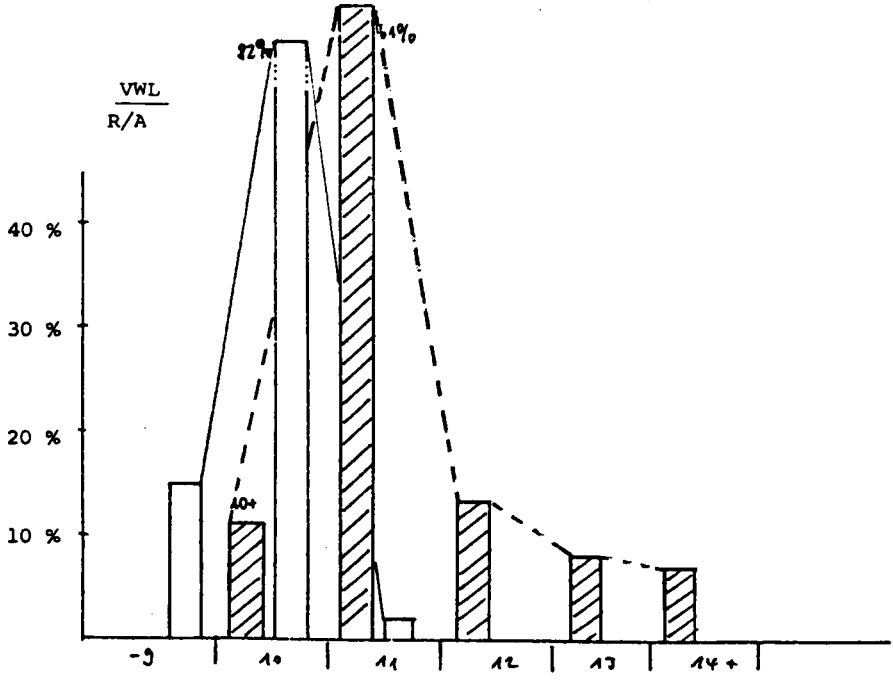
Verteilung der Absolventen nach der benötigten Fachstudiendauer (percentil) 1982/83



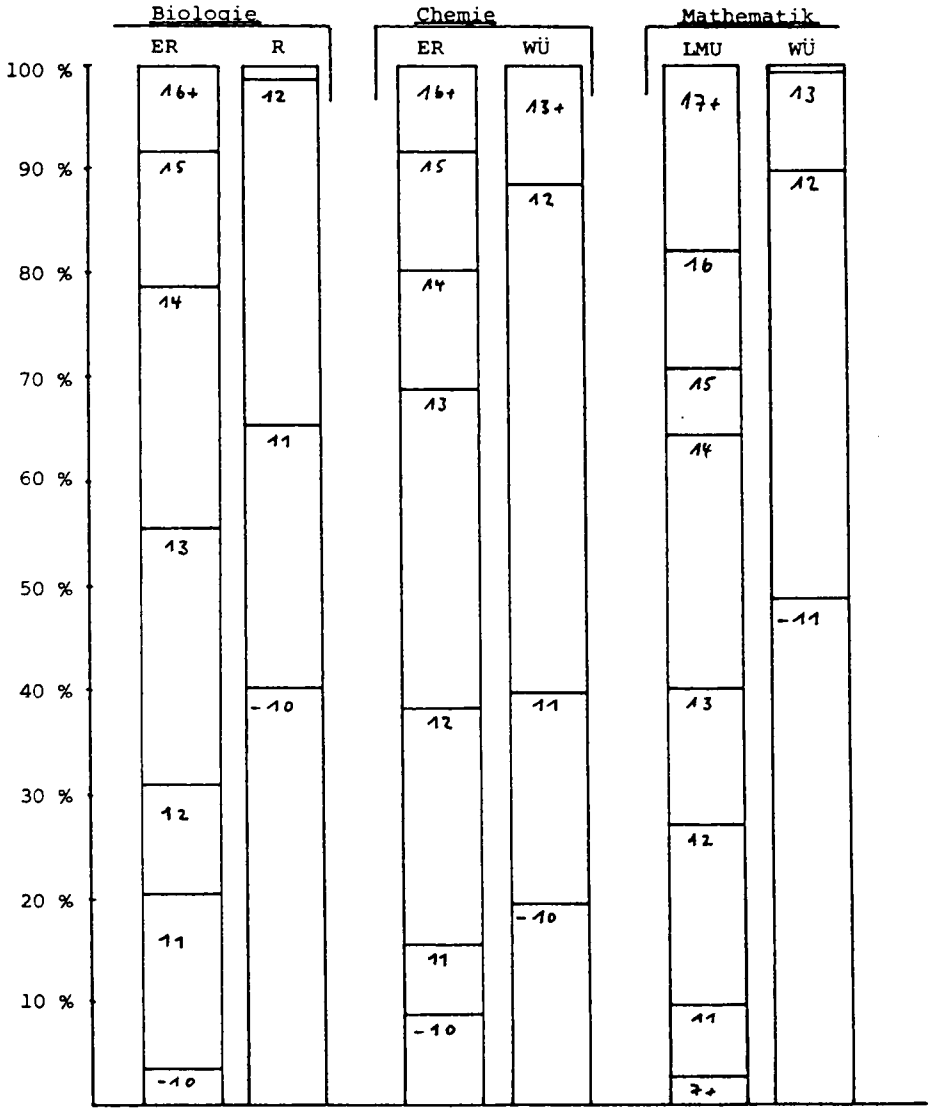


Verteilung der Absolventen nach der benötigten Fachstudiendauer (percentil) 1982/83

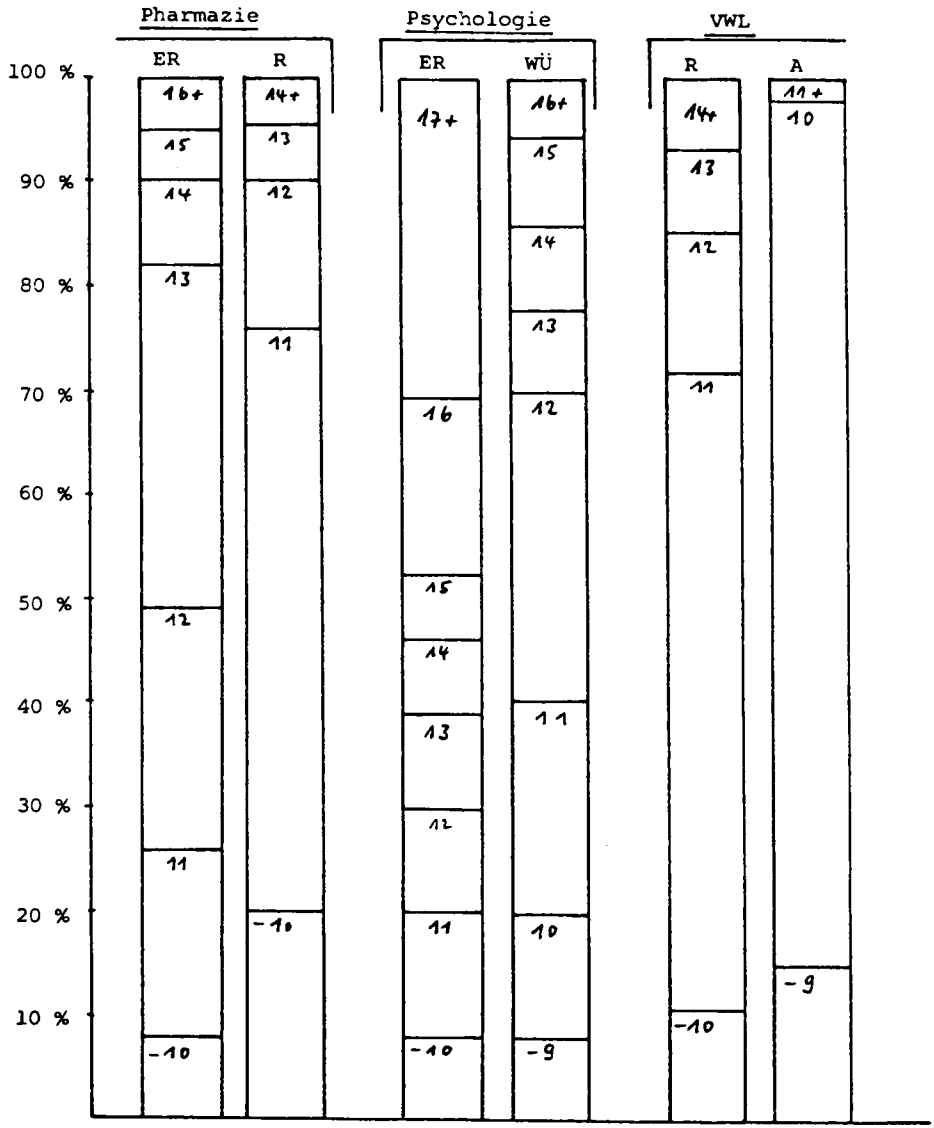




Differenzen der mittleren Studiendauer nach Zeitanteilen (percentil) 1982/83



Differenzen der mittleren Studiendauer nach Zeitanteilen (percentil) 1982/83



Aus bisher vorliegenden einschlägigen Forschungsergebnissen, aus persönlichen Erfahrungen und aus Vermutungen habe ich folgende Arbeitshypothesen formuliert:

1. Je größer die Universitätsstadt, desto länger die Studiendauer (Lebenshaltungskosten, Notwendigkeit zum Nebenverdienst, genügend großer studentischer Arbeitsmarkt, lange Wege und Fahrtzeiten, umfangreiches Kultur- und Freizeitangebot, ...).

2. Je größer die Universität, desto länger die Studiendauer (Massenbetrieb durch hohe Studentenzahlen, ungünstige Betreuungsrelationen, Überlastung der Institutsausstattungen - Personal, Labors und Apparate, Bücher und andere Lernmaterialien, erschwerte Kommunikation der Studenten untereinander und zwischen Studenten und Dozenten, Orientierungsprobleme vor allem zu Studienbeginn,...).

3. Je älter die Universität, desto länger die Studiendauer (vermeintlich oder wirklich hohes Prestige einer Universität/eines Instituts und daraus folgend hohe Leistungsanforderungen,Abzug wissenschaftlicher Mitarbeiter aus der Lehre für Sonderaufgaben profilierter Professoren, meist sehr verstreute Lage der Hochschulinstitute, nicht mehr ausreichende apparative Ausstattung; an den Neugründungen durchwegs jüngeres und damit flexibleres Personal, das zur Mitarbeit an der Studienreform eher bereit ist; ...).

4. Das studentische Rekrutierungsmilieu unterscheidet sich; dort, wo kürzer studiert wird, stammen die Studenten zu größerem Anteil aus Familien ohne akademische Tradition (Studenten der ersten Bildungsgeneration studieren zügiger). Da sie meist aus wirtschaftlich weniger starken Familien kommen, sind sie auf Ausbildungsförderung angewiesen und zum zügigen Studium genötigt. Der Anteil der BAföG-geförderten Studenten ist an den Neugründungen

und an der Universität Würzburg größer als in München und Erlangen.

5. Je weniger verschult das Studium abläuft, desto länger die Studiendauer (Anforderungen und Vorgaben in Prüfungs-, Studienordnungen, Studienplänen und Stundentafeln; Anzahl der Leistungsnachweise, Festlegung von Regelstudienzeiten und Sanktionen, Zeitvorgaben und Sanktionen für die Diplomarbeit,...).

6. Je breiter das inhaltliche Angebot an einer Hochschule, desto länger die Studiendauer (Zahl der Lehrstuhlinhaber und sonstiger C-Professoren, Zahl der Institute, Wahlmöglichkeiten für die Studenten, Anforderungen in den Prüfungsordnungen,...).

7. Es ist nicht zu erwarten, daß individuelle Einflußfaktoren sich örtlich unterschiedlich auswirken (Begabung, Informationsstand zu Studienbeginn, Sozialisation in Elternhaus und Schule, Studienmotivation, Sicherheit der Fachwahl, Berufs- und Praxisperspektiven, ...).

Stand der Untersuchung:

Für die einbezogenen Fächer an jeweils zwei Hochschulorten gewinne ich die notwendigen Erkenntnisse in Gesprächen mit Professoren, Vertretern des sog. Mittelbaus und mit Studenten, die kurz vor dem Abschluß stehen. Hinzu kommen noch einige Kontrollgespräche mit Studienberatern und mit Fachvertretern von nicht einbezogenen Hochschulen. Die Gespräche mit den Dozenten sind fast alle geführt; die mit den Studenten stehen z.T. noch aus.

Nach meiner bisherigen Einschätzung dürften folgende Ergebnisse zu erwarten sein:

1. Die Größe der Universitätsstadt, hier besonders München, beeinflußt eindeutig die Studiendauer und wirkt verlängernd. Besonders hervorzuhebende Einzelfaktoren: Lebenshaltungskosten und Notwendigkeit zum Nebenverdienst; Freizeitangebot; verstreute Lage der Universitätsinstitute und daraus folgende lange Fahrtzeiten.

2. Von allen einbezogenen Fächern werden zu hohe Studentenzahlen beklagt. Hier sind wiederum in München die Bedingungen am ungünstigsten. Sehr ungünstige, wenn auch unterschiedliche Betreuungsrelationen und die damit erheblich erschwerte Kommunikation zwischen Studenten und Dozenten werden als hemmend und verlängernd empfunden. Eine mangelhafte Ausstattung mit Lern- und Lehrmaterialien wird besonders in Erlangen und München beklagt.

3. Ein unterschiedliches Prestigebewußtsein zwischen alten und neuen Hochschulen läßt sich nicht nachweisen. Neugründungen profitieren aber gegenüber den alten Hochschulen von der Campuslage, von der zahlenmäßigen Überschaubarkeit, vom flexibleren Personal.

4. Die unterschiedlichen Rekrutierungsmilieus von Augsburg/Regensburg/Würzburg gegenüber Erlangen/München dürften einen gewissen Einfluß auf die Studiendauer haben. Die bekannte Tatsache, daß BAföG-Studenten zügiger studieren, bestätigt sich erneut.

Sonderfall: Erlangen im Verhältnis zu Würzburg:

Beides sind alte Hochschulen in vergleichbar großen Hochschulorten. Die Studentenpopulationen und ihr familiärer/sozialer/wirtschaftlicher Hintergrund unterscheiden sich aber beträchtlich (überwiegend ländliches Unterfranken gegen Industrieregion Erlangen-Nürnberg-Fürth). So liegt z.B. die Übertrittsquote ins Gymnasium in Erlangen bei 60 % (Siemens-Syndrom). Studenten aus wirtschaftlich stär-

keren Familien haben es offensichtlich nicht nötig, möglichst zügig zu studieren. Der Anteil der Studenten aus der ersten Bildungsgeneration ist in Erlangen erheblich niedriger als in Würzburg.

5. Ein höherer Grad der Verschulung im Studium wirkt sich verkürzend auf die Studiendauer aus. Je strikter die Vorgaben und je geringer die Gestaltungsmöglichkeit im Studium, desto geringer die Gefahr von Aberrationen und Verzögerungen.

6. Das breitere inhaltliche Angebot einer Hochschule gegenüber einer anderen wirkt normalerweise studienverlängernd. Dabei ist zu beobachten, daß dies teilweise auf das Belegen zusätzlicher Lehr- und Forschungsangebote zurückzuführen ist, teilweise aber auch mit dem vermeintlichen größeren Risiko wegen vieler Prüfer zusammenhängt. So tritt z.B. in der Chemie in Erlangen ein nicht geringer Teil der Prüfungskandidaten von der Prüfung zurück, wenn ihnen bestimmte Prüfer zugeteilt werden. Damit handeln sie sich ein Semester Verlängerung ein.

   Studienverlängernd kann auch ein besonderer inhaltlicher Akzent in der Ausbildung sein. So wird z.B. in der Pharmazie in Erlangen eine sehr umfassende Ausbildung in anorganischer Chemie vermittelt. Diese besondere Erlanger Tradition wird bewußt und mit Blick auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Absolventen aufrecht erhalten; eine verlängerte Fachstudiendauer nimmt man dabei in Kauf. Für den Tabletten verkaufenden Apotheker mag dies überflüssig sein; die Erlanger haben eher den forschungsorientierten Pharmazeuten im Blick.

7. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann ich noch nicht sagen, ob wirklich keine persönlichen Einflußfaktoren dingfest gemacht werden können, die zur unterschiedlich langen Studiendauer im gleichen Fach an zwei Orten beitragen.
   Die bevorzugte Wahl eines Hochschulortes könnte durchaus

auch mit persönlichen Einstellungen, Fähigkeiten, Selbstvertrauen und Erwartungen zusammenhängen; dies mag sich dann beispielsweise in Regensburg anders auswirken als in München.

III. Vorläufiges Resümee

Aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen

Mein Eindruck:

Bei realistischer Einschätzung der örtlichen Situation sehe ich nur begrenzte Möglichkeiten, die mittleren Studiendauern in den betrachteten Fächern zu nivellieren und die Fachstudiendauern insgesamt herabzusetzen. Wirkliche "Erfolge" könnten nur mit erheblichen Eingriffen in die Studienbedingungen und auch in die Autonomie von Hochschulen und Studenten erreicht werden. (Verschärfung der Zulassung, effektive Studien- u. Prüfungsreform, Sanktionen für Überschreiten von Studienzeiten ...)

Begründung:

Auf die Größe der Universitätsstandorte und der Universitäten können Bildungspolitik und Bildungsplanung überhaupt nicht oder nur sehr bedingt Einfluß nehmen. Die für die mittlere Fachstudiendauer vorteilhafte Situation der Neugründungen (Rekrutierungsmilieu, stark gestrafftes Studium, Campus-Situation, flexibles und reformbereites Personal) wird man nicht aufs Spiel setzen wollen; man könnte sich ja Eingriffe und Lenkungsversuche mit Blick auf die Einzugsbereiche und das Studentenaufkommen der Hochschulen überlegen, um die Disparitäten zwischen sehr großen und kleineren auszugleichen (Vgl. den Diskussionsbeitrag von R. Geipel in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/1984, S. 1-54). Umgekehrt sind viele günstige Bedingungen der Neugründungen und kleinerer Hochschulen auf andere Standorte nicht übertragbar.

Eine Beschneidung der inhaltlichen Breite und Differenzierung der Lehr- und Forschungsangebote kann wohl nicht sinnvoll sein; eine Alternative wäre nur eine grundsätzlich anders angelegte Studienstruktur etwa nach angelsächsichem Vorbild. Vor einfachen Übertragungswünschen muß man aber warnen (vgl. C. Gellert, Vergleich des Studiums an englischen und deutschen Universitäten).

Zur Entlastung der Studentenpopulation von Langzeitstudenten sind folgende Eingriffsmöglichkeiten denkbar: verbesserte Studienberatung; intensivere Betreuung und Kontrolle durch Leistungsnachweise; strenge Beachtung der Regelstudienzeiten und Verlängerungsmodalitäten; Verschärfung der Sanktionen. - Die formaljuristischen Eingriffsmöglichkeiten erscheinen aber wenig sinnvoll, wenn nicht vorab eine angemessene Beratung und Betreuung während des Studiums gewährleistet ist; dies stößt aber unter den gegenwärtigen Umständen sehr rasch an seine Grenzen. - Es sollte dabei nicht übersehen werden, daß Langzeitstudenten den Hochschulbetrieb in der Regel nur sehr wenig belasten.

Trotz der vielen skeptischen Stellungnahmen zu den inzwischen festgesetzen Regelstudienzeiten in vielen Studiengängen habe ich den Eindruck, daß diese Fristen zumindest einen vernünftigen Zeitrahmen darstellen, innerhalb dessen ein Studium absolviert werden kann. Die von mir befragten Professoren und Assistenten haben nie gezögert, auf die Frage nach einem angemessenen zeitlichen Umfang für den betreffenden Studiengang sehr konkret zu antworten. Daraus schließe ich, daß es unter den Bedingungen der heutigen Massenuniversitäten möglich und vertretbar sein muß, Fristvorgaben und entsprechende Verlängerungsmodalitäten festzusetzen, innerhalb derer man einen Studienabschluß erwarten darf. Daß dabei z.B. vor allem in Großstädten der studienverlängernde Faktor Lebenshaltungskosten und die Notwendigkeit zu Arbeiten erheblich zu Buche schlagen, versteht sich eigentlich von selbst; dies wird bei der Festsetzung von Förderungshöchstzeiten bisher nicht berücksichtigt.

Mit dem Ziel einer sinnvoll befristeten Fachstudiendauer kann nicht beabsichtigt sein, überhaupt so kurz wie möglich zu studieren. Die Studienzeit ist ein berechtigter Schonraum zur Aneignung und Entfaltung des geistigen Kapitals. Die Auseinandersetzung mit den Inhalten eines Faches und mit seinen wissenschaftlichen Methoden braucht eine Lernzeit, die man nicht beliebig unterschreiten kann. Das Studium als ein Weg zur Persönlichkeitsbildung sollte nicht gering geachtet werden.
Man kann die mittleren Studiendauern der vergangenen Jahre und Jahrzehnte nicht gegen die heute benötigte Zeit aufrechnen. Unter vielerlei Aspekten war die Situation der Studentenschaft vollkommen anders; die inhaltlichen Anforderungen der Fächer haben sich weitgehend verändert; die Arbeitsmöglichkeiten an den Hochschulen sind ganz andere geworden. Trotzdem halte ich es für ein gesellschaftspolitisch vernünftiges Ziel, die Ausbildungszeit eines jungen Erwachsenen so zu bemessen, daß er zum entwicklungsmäßig günstigsten Zeitpunkt die Möglichkeiten kreativer und verantwortungsvoller beruflicher Entfaltung wahrnehmen kann. Eine sinnvolle Bemessung der Fachstudiendauer spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Gegenwärtig tritt der Wettbewerbsgedanke zwischen einzelnen Hochschulen wieder verstärkt in den Vorgergrund: Warum sollten hier nicht Hochschulen, die relativ kurze mittleren Studiendauern aufweisen können, dies als ein Plus ihres Studienangebotes ins Marktgeschäft einbringen? Wer nach München geht oder nach Berlin, sollte wissen, was ihn erwartet; wer in Regensburg, Siegen, Lüneburg studiert, sollte wissen, warum ausgerechnet dort.

R. Reissert

HIS Hochschul-Informations-System GmbH

Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf Studiendauer und Exmatrikulationsverhalten

1. Ausgangslage

Die Berufschancen für Hochschulabsolventen haben sich insbesondere seit 1980 spürbar verschlechtert. Die neuesten Arbeitslosenzahlen für Hochschulabsolventen zeigen allerdings, daß sich die Dynamik der Verschlechterung 1984 tendenziell abgeschwächt hat. (s. Bild 1)

Bild 1: Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Hochschulabsolventen (absolut und Quote)

	1973[1]	1975[1]	1980[1]	1983[1]	1984[1]
Arbeitslose Hochschulabsolventen (insgesamt) abs. in Tsd	10,1	30,4	41,5	105,4	114,6
Arbeitslose Absolventen mit Abschluß an einer wissenschaftl. Hochschule abs. in Tsd.	5,5	15,5	28,3	70,3	79,1
Quote	0,6 %	1,5 %	2,1 %	4,5 %	4,8 %
Arbeitslose Absolventen mit Abschluß einer Fachhochschule abs. in Tsd.	4,6	14,9	13,6	35,1	35,5
Quote	1,1 %	3,2 %	2,2 %	5,0 %	4,9 %

1) jeweils für Ende September

2) Arbeitslose i. v. H. der abhängigen Erwerbsperson (ohne Soldaten) mit entsprechender Ausbildung, für 1984 geschätzt

Die Arbeitslosigkeit der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen ist in erster Linie durch die Lehrerarbeitslosigkeit bestimmt. So

betrug 1980 die Einstellungsquote bei Lehrern (eingestellte Bewerber zu Bewerbern insgesamt) 75,8 %, hingegen hatte im Schuljahr 1984/85 nur noch jeder zehnte Lehramtsbewerber eine Chance in den Schuldienst übernommen zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist zu untersuchen, wie sich die veränderte Arbeitsmarktlage auf Studienzeit und Exmatrikulationsverhalten bei Hochschulabsolventen auswirkt.

2. Zu den empirischen Ergebnissen

Ausgangsthese: Die veränderten Arbeitsmarktverhältnisse haben u. a. in erheblichem Maße zur Verlängerung der Verweildauer bei Hochschulabsolventen beigetragen. 1977 betrug die Verweildauer an wissenschaftlichen Hochschulen 11,2 Hochschulsemester, 1983 13,3 Hochschulsemester. Die vergleichbaren Daten für Fachhochschulen betragen 1977 7,6 Hochschulsemester und 1983 8,2 Hochschulsemester (nur Fachhochschulen, also ohne Verwaltungsfachhochschulen 9,0 Hochschulsemester 1983).

Bezogen auf das Studienende tragen insbesondere zwei Verhaltensweisen der Studierenden zur Verlängerung der Verweildauer bei:

1. Verstärkte Aufnahme eines Zweitstudiums,
2. Verbleib in der Hochschule als "Proforma-Student".

ad 1: Zum Zweitstudium

Aufgrund verschiedener HIS-Untersuchungen und der amtlichen Prüfungsindividualstatistik kann davon ausgegangen werden, daß rund jeder sechste Absolvent zu Beginn der 80er Jahre mehr als einen Hochschulabschluß erreicht hat. Von den insgesamt 123.300 durch die Prüfungsindividualstatistik erfaßten deutschen Absolventen hatten 1982 103.000 eine erste Abschlußprüfung bestanden, 20.300 (= 16,5 %) legten aber eine zweite oder weitere Prüfung ab. Auch die Zahlen für 1983 der Prüfungsindividualstatistik lassen die Vermutung zu, daß der Anteil der Absolventen eines Zweitstudiums aufgrund der veränderten Arbeitsmarktverhältnisse eher noch zunimmt, obwohl in den letzten Jahren strukturelle Maßnahmen zur Dämpfung eines Zweitstudiums eingeleitet worden

sind (z. B. Beschränkung der finanziellen Förderung eines Zweitstudiums bereits in der 7. BAföG-Novellierung, Aufhebung der Graduiertenförderung 1983 und Erschwerung des Übergangs von der Fachhochschule zur wissenschaftlichen Hochschule).

Für die Fortsetzung eines Studiums nach einem ersten Abschluß ist, wie die HIS-eigenen Untersuchungen zeigen, immer ein ganzes Bündel eng miteinander verwobener Gründe ausschlaggebend. Arbeitsmarktüberlegungen fließen aber immer bei der Entscheidung für ein Zweitstudium mit ein. Dies gilt auch für die Fächer (wie z. B. Medizin, und in den Naturwissenschaften), in denen die Promotion traditionell zum Studienabschluß dazugehört. Fachliche Gründe werden zwar von den Studierenden dieser Fächer in erster Linie für die Promotion genannt, ihnen ist aber auch bekannt, daß ohne Promotion die Arbeitsmarktchancen in diesen Fächern erheblich eingeschränkt sind. In den geisteserziehungs- (vor allem bei den Lehramtsabsolventen) und den sozialwissenschaftlichen Fächern hat sich hingegen die Tendenz verstärkt, weitere Abschlüsse (aber nicht nur auf die Promotion beschränkt) anzustreben, in der Hoffnung, die Berufschancen zu verbessern. Dieser Eindruck drängt sich vor allem bei der Analyse der Ergebnisse der HIS-Untersuchung "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" und der von HIS durchgeführten 10. Sozialerhebung auf. Auch die amtliche Statistik kommt in dieser Frage zu vergleichbaren Aussagen.

ad 2: Zur Wartehalle Hochschule

Neben der Tendenz, den Verbleib in der Hochschule durch ein Zweitstudium zu verlängern, bleiben Hochschüler aufgrund der verschlechterten Arbeitsmarktsituation nach dem Examen als Proforma-Studenten in der Wartehalle Hochschule. Der Ablösungsprozeß der Hochschulabsolventen (vor allem an wissenschaftlichen Hochschulen) vollzieht sich oft nur in kleinen Schritten. Nicht zuletzt wegen der Übergangsschwierigkeiten werden die Brücken zur Hochschule nur zögernd abgebrochen.

Zwei empirische Belege aus der 1984 abgeschlossenen HIS-Untersuchung "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" seien hierzu genannt. 1977 wurden im Rahmen dieser Studie Studenten in höheren Semestern zu Studium und Beruf zum ersten Mal befragt, 1983 wurde diese Population erneut befragt. Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung hatte der größte

Teil (87 %) der Befragten das Studium abgeschlossen und befand sich in der Übergangsphase oder stand bereits im Berufsleben.

Aus den folgenden Zahlen ist zu ersehen, daß der Anteil derjenigen, die - sozusagen noch nebenher immatrikuliert sind - in den verschiedenen aufgeführten Tätigkeitsgruppen teilweise recht erheblich ist.

Überwiegende Tätigkeit zum Befragungszeitpunkt 1983	Gesamtanteil an der Population	darunter auch noch immatrikuliert
voll berufstätig	67 %	11 %
in Berufsausbildung	6 %	26 %
arbeitslos	6 %	14 %
Hausfrau/Hausmann	3 %	9 %
Sonstige (einschließlich Jobber)	5 %	57 %

Auch unter einem anderen Blickwinkel, läßt sich das Bild von der Wartehalle aufgrund der genannten HIS-Studie belegen. Betrachtet man nur die Gruppe der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen, d. h. derjenigen Befragten, die mindestens einen Hochschulabschluß erreicht haben, so stellt sich heraus, daß ein Teil dieser Absolventen sein Studium nach dem Examen mehr oder weniger ohne "ernsthafte" Studienabsichten fortgesetzt hat. (s. Bild 2)

Bild 2: Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen nach der Fortsetzung des Studiums im Anschluß an das letzte Examen

nein, Studium nicht fortgesetzt	64 %
ja, um zu promovieren	13 %
ja, um einen weiteren Hochschulabschluß zu erwerben	6 %
ja, um ein Aufbaustudium aufzunehmen	3 %
ja, ohne feste Studienabsicht (z. B. um mich sozial abzusichern)	6 %
ja, nicht sofort exmatrikuliert	6 %
ja, sonstige Gründe	2 %
	100 %

Rund 6 % der befragten Hochschulabsolventen gaben also an, ohne feste Studienabsichten (z. B. um sich sozial abzusichern), das Studium fortgesetzt zu haben. Rechnet man die Gruppe "Sonstige" (2 %) und "Nicht sofort Exmatrikulierte" (6 %) zu der Gruppe ohne feste Studienabsichten hinzu, so sind ca. 14 % der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen eine zeitlang wohl Proforma-Studenten gewesen.

Offen ist allerdings, wielange die Befragten als Proforma-Studenten immatrikuliert waren. Auch fehlen Vergleichsdaten aus der Vergangenheit. In der zur Zeit von HIS durchgeführten Exmatrikuliertenbefragung 1984 wird dieser Frage vertiefend nachgegangen.

Für den Verbleib in der Wartehalle Hochschule spielen materielle Überlegungen (Krankenkasse, bessere Jobmöglichkeiten, Mensa, Fahrpreisermäßigung etc.) eine Rolle. Allerdings sollten diese materiellen Überlegungen nicht überbewertet werden. Aufgrund der bestehenden Arbeitsmarktlage bleiben diese Proforma-Studenten im vertrauten sozialen Umfeld Hochschule, um die Zeit zwischen Studienabschluß und Berufseintritt zu überbrücken. Der Studentenstatus wird dem eines Arbeitslosen bzw. im Extremfall dem eines Sozialhilfeempfängers vorgezogen.

Als Ergebnis läßt sich festhalten: Die Hochschulen werden durch das veränderte Verhalten der Studierenden aufgrund der verschlechterten Arbeitsmarktsituation gerade in einer Zeit zusätzlich belastet, in der sie dringend alle Ressourcen für die in die Hochschule drängenden geburtenstarke Jahrgänge benötigen. Ungewollt übernimmt die Hochschule bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage die Funktion eines "Beschäftigers" und entlastet damit den Arbeitsmarkt.

Hinsichtlich der Auswirkung der Verlängerung der Verweildauer auf die Kapazität der Hochschulen ist allerdings zu unterscheiden zwischen denjenigen Studierenden

- die sich in einem Erststudium befinden und - sofern man als Maßstab für ein Langzeitstudium die BAföG-Förderungshöchstdauer plus drei Semester akzeptiert - im eigentlichen Sinne Langzeitstudenten sind,

- die nach einem ersten Hochschulabschluß weiter an einer Hochschule immatrikuliert bleiben, weil sie z. B. keinen Arbeitsplatz finden und sich sozial durch den Studentenstatus absichern, eben die genannten Proforma-Studenten, und

- denjenigen, die nach einem ersten Hochschulabschluß einen weiteren Hochschulabschluß anstreben, also den doppeltqualifizierten Studenten.

Die Hochschulkapazität wird in erster Linie aber nur von der Gruppe der doppeltqualifizierten Studenten in Anspruch genommen.

3. Schlußfolgerungen

Die empirischen Daten zeigen, daß sich die Studenten in starkem Maße den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen anpassen. Abschied ist allerdings zu nehmen von einfachen Urteilen über das Verhalten der Studierenden

- wie z. B. Studenten studieren immer länger, weil immer mehr ungeeignet sind. Die veränderten Fachstudienzeiten in den einzelnen Studiengängen sprechen zumindest dagegen.

- daß im Prinzip jeder fleißige und begabte Student in der Regel innerhalb der Regelstudienzeit bzw. innerhalb der BAföG-Förderungshöchstdauer sein Studium schaffen könne. (So überschritten 1983 nur 3 % der Absolventen in der Humanmedizin die BAföG-Förderungshöchstdauer um mehr als zwei Semester, hingegen betrug dieser Anteil bei den Mathematik-Absolventen (Diplom) 58 %).

Der Blick auf ein mögliches "Fehlverhalten" der Studierenden lenkt vielfach ab von der Problematik, daß die Studienzeiten in vergleichbaren Studiengängen zwischen einzelnen Ländern und Hochschulen erheblich voneinander abweichen, obwohl bei Arbeitgebern, bei der Feststellung der Regelstudienzeit und bei der BAföG-Förderungshöchstdauer i. d. R. von einer durchschnittlichen Studiendauer in den einzelnen Studiengängen ausgegangen wird. Diese erheblichen Abweichungen

bestehen vor allem bei Studiengängen an wissenschaftlichen Hochschulen. Es liegt also wohl weniger am individuellen Leistungsvermögen der Studierenden als an strukturellen Faktoren, daß sich die Verweildauer in den letzten Jahren erhöht hat.

Da die Berufschancen sich in absehbarer Zeit für Hochschulabsolventen nicht grundlegend ändern werden, wird sich an dem aufgezeigten Verhalten der Studierenden, durch ein Zweitstudium die Arbeitsmarktchancen zu verbessern und in der Wartehalle Hochschule zu verbleiben bis ein Arbeitsplatz gefunden wird, nicht viel ändern. Notwendig ist allerdings, mehr Transparenz in die unterschiedlichen Studienzeiten in vergleichbaren Studiengängen an den einzelnen Hochschulen zu bringen. Ein Schritt zu mehr Wettbewerb im Interesse künftiger Studienanfänger und Studenten wäre dann getan. Die immer wieder - und nicht nur von Arbeitgebern gewünschte Senkung der Studienzeit - könnte dadurch gefördert werden. Hochschulen mit relativ kurzen Studienzeiten würden im Wettbewerb um Studienanfänger dann besser abschneiden.

PRÜFUNGSSTATISTIK UND HOCHSCHULEFFIZIENZ

- DIE BEDEUTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK FÜR DIE EFFIZIENZANALYSE -

Prof. Dr. Wilhelm Strobel, Universität Hamburg

Seite

I. DAS PROBLEM 56

II. DIE PRINZIPIELLE BEDEUTUNG VON ABSOLVENTENZAHLEN FÜR DIE ANALYSE DER HOCHSCHULEFFIZIENZ 57

A. DAS ZWECKKONZEPT DES HOCHSCHULSYSTEMS 57

1. Die Staatsnutzung individueller Wissenschaftsantriebe als Ausgangspunkt 57

2. Das primäre Staatsinteresse an der Lehre mit examensnormierten Absolventen 58

3. Die Kapazitäts-Proportionalisierung von Lehre und Forschung mit den Erscheinungen der Forschungsseparierung 59

B. DIE ANTINOMISCHE EFFIZIENZANALYTIK DES HOCHSCHULBEREICHS UND IHR ABSOLVENTENBEZUG 61

1. Die Erfordernisse der staatlich-übergeordneten Effizienzanalytik mit ihrem primären Absolventenbezug 61

2. Die Effizienzanalytik des individuell-wissenschaftlichen Bereichs 62

3. Die Effizienzanalytik des zwischengeschalteten Hochschulmanagements 63

4. Die Realität mit ihrer Effizienzverschleierung 64

C. DIE AUFLÖSUNG DER ABSOLVENTENBEZOGENEN HOCHSCHULEFFIZIENZ IN EINE BILDUNGSEFFIZIENZ, KOSTENEFFIZIENZ UND BERUFSEFFIZIENZ 65

1. Vorbemerkungen 65

2. Die Bildungseffizienz 65

3. Die Kosteneffizienz 66

4. Die Berufseffizienz 67

III. DIE AUSWERTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK FÜR DIE ANALYSE DER BILDUNGSEFFIZIENZ UNTER HINZUNAHME DER STUDENTENSTATISTIK UND WEITERER STATISTIKEN 69

A. DIE PRÜFUNGSSTATISTISCHEN GEGEBENHEITEN 69

1. Oberblick 69

2. Die Absolventenzahlen 70

Seite

B. DIE ÜBERPRÜFUNG DER STUDENTENSTATISTIK ANHAND DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT BERECHNUNG DES RECHNERISCHEN ABGANGS UND ABBRECHERSCHÄTZUNG 79

1. Der aus dem Vergleich von Studentenstatistik und Prüfungsstatistik sich ergebende Schwund von einem Anfängerdrittel 79

2. Die Auflösung des Anfängerschwunds auf der Grundlage von rechnerischen Abgängerzahlen 82

3. Die Klärung des Anfängerschwunds durch die statistische Verlaufsanalyse 85

C. DIE STATISTISCHE DETAILLIERUNG IN DIE LÄNDEREBENE UND HOCHSCHULEBENE HINEIN 86

1. Detaillierende Hochschulvergleiche 86

2. Detaillierende Ländervergleiche 92

3. Detaillierende Beurteilung der Kapazitätsberechnung von Zulassungszahlen mit Hilfe der Absolventenzahlen 93

D. DIE VERBINDUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT DER BEVÖLKERUNGSSTATISTIK UND DIE PROGNOSEKONSEQUENZEN 96

1. Die Verbindung der Prüfungsstatistik mit der Bevölkerungsstatistik 96

2. Die Prognosekonsequenzen 98

E. ZUSAMMENFASSENDE FESTSTELLUNGEN ZUR BILDUNGSEFFIZIENZ UND ZUR OFFIZIELLEN BILDUNGSANALYTIK 98

IV. DIE AUSWERTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK FÜR DIE ANALYSE DER KOSTENEFFIZIENZ UNTER HINZUNAHME WEITERER ERHEBUNGEN 100

A. DIE AUSWERTUNGSVERBINDUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT DER FINANZSTATISTIK USW. 100

B. DER VERGLEICH DER BUNDESLÄNDER 101

C. DIE WEITERE STATISTISCHE DETAILLIERUNG 105

1. Die Detaillierungsnotwendigkeiten mit den Datenschwierigkeiten 105

2. Die punktuelle Detailanalyse am Beispiel von Hamburg und München 105

3. Der ausgedehnte Universitätsvergleich 108

4. Die Globalschätzung der Absolventenkosten 109

D. ZUSAMMENFASSENDE FESTSTELLUNGEN ZUR KOSTENEFFIZIENZ 110

Seite

V. DIE AUSWERTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK FÜR DIE ANALYSE DER BERUFSEFFIZIENZ IM HINBLICK AUF DEN ARBEITSMARKT 112

A. VORBEMERKUNGEN 112

B. GLOBALANALYSE DES ABSOLVENTEN-BERUFSBESTANDS AUF DEM HINTERGRUND DER PRÜFUNGSSTATISTIK 113

1. Die Globalberechnung des Akademikerbestands aus der Prüfungsstatistik 113

2. Die Widerlegung der Akademiker-Globalzahlen des Mikrozensus und die Bestätigung der Beschäftigtenstatistik durch die Prüfungsstatistik 116

C. DETAILANALYSE DES ABSOLVENTEN-BERUFSSTANDS UND DIE BEGRENZTE BEDEUTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK 118

1. Die Detailanalyse des berufsaktiven Akademikerbestandes 118

2. Die Detailanalyse des Bestands an arbeitslosen Absolventen 120

D. DER ABSOLVENTEN-ARBEITSMARKT DER ZUKUNFT 122

1. Die Zukunftsentwicklung des Absolventenbestands 122

2. Der allgemeine Entwicklungshintergrund des Arbeitsmarkts als Grundbedingung des Absolventenbedarfs 126

3. Die zukünftige Aufnahmefähigkeit des Absolventen-Arbeitsmarkts 127

E. KONSEQUENZEN BEZÜGLICH DER BERUFSEFFIZIENZ DER HOCHSCHULARBEIT 129

1. Die Ineffizienz der offiziellen Arbeitsmarktanalysen der BLK usw. 129

2. Die Berufsineffizienz der Hochschularbeit 130

3. Konsequenzen für die Verbesserung der Berufseffizienz 131

VI. ERGEBNISSE UND HOCHSCHULSTATISTISCHE GESTALTUNGSKONSEQUENZEN 132

PRÜFUNGSSTATISTIK UND HOCHSCHULEFFIZIENZ
- DIE BEDEUTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK FÜR DIE EFFIZIENZANALYSE -

Prof. Dr. Wilhelm Strobel, Universität Hamburg

I. DAS PROBLEM

Effizienz heißt Zweckergiebigkeit. Effizienzanalysen sollen eine Verbindung herstellen zwischen dem Zweckergebnis (Output) und dem Zweckeinsatz (Input) an Mitteln, Anstrengungen usw. Und zwar geht es bei Zweckrationalität darum,die Effizienz durch Planungen und Plan-Ist-Kontrollen zu verbessern.

In § 1 Abs. 1 des Hochschulstatistikgesetzes heißt es: "Für Zwecke der Planung im Hochschulbereich wird eine Bundesstatistik durchgeführt." Demgemäß soll die Hochschulstatistik mit ihren Ist-Zahlen der Effizienzverbesserung durch Planfundierung und Plan-Ist-Vergleiche dienen. Dies gilt in besonderem Maße für die Prüfungsstatistik, weil diese über Hochschulergebnisse berichtet.

Tatsächlich aber gibt es kein System von Effizienzanalysen, in das die Hochschulstatistik integriert ist. Die Hochschuleffizienz ist ein Ärgernis und ein Tabu, zumal das letzte Jahrzehnt für die Reformer zum Effizienz-Waterloo wurde. Dies geht so weit, daß das Hochschulstatistikgesetz nur teilweise erfüllt wurde und daß nunmehr das Erfüllungsdefizit unter dem Vorwand des Datenschutzes durch Gesetzesreduzierung abzubauen versucht wird.

Bei dieser Sachlage stellt sich vorweg die Frage, inwiefern überhaupt Prüfungszahlen (Absolventenzahlen) für die Analyse der Hochschuleffizienz bedeutsam sind. Und die sich daran anschließenden Überlegungen über die Effizienzbedeutung der Prüfungsstatistik führen am Ende zu Konsequenzen für die statistische Gestaltung und Reform des Hochschulstatistikgesetzes.

II. Die Prinzipielle Bedeutung von Absolventenzahlen für die Analyse der Hochschuleffizienz

A. Das Zweckkonzept des Hochschulsystems

1. Die Staatsnutzung individueller Wissenschaftsantriebe als Ausgangspunkt

Da das Effizienzproblem am Zweck aufgehängt ist, muß die Analyse der Hochschuleffizienz am Hochschulzweck ansetzen. Der Hochschulzweck wiederum geht vom Hochschulträger aus, der die Mittel aufbringt. In der Bundesrepublik dominiert die öffentliche Hand mit ihrer Eigenart als Hochschulträger, während das Bild in den USA z.B. von Privatinstitutionen mit deren Effizienzcharakteristik bestimmt ist.

Nun erhält die Hochschulwelt ihr Leben durch Individualisten, die vom Wissenschaftsdrang getrieben sind und diesen - wenn überhaupt - zu individuellen Zwecksetzungen und Effizienzbindungen sublimieren. Der Wissenschaftsbetrieb läßt sich daher nicht streng aus einem Oberzweck heraus als strammes Effizienzsystem konstruieren, wenn er lebendig bleiben soll: Es gilt, den individuellen Wissenschaftsdrang auf geeignete Weise in den Dienst der übergeordneten Staatszwecksetzung zu nehmen.

Schon in den mittelalterlichen Anfängen hat der Wissenschaftsbetrieb sein Gepräge dadurch erhalten, daß von übergeordneter Seite (Kirche, Staat und dgl.) Gelehrte zusammengeholt wurden, damit ein hochqualifiziertes Potential an Fachleuten und Lehrern zur Verfügung stand: Von Anfang an ging es darum, wissenschaftliche Individualisten zu gewinnen und deren individuelle Fähigkeiten zu nutzen.

Die individuellen Wissenschaftsantriebe richten sich auf einen Erkenntnisprozeß, in dem Spezialkenntnisse vertieft und universalisiert werden. Die Vertiefung gilt als Forschung. Die Universalisierung ist mehr verbunden mit der Lehre, d.h. der Vermittlung von Erkenntnissen und der Fähigkeit zur eigenständigen Erkenntnisgewinnung.

Die als höherwertig geltende Forschung gipfelt in der echten Neuerungsarbeit. Sie erfordert ein hohes Maß an einfallsreichem Einsatz und muß irgendwo im Erkenntnisfeld ansetzen, da das Ergebnis am Anfang noch weitgehend unbekannt ist. Deshalb ist hier ein enges Zweck- und Effizienzdenken hinderlich. Anders liegen die Dinge bei der delegierbaren Ausführungsforschung.

Ähnlich ist es bei der Lehre. Ein enger Zweck- und Effizienzbezug bedeutet eine Verschulung, die am Ende nicht zur eigenständigen Erkenntnisgewinnung befähigt. Da diese das wissenschaftliche Ausbildungsziel ist, darf die Lehre zumindest am Ende nicht in ein enges Zweck- und Effizienzkorsett gesteckt werden. Hinzu kommt, daß die Lehre in verschiedener Weise mit der Forschung verzahnt ist: Sie gründet in der Forschung und wird durch die Forschungsarbeit befruchtet; der Forschungsnachwuchs wird in der Lehre herangebildet und wächst mit der Promotion und schließlich mit der Habilitation in den Forschungsbereich hinein.

2. Das primäre Staatsinteresse an der Lehre mit examensnormierten Absolventen

Das Hochschulinteresse der öffentlichen Hand konzentrierte sich von Anfang an auf die Lehre mit den daraus hervorgehenden Absolventen. Schon im Mittelalter zeichnete sich dies durch die Modalitäten der Verleihung des Universitätsstatus ab: Voraussetzung war die Universalität der Ausbildung von Theologen, Juristen und Medizinern in entsprechenden Fakultäten, die auf der Grundausbildung durch die "Artisten"-Fakultäten (philosophisch-philologischen Zuschnitts) aufbauten.

Der Absolutismus des 18. Jahrhunderts (und später) verstärkte den Ausbildungsbezug und gab den "weltlichen" Berufen den Vorrang. Der absolutistische Staat wollte nämlich die beruflichen Schlüsselpositionen in den Griff bekommen durch hohe Qualifikation und entsprechende Qualifikations-Reglementierung. Daraus folgte die Einflußnahme auf das Lehrprogramm und die Examensnormierung der Absolventen. In Orientierung am mittelalterlichen Zunftprinzip wurde das Berufssystem entsprechend akademisch normiert: Die von der Verbeamtung "frei" bleibenden Absolventen gingen in ein staat-

lich reglementiertes "freiberufliches" System ein als Advokaten, Mediziner usw. Dieses System gab der Entwicklung des Freiberuflerstandes sein Gepräge.

Die Humboldt-Reform Anfang des 19. Jahrhunderts richtete sich darauf, den absolutistischen Ausbildungseingriff mit seinen lähmenden Auswirkungen zu mildern. Die Autonomisierung der Universitäten führte zwangsläufig zur Ausprägung einer Zweistufen-Ausbildung, deren erste Stufe (mit akademischem Examen) prinzipiell in die Universitätsautonomie gegeben wurde. Diese Zweistufigkeit bezog sich in erster Linie auf die unmittelbar staatlich verwalteten Berufe (Lehrer, Juristen und dgl.), wo die praxisbezogene zweite Ausbildungsphase voll in Staatshand war. Eine gewisse Ausnahme bildete z.B. die Medizinerausbildung, insofern die praktische Ausbildungsphase mit den Krankenhäusern universitär integriert war.

Die Studentenrevolte von 1848 wollte die universitäre Examensbindung abschaffen, war darin jedoch erfolglos: Es blieb beim Grundprinzip, daß am Ende des Studiums examensnormierte Absolventen stehen müssen. Heute gilt ein Studium ohne Examensnormierung bzw. Examensabschluß mehr denn je als unvollständig. Dabei hat sich die alte Beziehung zwischen Examensnormierung und Berufsnormierung ebenfalls verstärkt.

Bemerkenswert ist, daß die Examensnormierung (mit nachfolgender Berufsnormierung) in ähnlicher Weise in der Staatshand blieb, wie dies schon in der Absolutismuszeit war. Auch nähert sich die Entwicklung wieder der alten absolutistischen Ausbildungsvorstellung einer voll integrierten (einstufigen) Ausbildung an. Zu erwähnen ist neben dem Modellversuch der "einstufigen" Juristenausbildung die Medizinerausbildung, die nunmehr voll einstufig ausgerichtet ist. Eine Tendenz zur einstufigen Vollintegration läßt auch die naturwissenschaftlich-technische Ausbildung mit ihrem Zug zur abschließenden Promotion erkennen.

3. Die Kapazitäts-Proportionalisierung von Lehre und Forschung mit den Erscheinungen der Forschungsseparierung

In dem ausbildungsorientierten staatlichen Wissenschaftssystem ist die Forschung als Freiraum konzipiert und weitgehend der in-

dividuellen Ausnutzung anheimgestellt. Dies ermöglicht es, im Individualbereich der Forschung die primäre Bedeutung zu geben, wenngleich das staatliche Primärinteresse der Lehre gilt.

In welchem Maße die Forschung staatlicherseits als Implikation der Lehre begriffen wird, macht der Hochschulausbau der letzten Jahrzehnte deutlich. Er wurde nämlich offiziell mit Notwendigkeiten der Lehre - der Studentenzunahme - begründet. Dabei wurden den Forschungsnotwendigkeiten - mit Fächerunterschieden - durch die Dimensionierung der Lehrkapazität Rechnung getragen: Die Forschung wurde - als Freiraum - in der Kapazitätsbemessung mit der Lehre proportionalisiert.

Daneben gibt es in Schwerpunkten auch ein staatliches Primärinteresse an der Forschung. Dieses äußert sich einmal in separaten, aus der Hochschulorganisation weitgehend ausgegliederten Forschungsinstitutionen. Hinzu kommt die Drittmittelförderung der (in der Lehre implizierten) Hochschulforschung. Dies verbindet sich mit dem Grundsatz, das Drittmittelgeschäft der Hochschulen zu fördern im Interesse der besseren Nutzung des Forschungsfreiraums und hier sehr großzügig bei der kommerziellen Geschäftsausweitung zu verfahren.

Das Drittmittelgeschäft steigert die Möglichkeiten, der Forschung in der individuellen Sphäre die Primärbedeutung zu geben. Die Konsequenz ist, daß die übliche - mit der Lehre proportionalisierte - Forschungskapazität vorwiegend als Grundausstattung für die Drittmitteleinwerbung angesehen wird. Da die Drittmittel einen gewissen Auftragsbezug haben, gerät die Forschung durch das Drittmittelgeschäft in dem Maße unter Auftragszwänge, wie sie dadurch von Lehr-Zwängen befreit wird. Diese Steigerungsform der Drittmittel-Forschung herrscht im naturwissenschaftlich-technischen Bereich vor.

B. DIE ANTINOMISCHE EFFIZIENZANALYTIK DES HOCHSCHULBEREICHS UND IHR ABSOLVENTENBEZUG

1. Die Erfordernisse der staatlich-übergeordneten Effizienzanalytik mit ihrem primären Absolventenbezug

Da der staatlich-übergeordnete Hochschulzweck primär auf die Heranbildung berufstauglicher Absolventen gerichtet ist, wird die Absolventendimension zum Angelpunkt für die staatlich-übergeordneten Effizienzanalysen. Diese müssen letzten Endes bei den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ansetzen und demzufolge ein Controlling-System aus folgenden Teilen bilden:

(1) Prognostische Langfristanalyse des beruflichen Qualifikationsbedarfs,
(2) Langfristplanung des arbeitsmarktbezogenen Absolventen-Spektrums mit Bestimmung der Hochschulkapazität (global, nach Typen, nach Fächern) unter Berücksichtigung der Budgetbelastung und der Budgetmöglichkeiten,
(3) Ableitung von Hochschulvorgaben (mit zeitlicher Detaillierung) zur Umsetzung der staatlich-übergeordneten Planung unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie,
(4) Ist-Analysen mit Plan-Ist-Vergleichen und Ist-Ist-Vergleichen zur Verbesserung des Planungs- und Vorgabesystems.
(5) Rückkoppelungs-Korrekturen der Planung und Vorgabe.

Die grundlegende Arbeitsmarktanalyse führt in schwierige Langfristprognosen, in denen die säkulare, demographische und konjunkturelle Entwicklung berücksichtigt wird. Die Globalplanung der Kapazität aus dem projektierten Absolventenspektrum heraus ist zusätzlich an den allgemeinen bildungspolitischen Zielen sowie an den Budgetrestriktionen - an Kostenaspekten - orientiert. Das föderative Bildungssystem der Bundesrepublik zwingt zur Koordination und ermöglicht Schwerpunktsetzungen, auch bezüglich der Hochschultypen und der Hochschulfächer. Die zusammenfassende Koordination der Vorausplanung muß letztlich am Absolventenbedarf des Arbeitsmarktes orientiert sein.

Die daraus abzuleitenden Hochschulvorgaben haben wegen der Hochschulliberalität - der Hochschulautonomie und Studiumsliberalität -

Rahmencharakter. Sie bestehen vornehmlich in der Zurverfügungstellung von fächerbezogenen Mitteln sowie in Rahmenregelungen über die Mittelverwendung. Bestimmte Absolventenzahlen lassen sich nicht vorgeben. Indessen bestehen Lenkungsmöglichkeiten über die kapazitätsbegründete Studiumszulassung sowie über Studien- und Prüfungsordnungen. Allerdings sind damit die bekannten Nebeneffekte der Kapazitätsausweitung und der Studiumsverlängerung verbunden.

Der Ist-Analyse kommt eine große Bedeutung zu im Hinblick darauf, daß die staatlich-übergeordnete Planung einem hohen Irrtumsrisiko ausgesetzt ist und daß die Staatsvorgaben im Rahmen der Hochschulliberalität recht eigenwillig umgesetzt werden. Besonders wichtig ist daher der zusammenfassende Vergleich der Absolventen-Istzahlen (des Hochschulsystems) mit den Absolventen-Planzahlen der Rahmenvorgaben. Dieser Plan-Ist-Vergleich bedarf einer fächerweisen Vertiefung und der Rückbeziehung auf die Arbeitsmarkt-Istsituation. Dabei ist eine das föderative Bildungssystem übergreifende Länderzusammenfassung mit koordinativen Auswertungsanalysen notwendig.

Hinzu kommen Ist-Ist-Vergleiche, die von internationalen Globalzahlen bis zum direkten Hochschulvergleich (mit Fächeraufgliederung) reichen. Auch hier stehen die Absolventenzahlen obenan. Die Ergänzung bilden Kostenvergleiche globaler und detaillierter Art sowie entsprechende Gegenüberstellungen weiterer Zahlen aus Lehre und Forschung. Hier bieten sich also Partialbetrachtungen an, bei denen die Arbeitsmarktseite bzw. die Kostenseite ausgeklammert ist.

Die Ist-Analyse deckt regelmäßig Fehler des Planungs- und Vorgabesystems auf, da dieses zwangsläufig unvollkommen ist. Rückkoppelungskorrekturen sind jedoch nur bei relativ großen Differenzen sinnvoll, da fortgesetzte Feinkorrekturen zu schädlichen Irritationen führen.

2. Die Effizienzanalytik des individuell-wissenschaftlichen Bereichs

Auf der individuell-wissenschaftlichen Ebene geht es vorwiegend um die Entfaltung der persönlichen Wissenschaftsziele bzw. -antriebe,

die vielfach primär auf die Forschung gerichtet sind und die Instituts- bzw. Fachbereichsarbeit beherrschen. Darin liegen große Gegensätze gegenüber den Erfordernissen der staatlich-übergeordneten Effizienzanalytik begründet.

Diese Gegensätze werden dadurch verstärkt, daß die Mittelausstattung für den Individualbereich den Chrakter einer kostenlosen Rahmenvorgabe hat und daher ohne Berücksichtigung der staatlichen Effizienzimplikationen nutzbar ist. Dementsprechend bleibt die interne individuell-wissenschaftliche Effizienzbeurteilung weitgehend frei von Kosten-, Absolventen- und Arbeitsmarktzahlen. Dabei handelt es sich bei diesen internen Oberlegungen zumeist um ehrgeizbegründete Nachbarschaftsvergleiche intuitiver Art.

Ausgeprägtere Analyseformen sind üblicherweise veranlaßt durch Antragsfälle (von Einzelnen bzw. des Instituts bzw. des Fachbereichs), bei denen es um die Erlangung oder Verteidigung von Mitteln geht. Hier wird in der Antragsdarstellung die interne Effizienzanalytik verlassen und durch eine offizielle Effizienzdarstellung ersetzt, die der staatlich-übergeordneten Effizienzanalytik in dem Maße angepaßt ist, wie dies für die Mittelerlangung erforderlich ist. Dementsprechend wird der Lehre zum Schein die Primärbedeutung gegeben und die Forschung nur in speziellen Fällen betont, wo auch - ausnahmsweise - ein staatlich-übergeordnetes Sonderinteresse besteht.

Dies führt zu den bekannten Diskrepanzen zwischen Schein und Sein. So wird eine schwache Abolventenfrequenz versteckt hinter einer aufgebauschten Studentenfrequenz, für die es eine Reihe von Demonstrationshilfen gibt (z.B. die semesteranfängliche Oberfüllung). Im Extrem wird nach dem Grundsatz "der Zweck heiligt die Mittel" eine absolventenarme Forschungsoase zum Lehrengpaß hochstilisiert.

3. Die Effizienzanalytik des zwischengeschaltenten Hochschulmanagements

Das Hochschulmanagement steht vermittelnd zwischen der unterschiedlichen Interessenlage des staatlich-übergeordneten Bereichs und der individuell-wissenschaftlichen Sphäre: Beide Welten sind so in

Übereinstimmung zu bringen, daß mit den gegebenen Staatsmitteln die individuell-wissenschaftliche Leistung bestmöglich zur Entfaltung kommt.

Daher ist es auf der einen Seite wichtig, die individuell-wissenschaftliche Darstellungsverfärbung nüchtern zu beurteilen und zwischen "Schein und Sein" zu unterscheiden. Es gilt, die hinter der Darstellung liegende Realität in ihrer Förderungswürdigkeit zu erkennen. Auch ist es notwendig, den individuell-wissenschaftlichen Bereich mit jenen Informationen zu versorgen, die für eine realistische Effizienzbeurteilung notwendig sind und eine Selbsttäuschung verhindern.

Es ist klar, daß gegenüber dem übergeordneten Staatsbereich eine verfälschende Individualdarstellung nicht übernommen werden darf, wenn diese zur Täuschung führt. Hier ist die Kunst des Hochschulmanagements gefordert, die Hochschulautonomie im Interesse der Sache und der Wahrheit zu nutzen. Die Sorgfaltspflicht zwingt zur Tatsachentreue, jedoch nicht unbedingt zur vollständigen Information gegenüber der staatlich-übergeordneten Instanz. Hier ist dann die staatlich-übergeordnete Kontrolle gefordert.

Die Autonomie bietet dem Hochschulmanagement eine Reihe von Möglichkeiten, die Steigerung der individuell-wissenschaftlichen Effizienz in Übereinstimmung zu bringen mit den staatlich-übergeordneten Effizienzvorgaben. Dies macht eigenständige Effizienzanalysen des Hochschulmanagements erforderlich, die beim Absolventenbedarf des Arbeitsmarktes beginnen und auch zur Berücksichtigung der Kostenseite führen. Hilfreich sind dabei auch Direktvergleiche mit anderen (verwandten) Hochschulen, die von den Absolventenzahlen und Kosten aus in die Fächerdetails von Lehre und Forschung hineinführen.

4. Die Realität mit ihrer Effizienzverschleierung

Die tatsächliche Effizienzanalytik unseres staatlich-übergeordneten Bereichs entspricht kaum den oben skizzierten Erfordernissen. Sie ist stark geprägt durch die Darstellungsverfälschung der individuell-wissenschaftlichen Sphäre, die auch auf das Hochschulmanagement

durchschlägt. Demgemäß kommt den Absolventenzahlen, dem Arbeitsmarktbedarf und den Kosten eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Stattdessen wird primär abgestellt auf die aufbauschungsfähige Studentenfrequenz. Dies kommt deutlich zum Ausdruck in den Begründungen des Hochschulausbaus und der Kapazitätsberechnung für die Studentenzulassung.

Darauf sind die Kapazitäts-Fehlentwicklungen der Vergangenheit weitgehend zurückzuführen. Die notwendigen Kurskorrekturen müssen sich auch auf die Effizienzanalytik beziehen: Es sind zwingende Rahmenregelungen erforderlich, die schon im staatlich-übergeordneten Bereich eine deutliche Hinkehr zum Arbeitsmarktbedarf und zur Absolventenrealität bewirken. Dies muß sich ins Hochschulmanagement hinein fortsetzen, was wegen der Autonomie ein detailliertes und kontrollierbares Berichtswesen erforderlich macht.

C. DIE AUFLÖSUNG DER ABSOLVENTENBEZOGENEN HOCHSCHULEFFIZIENZ IN EINE BILDUNGSEFFIZIENZ, KOSTENEFFIZIENZ UND BERUFSEFFIZIENZ

1. Vorbemerkungen

Bei ordnungsgemäßer Analyse der Hochschuleffizienz kommt den Absolventenzahlen eine Kardinalbedeutung zu. Im Hinblick auf die Antinomie der Effizienzanalytik kann eine Bildungseffizienz, Kosteneffizienz und Berufseffizienz unterschieden werden. Bei der reinen Bildungseffizienz bleiben die Kosten und der Arbeitsmarkt außer Betracht. In der Kosteneffizienz werden zusätzlich die großen Kostenunterschiede zwischen den Studiengängen berücksichtigt. Und mit der Berufseffizienz wird die Arbeitsmarktseite hinzugenommen.

2. Die Bildungseffizienz

Die reine Bildungseffizienz der Hochschulen ist auf die quantitative und qualitative Ausbildungsleistung bezogen, die am besten in der Absolventendimension faßbar ist. Darin läßt sich bei fächerweiser Betrachtung auch die Studiendauer usw. implizieren. Näherungsweise ist die Absolventenfrequenz (als quantitative Bildungsleistung) er-

setzbar durch die Studentenfrequenz, wenn weitestgehende Proportionalität gegeben ist und die Betrachtung fächerweise aufgegliedert bleibt. Im übrigen ist im Hinblick auf Mehrfachqualifikationen die Brutto-Absolventenzahl von der Netto-Zahl zu unterscheiden, bei der die Erstqualifikation oder die Schlußqualifikation gezählt wird.

Die qualitative Bildungsleistung ergibt sich ebenfalls aus dem Absolventenspiegel und kommt vorwiegend zum Ausdruck in den Examensnoten, der Durchfallquote, der Studiendauer und dgl. Ergänzend gewinnt die Studienabbruchquote Bedeutung, mit der die Bildungseffizienz sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht charakterisiert ist. Sie ergibt sich aus der Input-Outputrelation der Anfängerzahlen zu den Absolventenzahlen. Dabei sind die Fachanfänger von den Studiumsanfängern (1. Hochschulsemester) zu unterscheiden.

Wegen der großen Fächerunterschiede müssen die Zahlen um so mehr fächerweise aufgegliedert sein, je detaillierter die Betrachtung ist. Eine Summierung birgt große Irritationsgefahren in sich. Die weitere Aufgliederung führt zu Männerzahlen, Frauenzahlen usw., die global gehalten oder fächerweise detailliert sein können. Die zusätzliche Unterscheidung in Graduierungen, Diplom/Staatsexamen und Promotionen (sowie auch Habilitationen) rückt den weiteren Unterschied zwischen der Brutto-Absolventenzahl und der Netto-Zahl in besonderer Weise in den Vordergrund. Darüber hinaus lassen sich jahrgangsmäßige Frequenzrelationen bilden, die bei Globalzahlen ansetzen und fächerweise detailliert werden können.

3. Die Kosteneffizienz

Bei Hinzunahme der Kosten ist am Ende auf die Beträge je Studiengangsabsolvent abzustellen. Bei Mehrfachqualifikationen muß daher der Unterschied zwischen der Brutto-Absolventenzahl und der Netto-Zahl berücksichtigt werden. Wird von der Netto-Absolventenzahl ausgegangen, dann kommt in den Kosten (bei Fächerbetrachtung) zugleich die unterschiedliche Länge der Gesamtstudiendauer zum Ausdruck. Der Absolventenbezug macht die Kostenanalyse zu einer Art "Kostenträger"-Rechnung.

Im Vordergrund der Kostenerfassung stehen die reinen Hochschulausgaben, die um ausbildungs- und forschungsfremde Komponenten (Krankenversorgungsanteil an den Klinikausgaben usw.) zu bereinigen sind. Der Abzug eines allgemeinen Anteils für die Forschung ist nicht sinnvoll, da diese in der Kapazitätsbemessung mit der Lehre (als Freiraum) proportionalisiert ist. Die Hauptbedeutung kommt den laufenden Ausgaben zu, die nicht periodisiert zu werden brauchen. Die Investitionsausgaben sind nur bei großen zeitlichen Ballungen und in der Detailanalyse zu periodisieren, was keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Der Ausgabenblock der Hochschulzentrale usw. ist mangels einer Verteilungslogik allenfalls proportional aufzuteilen.

Im übrigen ist zu bedenken, daß bei der vollen Berechnung der gesellschaftlichen Ausbildungskosten auch die Weiterbildungskosten auf der 2. Ausbildungsstufe sowie die Kosten einer Umschulung (bei Arbeitslosigkeit und dgl.) hinzukommen. Überdies sind die Quasi-Kosten entgangener Staatseinnahmen zu berücksichtigen: Im Nichtstudiumsfall würden nämlich im Beschäftigungssystem Staatseinnahmen anfallen in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

4. Die Berufseffizienz

Mit der Berufseffizienz wird zusätzlich die Arbeitsmarktakzeptanz der Absolventen berücksichtigt. Deren Berufs-Chancen ergeben sich auf dem Hintergrund eines Qualifiziertenbedarfs, der durch das akademische Berufsnormierungssystem mit bedingt ist. Dabei muß die Primärphase des Berufseingangs der Absolventen von den Sekundärphase der sich daran anschließenden Berufsanpassung und gegebenenfalls -umstellung unterschieden werden. Die Berufseffizienz der Hochschularbeit bezieht sich über die Primärphase hinaus auch auf die berufliche Sekundärphase, weil die in der Hochschulausbildung vermittelte Bildungsbreite und Flexibilität mit von Bedeutung ist für die Bewältigung der späteren Berufsprobleme. Dies verstärkt sich in dem Maße, in dem von Seiten der Hochschulen die im HRG verankerten Weiterbildungsaufgaben wahrgenommen werden.

Im Grunde nahmen die Hochschulen neben der Primärausbildung der Berufsanfänger schon immer Aufgaben der Sekundärausbildung (der beruflichen Weiterbildung) wahr im Rahmen des Doktorandenstudiums und sonstiger Formen des Postgraduiertenstudiums. Indessen war die Ausdehnung begrenzt durch die Humboldtsche Tradition und die darin begründete Konzentration auf die Primärausbildung. Jetzt werden die mit dem HRG geöffneten Grenzen nur zögernd überschritten. Daher ist das mit der Sekundärausbildung verbundene Berufseffizienzproblem keine Angelegenheit der weiteren prüfungsstatistischen Erörterung.

Der Qualifiziertenbedarf des Arbeitsmarkts ergibt sich auf der Grundlage einer langfristig-säkularen Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch eine zunehmende Technisierung, Juridisierung, Ökonomisierung, Informatisierung usw. mit der Folge einer ständigen Bedarfssteigerung. Wesentlich dazu beigetragen hat das mit der Bildungsverbreiterung steigende Akademikerangebot, das so seinen Bedarf in langer Wechselwirkung mit erzeugt hat. Zudem hat die nach dem mittelalterlichen Zunftprinzip und Absolutismusvorbild ausgebaute akademische Berufsnormierung den Qualifikationsbedarf einbahnstraßenartig für Akademiker geöffnet und monopolisiert. Dies gilt insbesondere für die Beamtenberufe (höherer Dienst, Richter, Lehrer usw.) und für die "freien Berufe" (Ärzte, Rechtsanwälte, Später: Wirtschaftsprüfer, Steuerberater usw.).

Diese säkulare Entwicklung wird überlagert von gesellschaftlichen Veränderungen mit der Frauenakademisierung, Bildungsöffnung usw., die den Verdrängungswettbewerb von Akademiker gegen Nichtakademiker mit der Konkurrenz von Jung und Alt und der Rivalisierung von Frau und Mann verbinden. Hinzu kommen demographische und konjunkturelle Momente, die aus den alten akademischen Einbahnstraßen "Sackgassen" gemacht haben. Dies alles wurde verschärft durch die Ausbildungsverlängerung, die die Absolventen im akademischen Normierungssystem stark fixiert und inflexibel macht.

Die sich auf diesem Hintergrund ergebende Berufseffizienz der Hochschularbeit kommt unmittelbar zum Ausdruck im Berufsbestand an Absolventen sowie in Angebotslücken, in der Absolventenarbeitslosigkeit, in der beruflichen Anpassungsdauer (mit zusätzlicher Umschulung), in der späteren Anpassungsflexibilität und dem damit zusammenhängenden Weiterbildungsbedarf usw.

III. Die Auswertung der Prüfungsstatistik für die Analyse der Bildungseffizienz unter Hinzunahme der Studentenstatistik und weiterer Statistiken

A. Die prüfungsstatistischen Gegebenheiten

1. Überblick

Die Prüfungsstatistik wurde in der Vergangenheit mitunter als eine "schlechte" Statistik apostrophiert, weil sie Untererfassungen aufweise und mit Erhebungsschwierigkeiten belastet sei. Dieser Vorwurf kann zumindest für die letzten Jahre nicht zutreffen. Vielmehr ist festzustellen, daß die Doppelerhebung über die kollektiven Prüfungsamtsmeldungen und die individuellen Fragebogenangaben eine besondere Sicherung darstellt, die zwar kleinere Schwächen sichtbar macht, jedoch für eine recht ordentliche Statistikqualität sorgt. Wenn neuerdings erneut Qualitätseinwendungen gemacht werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß keine Statistik vollkommen ist und daß andere Statistiken - insbesondere die Studentenstatistik - weitaus größere Mängel enthalten.

Die in den Statistischen Landesämtern zusammenlaufenden Daten werden dort hochschulweise sowie landesaggregiert in tiefer Fächeruntergliederung (mit Examenserfolg und Studiendauer) dargestellt. In dieser Fächeruntergliederung und in der länderübergreifenden Zahlensummierung nach Hochschultypen wird das Zahlenmaterial vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Ab 1982 ist die Bundesveröffentlichung um (nach Examenstypen summierte) Zahlen der Länder und einzelnen Hochschulen erweitert.

Von den Bundesländern veröffentlicht Bayern die Prüfungszahlen in vorbildlicher Übersichtlichkeit und hochschulweiser Detaillierung. Von den anderen Statistischen Landesämtern muß das Datenmaterial recht mühselig abgefragt werden, wobei neuerdings Datenschutzerschwernisse hinzukommen. Hamburg nimmt als einziges Bundesland die Möglichkeit der Verletzung des Hochschulstatistikgesetzes wahr und erhebt keine Prüfungsamts-Kollektivzahlen; die Gesetzespflicht zur Kollektiverhebung soll jedoch ab 1985 erfüllt werden.

Der wegen der Doppelerhebung besonders gesicherte Charakter der Prüfungsstatistik ermöglicht auch indirekte Auswertungen, bei denen es um eine Plausibilitätsüberprüfung (und gegebenenfalls Korrektur) von Nachbarstatistiken geht. So bietet die Prüfungsstatistik mit zusätzlichen Plan-Ist-Vergleichen sowie Ist-Ist-Vergleichen umfassende Möglichkeiten für hochschulbezogene Effizienzanalysen und für die Erkennung von grundlegenden Effizienzfehlern.

2. Die Absolventenzahlen

In den Tabellen 1a, 1b und 1c ist die Zahlenentwicklung der deutschen Absolventen von 1961 bis 1983 gemäß der Bundesprüfungsstatistik dargestellt. Dabei sind die Gesamtzahlen (Tab. 1a) für Diplom-/Staatsexamen, Lehrerexamen und Graduierungen sowie die entsprechenden Gruppenzahlen für Männer (Tab. 1b) und Frauen (Tab. 1c) aufgeführt. Die Abbildung 1 illustriert diese Zahlenentwicklung unter Hinzunahme der Doktorexamen (von Deutschen).

Die Übersichten machen die umwälzenden Entwicklungen deutlich. Sie zeigen die besondere Lehrerlastigkeit bei den Frauen und die Männerpräferenzen bei den Diplom/Staatsexamen sowie auch bei den Graduierungen. Es fällt auf, daß der "Lehrerbauch" der siebziger Jahre etwas verschwunden ist zugunsten einer Zunahme der übrigen Examenstypen. Die Graduierungsanzahl ist mittlerweile halb so hoch geworden wie die Anzahl der Diplom/Staatsexamen und Lehrerexamen. Die Doktorexamen machen neuerdings etwa ein Viertel der Diplom/Staatsexamen aus, während diese Quote vor zwei Jahrzehnten bei einem Drittel (und mehr) lag.

Die kompensatorische Entwicklung der siebziger Jahre hat zu einer von 1975 bis 1981 reichenden Stagnation der Gesamtabsolventenzahl geführt, die sich sowohl im Männerbereich als auch im Frauenbereich zeigt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die nach Erstexamen gezählte Netto-Absolventenzahl von Deutschen im Jahr 1981 bei 100.000 lag und bis zurück zu 1975 etwa auf diesem Niveau stagnierte. Die Netto-Absolventenzahl (nach Erstexamen) von Deutschen war 1983 erst auf etwa 110.000 angestiegen.

TAB.1A ERMITTLUNG DES RECHNERISCHEN ABGANGS DER DEUTSCHEN STUDENTEN UND STUDENTINNEN ALS DIFFERENZ AUS DER STUDIENANFÄNGERZAHL UND DER STUDENTENBESTANDSÄNDERUNG

JAHR WS	UNIVERSITÄTEN USW. OHNE PÄD.H. UND FACH-H.				HOCHSCHULEN OHNE FACHHOCHSCHULEN				ALLE HOCHSCHULEN (MIT FACHHOCHSCHULEN)				EXAMINA DEUTSCHE		
	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Dipl-Staatsexamen usw.	+ Lehrerexamen	+ + Graduierg
	*gerundet				*gerundet				*gerundet						
0/1	115.200*														
1951		1.400*	27.600*	26.200*									(18)		
1/2	116.600*														
1952		400*	26.800*	26.400*									(18)		
2/3	117.000*														
1953		600*	26.200*	25.600*									(18)		
3/4	117.600*														
1954		4.600*	30.700*	26.100*									(18)		
4/5	122.200*														
1955		6.800*	34.900*	28.100*									(17)		
5/6	129.000*														
1956		12.700*	38.800*	26.100'									(17)		
6/7	141.700*														
1957		12.900*	38.700*	25.800*									(17)		
7/8	154.600*														
1958		16.700*	42.400*	25.700*									(17)		
8/9	171.300*														
1959		12.900*	43.900*	31.000*									(17)		
9/0	184.200*														
1960		15.300*	49.800*	34.500*									(17)		
0/1	199.456														
1961		15.917	53.133	37.216									16,5	30,6	
1/2	215.373														
1962		14.453	55.212	40.759									17,4	33,2	
2/3	229.826														
1963		11.546	52.948	41.402									17,7	36,5	
3/4	241.372														

1964		6.922	51.979	45.057								18,4	37,1	
4/5	248.294													
1965		3.355	48.363	45.008								18,9	39,3	
5/6	251.649													
1966		15.221	64.785	40.564								21,1	40,6	
6/7	266.870				307.387									
1967		5.155	57.591	52.436		7.938	67.614	59.676				23,9	44,7	
7/8	272.025				315.325									
1968		18.568	70.300	51.732		21.226	84.816	63.590				24,0	45,8	
8/9	290.593				336.551									
1969		19.563	71.828	52.265		24.461	87.649	63.188				23,6	48,0	
9/0	310.156				361.012									
1970		28.374	71.311	42.937		36.063	88.050	51.987				24,4	49,7	
0/1	338.530				397.075							25,0	48,3	
1971						52.391	101.255	48.864						
1/2					449.466							25,8	51,7	
1972						64.518	105.343	40.825						
2/3					513.984				618.226					
1973						54.126	107.668	53.542		66.084	147.642	81.558	30,3	60,2	88,5
3/4					568.110				684.310					
1974						48.711	113.870	65.159		58.860	153.984	95.124	31,7	64,8	93,9
4/5					616.821				743.170					
1975						34.458	111.613	77.155		45.534	152.492	107.958	31,8	71,9	102,5
5/6					651.279				788.704					
1976						23.131	112.082	88.951		34.818	155.092	121.273	34,4	76,7	104,8
6/7					674.410				823.522					
1977						24.251	110.991	86.740		32.561	152.349	119.788	35,5	77,9	109,8
7/8					698.661				856.083					
1978						24.835	117.188	92.353		30.137	157.632	127.495	37,5	77,9	107,5
8/9					723.496				887.220					
1979						22.090	115.209	93.119		31.360	160.820	129.460	40,4	75,3	108,1
9/0					745.585				918.580					
1980						42.664	127.083	84.419		60.010	179.714	119.704	43,8	74,0	107,5
0/1					788.249				978.590					
1981						58.297	141.841	83.544		80.004	199.315	119.311	44,6	71,8	106,1
1/2					846.546				1058.970					
1982						46.355	146.974	100.619		72.572	210.097	137.525	48,1	75,8	114,2
2/3					892.901				1131.875					
1983						41.734	150.609	108.875		65.703	216.987	151.248	52,2	79,4	120,0
3/4					934.635				1196.869					
1984						28.843	142.569	113.726		45.378	206.963	161.585			
4/5					963.478				1242.247					

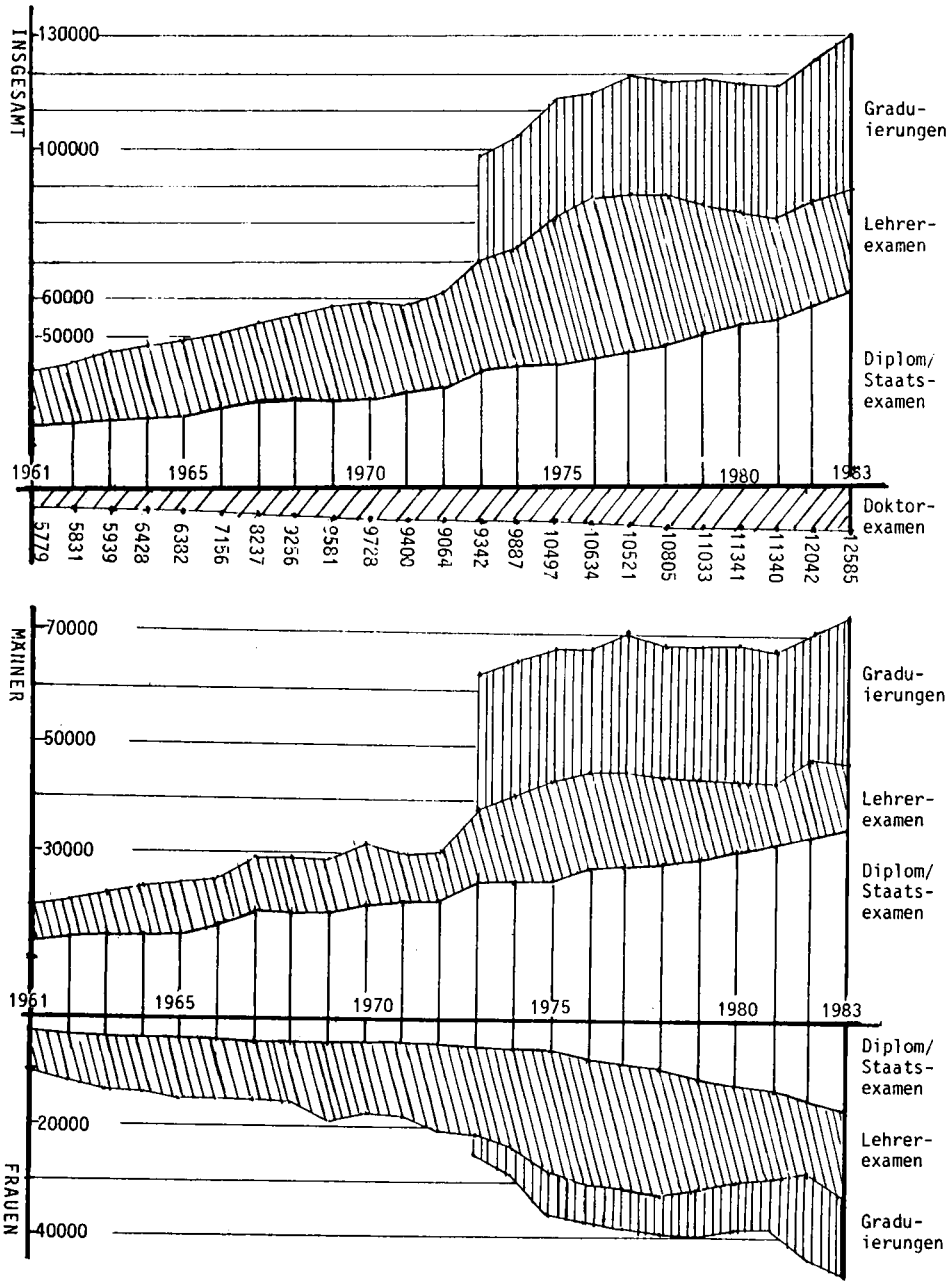
TAB. 1b	ERMITTLUNG DES RECHNERISCHEN ABGANGS DER DEUTSCHEN STUDENTEN (OHNE STUDENTINNEN) ALS DIFFERENZ AUS DER STUDIENANFÄNGERZAHL UND DER ÄNDERUNG DES STUDENTENBESTANDS												EXAMINA DEUTSCHE		
JAHR WS	UNIVERSITÄTEN USW. OHNE PÄD.H. UND FACH-H.				HOCHSCHULEN OHNE FACHHOCHSCHULEN				ALLE HOCHSCHULEN (MIT FACHHOCHSCHULEN)						
	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Dipl-Staatsexamen usw.	+ Lehrerexamen	+ + Graduierg
	*gerundet				*gerundet				*gerundet						
0/1	95.200*														
1951		1.400*	22.300*	20.900*											
1/2	96.600*														
1952		400*	21.500*	21.100*											
2/3	97.000*														
1953		100*	20.000*	20.500*											
3/4	97.100*														
1954		3.100*	23.800*	20.700*											
4/5	100.200*														
1955		4.200*	27.300*	23.100*											
5/6	104.400*														
1956		9.400*	30.000*	21.100*											
6/7	113.800*														
1957		9.400*	30.100*	20.700*											
7/8	123.200*														
1958		11.200*	30.900*	19.700*											
8/9	134.400*														
1959		7.900*	31.300*	23.400*											
9/0	142.300*														
1960		11.100*	36.300*	25.200*											
0/1	153.368														
1961		11.195	37.993	26.798									13,6	20,0	
1/2	164.563														
1962		10.549	39.413	28.864									14,5	21,5	
2/3	175.112														
1963		7.689	37.113	29.424									14,7	23,1	
2/3	182.801														

1964		5.860	37.178	31.258									15,2	23,5	
4/5	188.661												15,7	24,4	
1965		3.303	34.818	31.411											
5/6	192.068												17,5	25,9	
1966		5.922	43.901	28.979											
6/7	197.990				214.867								19,9	29,4	
1967		4.532	43.535	39.003		1.160	43.854	42.014							
7/8	202.522				216.707								19,8	29,5	
1968		14.549	59.099	44.550		15.731	58.097	42.366							
8/9	217.071				232.438								19,5	29,0	
1969		14.895	58.321	43.426		18.088	58.321	40.233							
9/0	231.966				250.526								20,2	32,7	
1970		18.773	54.661	35.888		21.921	54.661	32.740							
0/1	250.739				272.447								20,9	30,0	
1971						30.179	60.756	30.577							
1/2					302.626								21,0	30,6	
1972						41.924	61.931	20.007							
2/3					344.550				429.989				24,8	38,4	63,0
1973						28.241	61.392	33.151		9.756	91.314	57.151			
3/4					372.791				464.054				25,2	41,2	65,3
1974						23.143	63.500	39.357		29.021	92.479	63.458			
4/5					395.934				493.075				26,0	43,5	67,4
1975						18.680	65.482	46.802		26.478	96.240	70.762			
5/6					414.614				519.553				27,4	46,5	67,9
1976						15.760	68.865	53.105		24.292	101.113	77.820			
6/7					430.374				543.845				27,5	46,9	70,8
1977						10.023	63.025	53.002		14.435	92.386	77.951			
7/8					440.397				558.280				28,3	45,8	68,3
1978						10.722	66.792	56.070		11.191	94.211	83.020			
8/9					451.119				570.471				29,7	44,4	68,6
1979						10.208	67.428	57.220		13.738	98.170	84.432			
9/0					461.326				584.209				31,4	44,4	68,8
1980						21.500	71.722	50.222		31.356	107.048	75.692			
0/1					482.826				615.565				32,0	43,8	67,6
1981						26.076	77.053	50.977		39.459	115.466	76.007			
1/2					508.902				655.400				33,7	48,2	71,2
1982						21.498	82.050	60.552		39.848	124.935	85.087			
2/3					530.400				695.581				35,8	47,0	73,7
1983						25.213	88.685	63.472		42.010	135.287	93.241			
3/4					555.613				738.882						
1984						16.619	82.523	65.904		29.754	127.759	98.005			
4/5					572.232				768.636						

TAB. 1c	ERMITTLUNG DES RECHNERISCHEN ABGANGS DER DEUTSCHEN STUDENTINNEN (OHNE STUDENTEN) ALS DIFFERENZ AUS DER STUDIENANFÄNGERZAHL UND DER ÄNDERUNG DES STUDENTENBESTANDS												EXAMINA DEUTSCHE		
JAHR WS	UNIVERSITÄTEN USW. OHNE PÄD.H. UND FACH-H.				HOCHSCHULEN OHNE FACHHOCHSCHULEN				ALLE HOCHSCHULEN (MIT FACHHOCHSCHULEN)						
	Studentenbestand WS *gerundet	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS *gerundet	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Studentenbestand WS *gerundet	Änderung des Best.	Studienanfänger	Rechnerischer Abgang	Dipl-Staatsexamen usw.	+ Lehrerexamen	+ + Graduierg
0/1	20.000*														
1951		0	5.300*	5.300*											
1/2	20.000*														
1952		0	5.300*	5.300*											
2/3	20.000*														
1953		500*	5.600*	5.100*											
3/4	20.500														
1954		1.500*	6.900*	5.400*											
4/5	22.000														
1955		2.600*	7.600*	5.000*											
5/6	24.600														
1956		3.300*	8.800*	5.000*											
6/7	27.900														
1957		3.500*	8.600*	5.100*											
7/8	31.400														
1958		5.500*	11.500*	6.000*											
8/9	36.900														
1959		5.000*	12.600*	7.600*											
9/0	41.900														
1960		4.200*	13.500*	9.300*											
0/1	46.088														
1961		4.722	15.140	10.418									2,8	10,6	
1/2	50.810														
1962		3.904	15.799	11.895									2.9	11,8	
2/3	54.714														
1963		3.857	15.835	11.978									3,0	13,4	
3/4	58.571														
1964		1.062	14.801	13.799									3,3	13,6	
4/5	59.633														

1965		-52	13.545	13,597								3,3	14,8	
5/6	59.581													
1966		9.299	20.884	11.585								3,6	14,7	
6/7	68.880				92.520									
1967		623	14.056	13.433		6.098	23.760	17,662				4,1	15,3	
7/8	69.503				98.618									
1968		4.019	11.201	7,182		5.495	26.719	21,224				4,2	16,2	
8/9	73.522				104.113									
1969		4.668	13.507	8,839		6.373	29.328	22,955				4,1	19,0	
9/0	78.190				110.486									
1970		9.601	16.650	7,049		14.142	33.389	19,247				4,1	17,0	
0/1	87.791				124.628									
1971						22.212	40.499	18.287				4,1	18,2	
1/2					146.840									
1972						22.594	43.412	20,818				4,8	21,0	
2/3					169.434				188.335					
1973						25.885	46.276	20,391		31.921	56.328	24,407	5,6	21,8	25,6
3/4					195.319				220.256					
1974						25.568	51.370	25,802		29.839	61.505	31,666	5,5	23,6	28,6
4/5					220.887				250.095					
1975						15.778	46.131	30,353		19.056	56.252	37,196	5,8	28,5	35,1
5/6					236.665				269.151					
1976						7.371	43.217	35,846		10.526	53.979	43,453	7,1	30,2	36,9
6/7					244.036				279.677					
1977						14.228	47.966	33,738		18.126	59.963	41,837	8,0	30,9	39,0
7/8					258.264				297.803					
1978						14.113	50.396	36,283		18.946	63.421	44,475	9,2	32,1	39,2
8/9					272.377				316.749					
1979						11.882	47.781	35,899		17.622	62.650	45,028	10,8	30,9	39,6
9/0					284.259				334.371					
1980						21.164	55.361	34,197		28.654	72.666	44,012	12,4	29,6	38,7
0/1					305.423				363.025					
1981						32.221	64.788	32,567		40.545	83.849	43,304	12,6	28,1	38,5
1/2					337.644				403.570					
1982						24.857	64.924	40,067		32.724	85.162	52,438	14,4	27,5	43,0
2/3					362.501				436.294					
1983						16.521	61.924	45,403		23.693	81.700	58,007	16,4	32,4	46,4
3/4					379.022				457.987					
1984						12.224	60.046	47,822		15.624	79.204	63,580			
4/5					391.246				473.611					

Abbildung 1: Entwicklung der deutschen Absolventen



Hinzu kommen die Ausländerabsolventen, die die Gesamtabsolventenzahl ohne Promotionen um etwa 4% erhöhen. Im einzelnen beträgt der Ausländeranteil bei den Diplom/Staatsexamen etwa 5%, bei den Lehrerexamen etwa 0,5%, bei den Graduierungen etwa 3% und bei den Doktorexamen etwa 8%.

Eine weitere Detaillierung der Absolventenzahlen nach Bundesländern und Hochschulen bieten die Tabellen 2 und 3 im Zusammenhang mit Einzelfragen, die unten erörtert werden.

B. DIE ÜBERPRÜFUNG DER STUDENTENSTATISTIK ANHAND DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT BERECHNUNG DES RECHNERISCHEN ABGANGS UND ABBRECHERSCHÄTZUNG

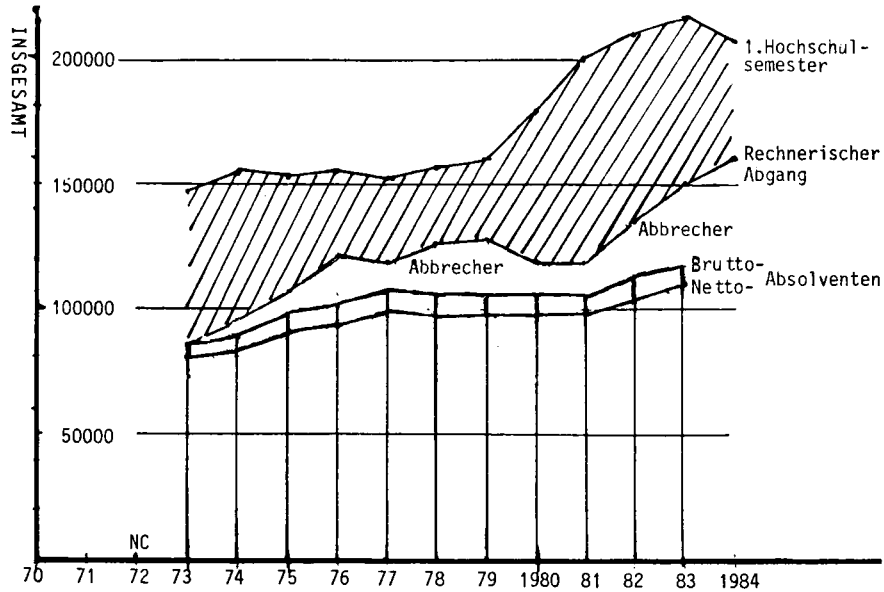
1. Der aus dem Vergleich von Studentenstatistik und Prüfungsstatistik sich ergebende Schwund von einem Anfängerdrittel

Die Studentenstatistik zeigt bei den deutschen Studenten Anfängerzahlen (1. Hochschulsemester), die vom Studienjahr 1973 bis zum Studienjahr 1977 unter leichten Schwankungen stagnierten und im Studienjahr 1979 erst auf 161.000 angestiegen waren. Sie hatten im Studienjahr 1983 ihren Kulminationspunkt mit 217.000 erreicht und lagen im Studienjahr 1984 um etwa 5% darunter, wobei sich die Abnahme in der Frauengruppe schon ein Jahr früher abzeichnete. (Das Studienjahr umfaßt das Sommer- und das nachfolgende Wintersemester.)

Demgegenüber lag die netto nach Erstexamen gerechnete Absolventenzahl an Deutschen nur bei etwa zwei Drittel der Anfängerzahl, wenn eine Studiumsdauer von 4 bis 6 Jahren berücksichtigt wird. Bemerkenswert ist dabei die Entsprechung der Anfängerzunahme ab 1977 mit der Absolventenzunahme ab 1982.

In den Tabellen 1 a, 1 b und 1 c ist der Zahlensachverhalt aufgeführt. Die Abbildungen 2 a und 2 b illustrieren den "Anfängerschwund" von etwa einem Drittel. Dabei sind neben den Gesamtzahlen auch die Gruppenzahlen der Männer und Frauen tabellarisch und schaubildlich dargestellt. Die Gruppenzahlen zeigen, daß der Anfängerschwund sowohl den Männerbereich als auch den Frauenbereich

ABB. 2A: ENTWICKLUNG DER ABSOLVENTEN, DES RECHNERISCHEN ABGANGS UND DER 1. HOCHSCHULSEMESTER VON DEUTSCHEN AN ALLEN HOCHSCHULEN



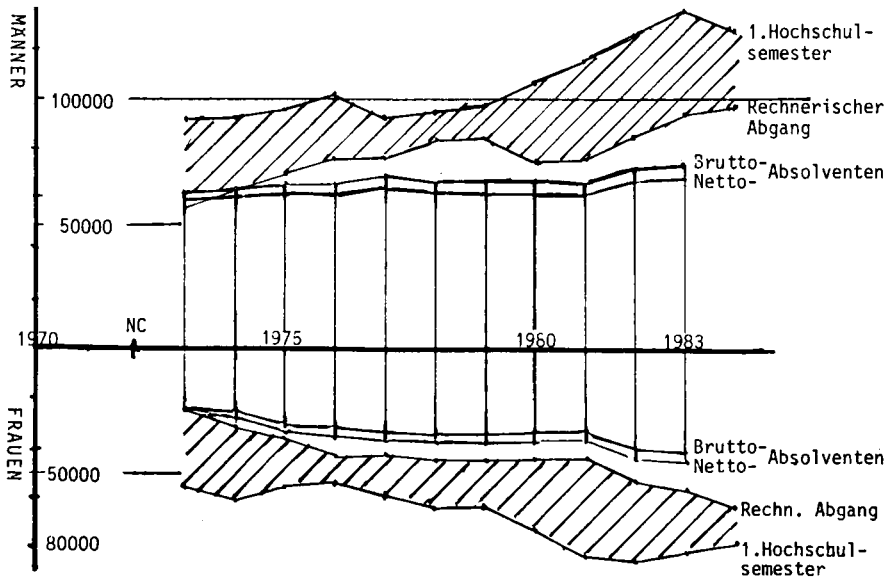
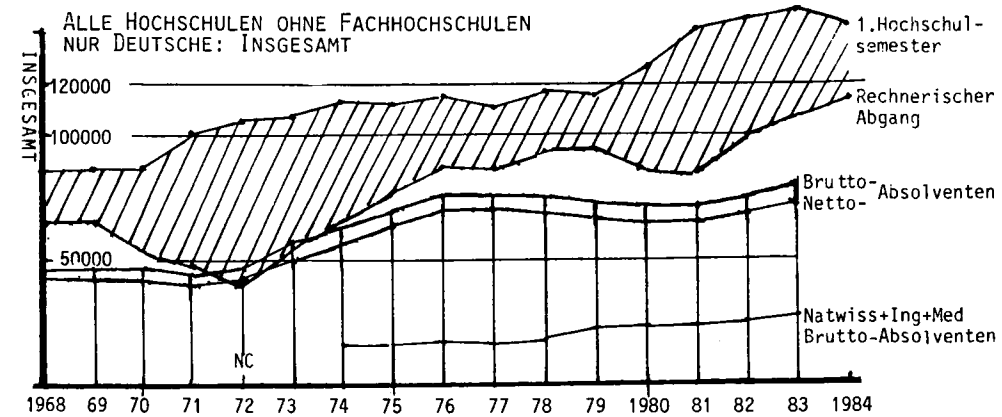
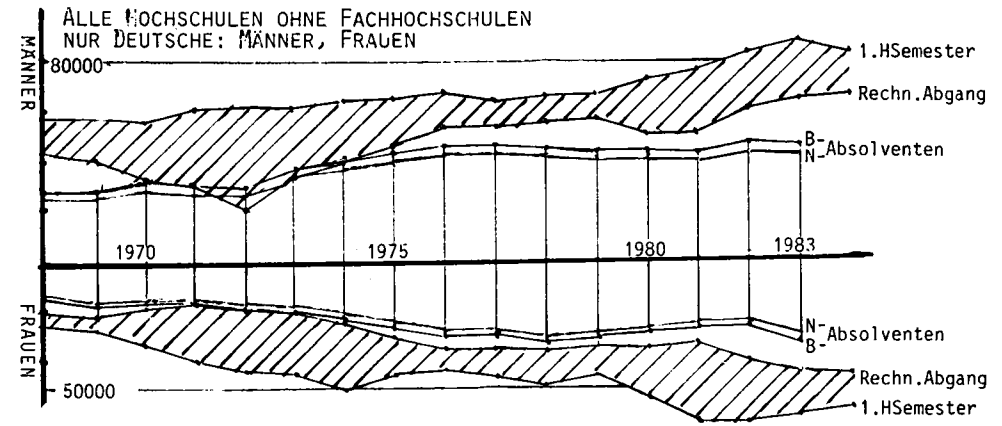
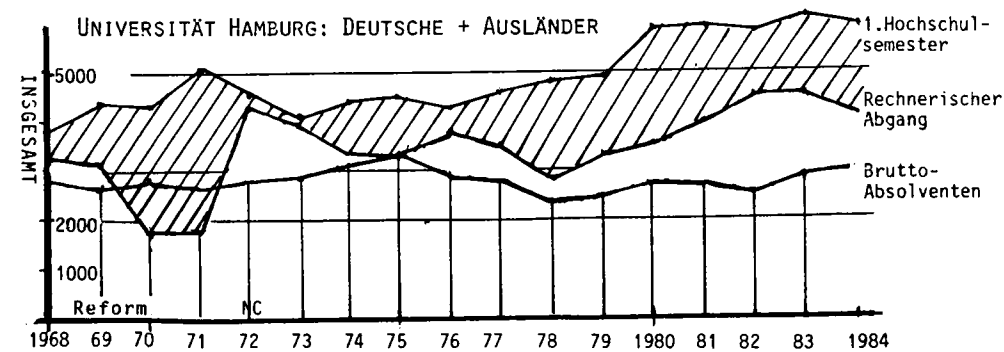


ABB. 2B: ENTWICKLUNG DER ABSOLVENTEN, DES RECHNERISCHEN ABGANGS UND DER 1. HOCHSCHULSEMESTER AN UNIVERSITÄTEN USW.







trifft, daß er jedoch bei den Frauen etwas geringer ist. Dies hängt mit der Frauenpräferenz für kürzere Studiengänge zusammen: Der Anfängerschwund nimmt (in der Globalbetrachtung) mit der Studiengangsdauer ab und ist bei den Graduierungen sowie bei den einfacheren Lehrerstudiengängen am geringsten.

Im Ausländerbereich beträgt der "Anfängerschwund" etwa zwei Drittel. Einer der Gründe dafür ist, daß viele Ausländer nur für einen Zwischenaufenthalt nach Deutschland kommen und hier von vornherein kein volles Studium absolvieren wollen. Wegen dieser Sondersituation und weiterer Besonderheiten wird der Ausländerteil im folgenden nicht weiter analysiert.

Das Desaster eines "Schwunds" von einem Drittel der Anfänger (1. Hochschulsemester) wurde in den offiziellen Studentenanalysen und -prognosen unterschlagen. Hier wurde von den Brutto-Absolventenzahlen ausgegangen und demgemäß eine viel geringere "Schwundquote" angesetzt. Hinzu kommt, daß in den Befragungsuntersuchungen von HIS (Hochschul-Information-System GmbH in Hannover) usw. eine relativ geringe Abbrecherquote festgestellt wurde. Diese Feststellungen wurden in der offiziellen Bildungspolitik für bare Münze genommen ohne zu bedenken, daß Befragungsergebnisse aus dem akademischen Bereich besonders ungesichert sind: Prestigeaspekte usw. führen zu beträchtlichen Verfälschungen der Fragebeantwortungen. Hinzu kommt, daß die Abbrecherbefragungen auf einen zu weit zurückliegenden Zeitraum bezogen sind, so daß die neuere Entwicklung darin nicht zum Ausdruck kommt. Bei gründlichen Recherchen auf der Grundlage des neuesten Abgänger- und Absolventenmaterials würden sich höhere Abbrecherquoten als früher ergeben. Allerdings dürfte sich dabei als wesentlicher Grund für die Abbrecherzunahme herausstellen, daß der Studienbeginn mehr und mehr einen Gelegenheitscharakter erhält nach Art eines Ferienausflugs in "Halbschuhen zum Matterhorn".

2. Die Auflösung des Anfängerschwunds auf der Grundlage von rechnerischen Abgängerzahlen

Mehr Licht ins Dunkel vermag die von mir präferierte Betrachtung zu bringen, bei der der Studentenabgang aus der Studentenstatistik

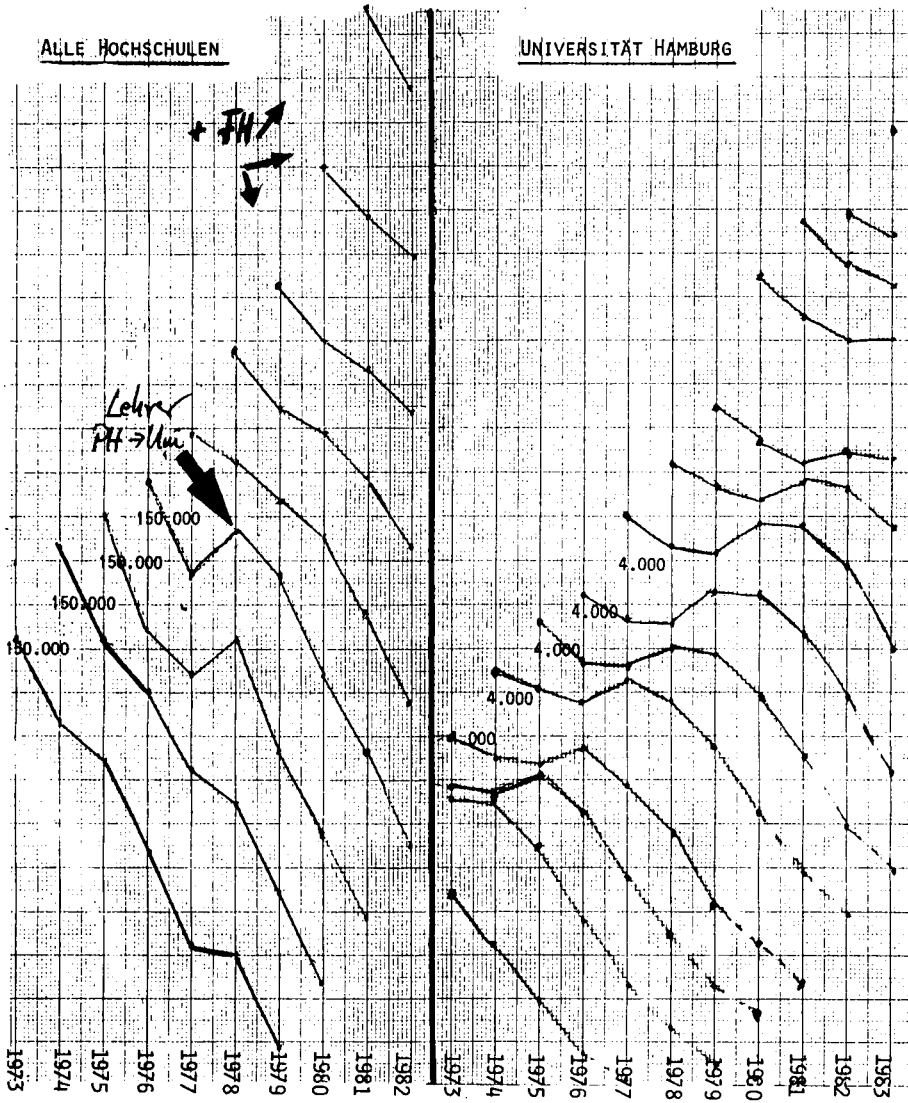
herausgerechnet wird. Dieser rechnerische Abgang ergibt sich als Differenz aus dem Anfängerzugang (1. Hochschulsemester) und der Studentenbestandsänderung. Die errechneten Abgangszahlen sind in der Tabelle 1 a (für Männer und Frauen zusammen) sowie in der Tabelle 1 b (für Männer) und der Tabelle 1 c (für Frauen) mit dargestellt. In den mit dem Jahr 1951 beginnenden Tabellenzahlen ist der dreischichtigen Hochschulentwicklung gefolgt, die statistisch ab 1967 zur Einbeziehung der Pädagogischen Hochschulen und ab 1973 zur Erweiterung um Fachhochschulen sowie Gesamthochschulen geführt hat (die Gesamthochschulen sind in den mittleren Entwicklungsteil der Tabellenmitte aufgenommen). In die Tabellendarstellung ist zusätzlich die Absolventenentwicklung in der entsprechenden Dreiteilung aufgenommen. Die Abbildungen 2 a und 2 b illustrieren den Entwicklungszusammenhang.

Bei Betrachtung des gesamten Hochschulsystems ergibt sich ein rechnerischer Abgang an deutschen Studenten, der von über 80.000 in 1973 auf über 120.000 in 1976 zunahm und (mit einer kleinen Aufwölbung in 1978 und 1979) auf diesem Niveau bis 1981 stagnierte. Alsdann stieg der Gesamtabgang ständig an auf über 160.000 im Jahr 1984.

Damit lag der rechnerische Gesamtabgang bei etwa 120% (oder etwas mehr) der gesamten Netto-Absolventenzahl (an Deutschen); er ist neuerdings auf etwa 135% davon angestiegen. Auf der anderern Seite ergibt sich im Vergleich zu den Gesamtanfängerzahlen (an Deutschen) ein beträchtliches Defizit: Der rechnerische Gesamtabgang lag 1981 nur bei etwa 80% des 5 bis 6 Jahre zuvor registrierten Anfängerzugangs; er hat dieses lange Jahre stagnierende Anfängerniveau erst 1984 leicht überschritten.

Die großen Diskrepanzen zwischen den Anfängern und dem rechnerischen Abgang weisen unübersehbar darauf hin, daß die Anfängerzahlen überhöht registriert sind und daß zusätzlich Unstimmigkeiten bezüglich des Studentenbestands bestehen. Wenn diesen Ungereimtheiten bislang nicht auf die Spur gekommen werden konnte, dann mag dies zu einem gewissen Teil darin begründet sein, daß im bestehenden Kontrollsystem nicht bemerkt werden kann, wenn Studienwechsler und Studienunterbrecher aufs 1. Hochschulsemester zurückgestuft werden.

ABBILDUNG 3: JAHRGANGSFOLGEN VON HOCHSCHULSEMESTERN
(JEWEILS EINE ZÄHLSTUFE HÖHERVERSETZT)



Daß Unstimmigkeiten in der Studentenregistration bestehen, macht auch die Darstellung der Hochschulsemester-Jahrgangsfolgen in der Abbildung 3 deutlich. Hier sind im linken Abbildungsteil für das gesamte Hochschulsystem die Hochschulsemester-Jahrgänge miteinander verkettet, die sich an einen Anfängerjahrgang statistisch anschließen. Diese Jahrgangsfolgen müßten entsprechend dem Studienabbruch und dem Examenserfolg anders abnehmen, als es die Statistikzahlen zeigen. Die im Jahr 1978 zu beobachtende "Auffaltung" ist eine wundersame Studentenvermehrung, hinter der viele Doppelzählungen stehen müssen. Das Phänomen kommt in abgeschwächter Form auch früher oder später zum Ausdruck. Es zeigt sich besonders kraß am Beispiel der Universität Hamburg, die im rechten Teil der Abbildung 3 dargestellt ist und auf die unten noch einzugehen ist.

Die Differenzen zwischen dem rechnerischen Abgang und den Netto-Absolventenzahlen sind im Grunde (über die lange Zeit hinweg) nur als Studienabbrecherzahlen zu erklären. Somit ermöglicht die rechnerische Abgangsfolge eine globale Abbrecherschätzung. Wie die Tabelle 1 a (mit der Abbildung 2 a) für das gesamte Hochschulsystem zeigt, lag der rechnerische Gesamtabgang Anfang der siebziger Jahre nur wenig über den Netto-Absolventenzahlen, was auf eine relativ geringe Abbrecherquote hinweist. Im Laufe der siebziger Jahre jedoch vergrößerte sich die Differenz, um bis 1981 zu stagnieren und alsdann weiter zuzunehmen: Für Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre läßt sich eine Abbrecherquote von über 20% der Netto-Absolventenzahl bzw. etwa 15% der statistischen Anfängerzahl schätzen. Das nunmehr stärker gewordene Auseinanderklaffen zwischen rechnerischem Abgang und Netto-Absolventenzahl weist auf eine noch größere Abbrecherquote hin.

3. Die Klärung des Anfängerschwunds durch die statistische Verlaufsanalyse

Die letzte Klärung und Erklärung des riesigen Anfängerschwunds können nur die Verlaufsanalysen erbringen, die beim Statistischen Bundesamt seit einiger Zeit durchgeführt werden. Diese Analysen sind unverzichtbar, um den Erfolg bzw. Mißerfolg der Hochschulbildung so aufzuklären, daß die notwendigen Konsequenzen gezogen

werden können. Die Verlaufsanalysen müssen sich über einen relativ langen Zeitraum erstrecken und sind daher über das aktuelle Datenmaterial hinaus fortzuführen.

Es ist klar, daß dabei eine Anknüpfung an die prüfungsstatistischen Daten von großem Nutzen ist. Diese Anknüpfung dürfte zur Aufhellung diverser Ungereimtheiten der Studentenregistration führen, die sich nur zu einem Teil auf studentische Angabefehler abwälzen lassen. Daher kann die Aufhellungsarbeit nicht mit dem Datenschutz kollidieren, da dieser sich nicht auf Registrationsfehler erstrecken kann.

Die statistischen Verlaufsanalysen führen darüber hinaus auch zu Erkenntnissen, die eine bessere Beurteilung der Befragungsergebnisse von HIS usw. erlauben. Auch dieser Aspekt läßt eine Fortführung der Verlaufsanalysen als unverzichtbar erscheinen.

C. DIE STATISTISCHE DETAILLIERUNG IN DIE LÄNDEREBENE UND HOCHSCHULEBENE HINEIN

1. Detaillierende Hochschulvergleiche

Die oben dargelegte Überprüfung der Studentenstatistik mit Abbrecherberechnung wird in dem Maße schwieriger, in dem weiter ins Detail der Prüfungsstatistik und der Studentenstatistik gegangen wird. Denn hier kommen Fluktuationswirkungen zwischen den Hochschulebenen und einzelnen Hochschulen zusätzlich zum Tragen. Dies verdeutlicht schon die (auf die deutschen Studenten bezogene) Darstellung im Mittelteil der Tabelle 1 a (bzw. 1 b oder 1 c) in Verbindung mit der obigen Abbildung 2b, wo die Fachhochschulebene ausgeklammert ist. Hier zeigen sich zusätzlich die Unregelmäßigkeiten zu Beginn der siebziger Jahre, als der Numerus clauses eingeführt wurde. Aus den Zahlen geht jedoch deutlich hervor, daß das Abbrecherphänomen stärker in dem Sektor der Universitäten usw. beheimatet ist. Entsprechendes gilt auch bezüglich der Ungereimtheiten der Studentenregistration mit ihrer Aufblähung der Anfängerzahlen.

Noch verwirrender kann das Bild beschaffen sein, wenn die einzelnen Universitäten betrachtet werden, wie das Beispiel der Universität Hamburg im unteren Teil der Abbildung 2 b und im rechten Teil der Abbildung 3 verdeutlicht. Hier kommt die Disharmonie zwischen Anfängerzugang, rechnerischem Abgang und Absolventenzahlen besonders kraß in der Zeit zwischen dem Reformbeginn 1969 und der NC-Einführung 1972 zum Ausdruck. Hinzu kommt das "Auffaltungs"-Phänomen der Studenten-Jahrgangsfolgen gemäß Abbildung 3 (rechter Teil), das auf eine große Zahl ständig auftretender Dopplungen hinweist.

Von Hochschule zu Hochschule schmelzen die Anfängerzahlen (1. Hochschulsemester) über die Studiendauer hinweg zu den Absolventenzahlen in ganz unterschiedlicher Weise zusammen. Die Tabelle 2 zeigt in der linken Hälfte für 24 Universitäten sowie für den Restblock weiterer 30 Universitäten den entsprechenden "Input-Output"-Zusammenhang (deutsche und ausländische Studenten) in einem Komplex von Vergleichszahlen, auf die unten weiter einzugehen ist. Der "Anfängerschwund" für 1982 und 1983 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Brutto-Absolventenzahlen von 1982 und 1983 mit den Durchschschnitts-Anfängerzahlen aus 1976 bis 1978.

Innerhalb einer Universität sind die "Schwund"-Unterschiede von 1982 auf 1983 so beachtlich, daß die Betrachtung nicht isoliert auf einen Absolventenjahrgang bezogen werden kann: Die detaillierende Schwundanalyse ist nur auf der Grundlage von zeitlichen Durchschnittszahlen sinnvoll. In der Absolventenverbindung von 1982 und 1983 zeigen sich beträchtliche "Schwund"-Unterschiede von Universität zu Universität. Dabei erscheint z.B. Göttingen oder Münster im günstigen Licht, während Saarbrücken oder Heidelberg stark abfällt. Der "Durchschnittsschwund" für alle Universitäten liegt bei mindestens einem Drittel der Anfänger (1. Hochschulsemester). Werden die Brutto-Absolventenzahlen unter Abzug einiger Prozent Doppelqualifikationen auf Netto-Zahlen verkürzt, dann folgen daraus entsprechend höhere "Schwundquoten", die für alle Universitäten zusammen um einiges über einem Drittel liegen.

TABELLE 2: UNIVERSITÄTEN IM EINZEL-VERGLEICH	EXAMEN 1982/1983 Dipl/Staatsex. =Absolventen ohne Lehr. a) 1982 b) 1983	EXAMEN 1982/1983 Dipl/Staatsex. =Absolventen mit Lehr. a) 1982 b) 1983	EXAMEN 1982/1983 Promotion a) 1982 b) 1983	STUDENTEN Anfänger 1. Hochschulsem. Durchschnitt a. 1976/7/8	STUDENTEN Anfänger 1. Hochschulsem. 1983	STUDENTEN Studenbestand WS 1983/4	ANFÄNGERSCHWUND $(1-\frac{2}{4})$% a) 1982 b) 1983	PERSONAL 1982 Alles Personal Anzahl	PERSONAL 1982 HAUPTBER. WISS. P. Anzahl	PERSONAL 1982 HAUPTBER. WISS. P. JE 100 Studenten	PERSONAL 1982 HAUPTBER. WISS. P. JE 100 Absolvent mit Lehr.	PERSONAL 1982 HAUPTBER. WISS. P. JE 100 Absolvent ohne Lehr.	AUSGABEN 1982 MILL. DM *geschätzt a) ohne MED b) nur MED	AUSGABEN 1982 MILL. DM MIT 1/4 MEDANTEIL Summe	AUSGABEN 1982 MILL. DM MIT 1/4 MEDANTEIL JE 1000 Studenten	AUSGABEN 1982 MILL. DM MIT 1/4 MEDANTEIL JE 1000 Absolvent mit Lehr.	AUSGABEN 1982 MILL. DM MIT 1/4 MEDANTEIL JE 1000 Absolvent ohne Lehr.
	1^a_b	2^a_b	3^a_b	4	5	6	7^a_b	8	9	10	11	12	13^a_b	14	15	16	17
1. MÜNCHEN U	2.812 3.195	3.579 4.141	1.024 1.120	6.099	7.180	51.118	41% 32%	13.629	3.579	7	100	127	270 641	430	8	120	153
2. ERLANGEN-NÜRNBERG U	1.629 1.572	2.092 2.056	488 463	3.183	4.161	22.727	34% 35%	7.247	1.804	8	86	111	207 289	280*	12	134	172
3. MÜNCHEN TU	1.475 1.782	1.799 2.180	371 320	2.835	4.370	20.706	37% 23%	7.635	2.361	11	131	160	361 211	415*	20	231	281
4. WÜRZBURG U	959 1.048	1.366 1.586	338 429	2.020	2.720	16.803	32% 22%	6.035	1.414	8	104	147	134 258	200*	12	146	209
5. BERLIN FU	2.539 2.718	3.256 3.232	616 673	4.310	5.265	50.112	24% 25%	16.424	3,916	8	120	154	472 650	635*	13	195	250
6. BERLIN TU	1.579 1.612	1.946 1.958	308 293	2.540	3.340	25.982	23% 23%	6.652	2,465	10	127	156	483 -	483	19	248	306
7. BONN U	2.341 2.316	3.789 3.461	674 724	4.990	5.346	38.557	24% 31%	8.782	2.400	6	63	103	244 356	335*	9	88	143
8. MÜNSTER U	2.147 2.216	4.257 4.457	691 665	5.413	5.886	45.401	21% 18%	9.562	2.399	5	56	112	252 454	365*	8	86	170
9. KÖLN U	1.871 1.963	3.018 2.753	450 519	4.551	6.049	43.414	34% 40%	8.548	2.130	5	71	114	208 292	280*	6	93	150
10. AACHEN TU	1.696 1.670	2.688 2.644	449 491	3.844	5.193	34.750	30% 31%	9.312	2.861	8	106	169	345 412	450*	13	167	265
11. BOCHUM U	1.273 1.389	2.049 2.040	238 213	3.750	4.750	29.562	45% 46%	4.767	1.846	6	90	145	277 29	305*	10	149	240

12. GÖTTINGEN U	1.814 1.855	2.617 2.546	267 246	3.134	3.733	27.656	17% 19%	10.949	2.565	9	98	141	289 387	385*	14	147	213
13. HANNOVER U	1.017 1.218	2.114 2.078	162 143	2.787	4.359	23.982	24% 25%	5.092	1.728	7	82	170	278 -	278	12	132	273
14. FRANKFURT U	1.738 1.985	2.499 2.898	418 544	3.444	4.794	28.048	28% 16%	8.423	2.130	8	85	123	202 348*	275*	10	110	158
15. GIEßEN U	1.260 1.282	1.822 1.878	283 339	2.569	2.974	16.279	29% 27%	8.005	1.821	11	100	145	190 260*	245*	15	134	194
16. DARMSTADT TU	919 1.008	1.215 1.226	123 123	1.988	2.746	13.916	39% 38%	3.556	1.416	10	117	154	214 -	214	15	176	234
17. HAMBURG U	1.642 2.102	2.552 2.979	503 568	4.530	6.090	39.200	44% 34%	11.752	3.022	8	118	184	18 BIBL. 314 389	430	11	168	262
18. FREIBURG U	1.397 1.457	1.954 1.958	549 534	2.855	3.432	21.541	32% 31%	8.357	2.029	9	104	145	191 322	270*	13	138	193
19. TÜBINGEN U	1.325 1.376	1.997 1.843	221 374	2.817	3.418	21.862	29% 35%	7.989	2.257	10	113	170	221 331	300*	14	150	226
20. HEIDELBERG U	1.251 1.255	1.434 1.426	464 421	2.944	3.816	25.453	51% 52%	8.465	2.246	8	157	180	216 404	315*	12	220	252
21. MAINZ U	1.385 1.350	1.838 1.838	428 414	2.977	3.633	25.694	38% 38%	7.542	1.911	7	104	138	263 343	350*	14	190	253
22. KIEL U	981 1.096	1.235 1.374	230 288	2.002	2.946	17.079	38% 31%	6.766	1.761	10	143	180	197 326	280*	16	227	285
23. SAARBRÜCKEN U (M. HOMBURG)	780 881	987 1.194	225 252	2.248	2.696	16.220	56% 47%	6.247	1.513	9	153	194	129 246	190*	12	193	244
24. BREMEN U	335 390	676 661	58 45	867	911	8.179	22% 24%	2.556	564	7	83	168	124	124	15	183	370
RESTL. 30 UNIV. (OHNE HWP HH)	9.151 9.716	14.311 15.217	2.188 2.281	25.064	41.431	208.931	43% 39%	61.749	18.851	9	127	198	2.785 1.339	3.121	15	218	341
ALLE 54 UNIVERS (OHNE HWP HH)	45.316 48.452	67.090 69.624	11.766 12.482	103.811	141.234	873.172	35% 33%	256.041	70.989	8	106	157	8.884 8.287	10.955	13	163	242

TABELLE 3: BUNDESLÄNDERVERGLEICH DER ABSOLVENTENZAHLEN 1982/3

		NORDTEIL					SÜDTEIL					BERLIN/W.	NORDTEIL	SÜDTEIL	ALLE BUNDESLÄNDER MIT BWH
		SCHLESW.-HOLST.	HAMBURG OHNE BWH	NIEDERSACHSEN	BREMEN	NORDRH.-WESTF.	HESSEN	RHEINL.-PFALZ	BADEN-WÜRTTEMB.	BAYERN OHNE BWH	SAARLAND				
ABSOLUTE ZAHLEN	1982														
	1983														
MÄNNER UND FRAUEN	1. Habilitationen	31	44	91	3	250	80	35	184	213	15	66	419	527	1014
		28	37	75	4	243	66	27	175	199	17	81	387	484	953
	2. Promotionen	297	522	1278	106	3101	1256	404	2453	2361	226	903	5304	6700	12963
		336	585	1215	72	3228	1393	487	2539	2546	265	938	5436	7232	13637
	3. Alle Examen ohne Promotion u. Habilitat.	3118	4434	11508	1542	35144	11803	5184	19230	16490	1338	7508	55746	54045	118163
		3480	4917	11859	1510	35584	13215	4905	19564	18831	1580	7618	57350	58095	124027
	4. Dipl- + Staats- + kirchl. +Kunst + Lehrerexamen	2039	2695	8158	695	23070	8072	3022	12340	10701	952	5674	36557	35087	78165
		2242	3165	8244	691	23615	8808	2971	12147	12552	1260	5604	37957	37738	82134
	5. Diplom- + Staatsexamen usw.	1139	1763	4681	354	12782	5832	1953	8058	8013	745	4320	20719	24601	50369
		1315	2247	5210	420	13728	6347	1907	8322	8972	947	4516	22920	26495	54766
	6. Lehrerexamen	900	932	3477	341	10288	2240	1069	4282	2688	207	1372	15938	10486	27796
		927	918	3034	271	9887	2461	1064	3825	3580	313	1088	15037	11243	27368
	7. Graduierungen usw.	1080	1739	3350	847	12074	3731	2162	6890	5789	386	1834	19090	18958	39998
		1238	1752	3615	819	11969	4407	1934	7417	6279	320	2014	19393	20357	41893
NUR FRAUEN	8. Promotionen	69	137	161	11	659	272	96	355	526	43	180	1037	1291	2508
		85	141	144	5	740	331	113	430	583	41	212	1115	1500	2827
	9. Alle Examen ohne Promotion u.Habilitat.	1228	1713	4310	558	14056	3874	1973	6553	5573	489	2885	21865	18462	43266
		1416	1968	4399	500	14240	4846	1965	6772	7006	560	3024	22523	21149	46697
	10. Diplom- + Staatsexamen usw.	397	591	1194	119	3849	1754	642	2056	2407	267	1399	6150	7126	14675
		494	780	1403	142	4050	2070	716	2229	2846	318	1558	6869	8179	16607
	11. Lehrerexamen	579	553	2057	207	6145	1150	639	2550	1421	106	792	9541	5866	16199
		609	553	1764	150	5911	1394	667	2308	2172	153	665	8987	6694	16346
	12. Graduierungen usw.	252	623	1059	232	4062	970	692	1947	1745	116	694	6228	5470	12392
		313	635	1232	208	4279	1382	582	2235	1988	89	801	6667	6276	13744

LÄNDERQUOTEN	1982 1983												IN % VON SOD	
MÄNNER UND FRAUEN	1. Habilitationen	3,1 2,9	4,3 3,9	9,0 7,9	0,3 0,4	24,7 25,5	7,9 6,9	3,5 2,8	18,2 18,4	21,0 20,9	1,5 1,8	6,5 8,5	79,5 80	1014 953
	2. Promotionen	2,3 2,5	4,0 4,3	9,9 8,9	0,6 0,5	23,9 23,7	9,7 10,2	3,1 3,6	18,9 18,6	18,2 19,0	1,7 1,9	7,0 6,9	79,2 75,2	12963 13637
	3. Alle Examen ohne Promotion u. Habilitat.	2,6 2,8	3,8 4,0	9,7 9,6	1,3 1,2	29,7 28,7	10,0 10,7	4,4 4	16,3 15,8	14 15,2	1,1 1,3	6,4 6,1	103,1 98,7	118163 124027
	4. Dipl- + Staats- + kirchl. +Kunst + Lehrerexamen	2,6 2,7	3,5 3,9	10,4 10,0	0,9 0,8	29,5 28,8	10,3 10,7	3,9 3,6	15,8 14,8	13,7 15,3	1,2 1,5	7,3 6,8	104,2 100,6	78165 82134
	5. Diplom- + Staatsexamen usw.	2,3 2,4	3,5 4,1	9,3 9,5	0,7 0,8	25,4 25,1	11,6 11,6	3,9 3,5	16,0 15,2	15,9 16,4	1,5 1,7	8,6 8,2	84,2 86,5	50369 54766
	6. Lehrerexamen	3,2 3,4	3,4 3,4	12,5 11,1	1,2 1,0	37,0 36,1	8,1 9,0	3,9 3,9	15,4 14,0	9,7 13,1	0,7 1,1	4,9 4,0	152 133,7	27796 27368
	7. Graduierungen usw.	2,7 3,0	4,3 4,2	8,4 8,6	2,1 2	30,2 28,6	9,3 10,5	5,4 4,6	17,2 17,7	14,5 15	1 0,8	4,6 4,8	100,7 95,3	39998 41893
NUR FRAUEN	8. Promotionen	2,8 3,0	5,5 5	6,4 5,1	0,4 0,2	26,3 26,2	10,9 11,7	3,8 4	14,2 15,2	21 20,6	1,7 1,5	7,2 7,5	80,33 74,33	2508 2827
	9. Alle Examen ohne Promotion u.Habilitat.	2,8 3,0	4 4,2	10 9,4	1,3 1,1	32,5 30,5	9 10,4	4,6 4,2	15,2 14,5	12,9 15,0	1,1 1,2	6,7 6,5	118,43 106,50	43266 46697
	10.Diplom- + Staatsexamen usw.	2,7 3	4,0 4,6	8,1 8,5	0,8 0,9	26,2 24,4	12 12,5	4,4 4,3	14,0 13,4	16,4 17,1	1,8 1,9	9,5 9,4	86,30 83,98	14675 16607
	11.Lehrerexamen	3,6 3,7	3,4 3,4	12,7 10,8	1,3 0,9	37,9 36,2	7,1 8,5	3,9 4,1	15,7 14,1	8,8 13,3	0,7 0,9	4,9 4,1	162,65 134,25	16199 16346
	12.Graduierungen usw.	2,0 2,3	5,0 4,6	8,5 8,9	1,9 1,5	32,8 31,1	7,8 10,0	5,6 4,2	15,7 16,2	14,1 14,4	0,9 0,7	5,6 5,8	113,86 106,23	13392 13744
GRUNDDATEN														
1. Bevölkerung	31.12.1982	4,25	2,64	11,79	1,14	27,56	9,09	5,90	15,06	17,82	1,72	3,04	95,54	61546000
	31.12.1983	4,27	2,62	11,82	1,10	27,46	9,08	5,93	15,08	17,89	1,72	3,02	95,11	61306700
2. 21-25Jährige	31.12.1983	4,19	2,47	11,77	1,06	27,27	8,78	6,08	15,88	18,23	1,84	2,74	92,58	4056700
3. Beschäftigte	30.6.1982	3,48	3,64	10,2	1,44	26,84	9,24	5,31	16,55	18,03	1,69	3,45	89,73	20472000
(Sozverspfl.)	30.6.1984	3,52	3,57	10,27	1,40	26,70	9,23	5,36	16,36	18,38	1,66	3,54	89,15	20040000

2. Detaillierende Ländervergleiche

Weitere Einsichten ergeben sich aus der Prüfungsstatistik, wenn deren Untergliederung gefolgt und in Detailvergleiche gegangen wird. Interessant sind dabei Länder- und Hochschulvergleiche, die in die Details der Fächer, der Männer- und Frauenquoten, des Prüfungserfolgs, der Studiendauer usw. hineinführen. Die Detaillierung zwingt schnell, das Material der Statistischen Landesämter heranzuziehen, was in der Regel nicht einfach ist. Eine Ausnahme mit großen Erleichterungen bietet die großzügige Veröffentlichungspraxis von Bayern, aus deren Grundlage sich z.B. die Hochschulunterschiede der Fachstudiendauer aufzeigen lassen und volle Universitätsvergleiche - zwischen Hamburg und München - ermöglicht sind.

Aber schon die aus der Bundesprüfungsstatistik 1982 hervorgehenden globalen Länderzahlen sind sehr aufschlußreich. Die Tabelle 3 bietet eine Übersicht in Untergliederung nach Examenstypen, wobei den absoluten Examenszahlen die entsprechenden Länderquoten mit weiteren Grunddaten angefügt sind. Werden - unter Herausnahme von Berlin - die "Nordländer" bis Nordrhein-Westfalen auf der einen Seite und die "Südländer" ab Hessen auf der anderen Seite zusammengenommen, so zeigt sich ein gewisses "Nord-Süd-Gefälle". Als Vergleichsgrundlage kann dabei die Bevölkerung dienen, die in der Nordhälfte 93% (bei den jüngeren Jahrgängen) bzw. 95% (bei allen Jahrgängen) derjenigen der Südhälfte beträgt.

Erstaunlich ist nun, daß der Nordteil seine Bevölkerungsquote bezüglich der Habilitationen, der Promotionen und auch der Diplom/Staatsexamen ganz deutlich unterschreitet. Umgekehrt kommt der Nordteil beim Lehrerexamen auf einen Anteil von 134% in 1983 bzw. 152% in 1982, wo bevölkerungsmäßig allenfalls 95% gerechtfertigt wären. So zeigt sich ein erschreckendes Bild: Der ohnehin mit höherer Arbeitslosigkeit gesegnete Norden tut sich besonders hervor in der Oberproduktion jener Absolventensorte, die das sicherste Arbeitslosenschicksal hat.

Die Tabelle 3 zeigt ergänzend auch die Frauenzahlen der verschiedenen Examenstypen. Im Nord-Süd-Vergleich weist der Nordteil die

höheren Frauenfrequenzen auf mit Ausnahme der Diplom/Staatsexamen und der Promotionen. Naturgemäß dominiert dabei der Lehrerbereich, der als bevorzugtes Frauenfach gilt. Diese sensationelle Nordkonzentration der Absolventinnen ist indessen weniger als Bildungsfortschritt, sondern mehr als Arbeitslosensignal zu werten.

Eine Hauptquelle der Nord-Besonderheiten liegt in Nordrhein-Westfalen, dessen Bevölkerung zwei Drittel des Nordteils ausmacht. Das bessere Bild des Südens wird andererseits bestimmt durch Bayern und Baden-Württemberg. Die festgestellten Nord-Süd-Unterschiede bedeuten überdies kein Pauschalurteil über alle Nordländer einerseits oder alle Südländer andererseits. In vielen Punkten lassen sich z.B. Hamburg und Schleswig-Holstein oder Hessen und Bayern nicht in einen Topf werfen. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit gibt es jedoch klare Absolventenparallelen.

3. Detaillierende Beurteilung der Kapazitätsberechnung von Zulassungszahlen mit Hilfe der Absolventenzahlen

Die Zulassungskapazität an Studienanfängern wird nach der Kapazitätsverordnung unter Berücksichtigung eines gewissen Anfängerschwundes errechnet, wobei von den Semesterwochen-Lehrstunden der verfügbaren Stellen und einem Curricularnormwert ausgegangen wird. Der CNW-Wert repräsentiert die Stundenzahl, die im hypothetischen Fall des Einzelunterrichts für einen Studenten verfügbar ist, und ist nicht ohne zusätzliche Schwundimplikationen erklärbar. Die für die Kapazitätsberechnung sehr wichtige Schwundquote wird nicht an den Absolventenzahlen (im Vergleich zu den Anfängerzahlen) orientiert.

Damit bleibt die volle Schwundrealität unberücksichtigt: Nur im Hinblick auf die Absolventenzahlen läßt sich die effektive Kapazitätsnutzung und damit eine Über- oder Minderbelastung sichtbar machen. Dies macht die Prüfungsstatistik zu einem wichtigen Hilfsmittel, um kapazitätsrechnerische Ungereimtheiten und Ungleichgewichte erkennbar zu machen. Darüber hinaus ist die Kapazitätsrechnung ein tragendes Bindeglied zur Personalseite hin, die den größten Kostenfaktor darstellt und daher für die Kosteneffizienz besonders bedeutsam ist.

TAB. 4: DIE UMSTRUKTURIERUNG DER LEHRKAPAZITÄT DER UNIVERSITÄT HAMBURG AUF DEM ABSOLVENTENHINTERGRUND

JKosten in TDM - je Stellen-SWS	Absolventen JahrØ 1983/4	Curricular-normwert	LEHREINHEITEN DER KAPAZITÄTSRECHNUNG DER UNIVERSITÄT HAMBURG	KAPAZITÄT in SWS (Semesterwochenstunden) Stand: 11.4.1983 der wiss. Stellen	mit Lehraufträgen	Stand: 29.8.1985 der wiss. Stellen	mit Lehraufträgen	SWS-Kapazitätsänderung 83 - 85 d.wiss.Stellen mehr	weniger	mit Lehrauftr. mehr	weniger
	270	1,5	Rechtswissensch.I(2stuf.)	390.50	418.20	389.50	437.90		-1.00	+19.70	
	60	1,5	Rechtswissensch.II(1stuf.)	205.00	234.50	203.00	234.50		-2.00		--
Ø 25	410	1,9	Wirtschaftswissenschaften	862.00	953.00	827.60	879.60		-34.40		-73.40
	(25)		Wirtschaftsingenieur	45.00	56.20	54.00	70.50	+9.00		+14.30	
			Zusammen	1502.50	1661.90	1474.10	1622.50		-28.40		-39.40
	130	2,0	Soziologie	150.00	170.00	147.75	164.75		-2.25		-5.25
		2,0	Politische Wissenschaft	89.00	105.00	93.75	107.75	+2.75		+2.75	
	?	2,0	Sozial-u. WirtschGeschichte	40.00	46.00	34.75	39.75		-5.25		-6.25
Ø 25	?	1,7	Philosophie	83.00	89.00	85.75	91.75	+2.75		+2.75	
	10	3,3/3,8	Evangel. Theologie	183.00	237.00	179.00	237.00		-4.00		---
	170	4,0	Psychologie	283.00	439.50	275.00	411.00		-8.00		-28.50
	?	5,3	Sportwissenschaften	163.00	334.00	159.00	309.00		-4.00		-25.00
			Zusammen	991.00	1420.50	975.00	1361.00		-16.00		-59.50
20	50	3,2	Mathematik	310.00	332.00	331.00	346.80	+21.00		+14.80	
30	30	3,6	Informatik	187.00	190.00	190.00	192.50	+3.00		+2.50	
60	70	4,5	Physik	568.00	661.30	586.00	668.00	+18.00		+6.70	
60	60	5,3	Chemie	516.00	562.00	501.45	545.35		-14.55		-16.65
30		5,3	Lebensmittelchemie	16.00	20.00	31.30	35.30	+15.30		+15.30	
30	60	3,9	Pharmazie	119.00	120.00	115.00	116.00		-4.00		-4.00
60	60	5,9	Biologie	538.00	564.05	548.00	579.80	+10.00		+15.75	
40	25	7,1	Holzwirtschaft	89.56	104.06	83.00	94.00		-6.56		-10.06
		6,5	Geophysik	43.00	49.40	38.00	44.40		-5.00		-5.00
		6,8	Geologie	68.00	79.50	76.00	87.50	+8.00		8.00	
60-30	55	5,5	Ozeanographie	36.00	42.40	34.00	40.40		-2.00		-2.00
		5,9	Mineralogie	77.00	83.40	65.00	71.40		-12.00		-12.00
		4,3	Meteorologie	42.50	48.90	42.50	48.90		---		---
		3,0	Geographie	107.00	115.95	95.00	103.95		-12.00		-12.00
60	?	6,3/9,3	Schiffbau	99.00	115.25	108.75	116.75	+9.75		+1.50	
			Zusammen	2816.06	3088.21	2845.00	3091.05	+28.94		+2.84	

		3,0	Germanische Philologie	348.50	378.50	359.00	380.00	+1.50	+1.50
		4,1	Sprachlehrforschung	39.00	39.00	39.00	39.00	---	---
			Skandinavistik	--	--	44.00	44.00	+44.00	+44.00
		3,2	Englische Philologie	285.00	347.00	283.00	329.00	-2.00	-18.00
		3,4	Roman.Phil.,Franz.-Ital.	203.00	213.50	212.00	221.00	+7.50	+7.50
			Roman.Phil.,Span.-Portug.	109.00	133.00	113.50	147.50	+14.50	+14.50
		2,5	Allg.u.vergl.Sprachw./Indog.	18.00	24.00	18.00	24.00	---	---
		5,1	Slavische Philologie	118.00	156.00	122.00	161.00	+4.00	+5.00 -
		3,0	Finn.-ugrische Philologie	32.00	38.00	32.00	38.00	---	---
		2,0	Phonetik	20.00	31.00	24.00	31.00	+4.00	---
			Journalistik	8.00	18.00	16.00	24.00	+8.00	+6.00
		1,5/3,0	Geschichte	213.00	221.00	229.00	236.00	+16.00	+15.00
		2,0	Latein	67.00	67.00	83.00	83.00	+16.00	+16.00
		1,8	Griechisch	28.00	28.00	28.00	28.00	---	---
		2,3	Byzant.u.neugriech.Phil.	20.00	20.00	20.00	20.00	---	---
		3,0	Klass. Archaeologie	28.00	28.00	32.00	33.00	+4.00	+5.00
Ø 20		3,2	Histor. Musikwissenschaft	28.00	30.50	32.00	34.50	+4.00	+4.00
		3,3	System. Musikwissenschaft	16.00	18.00	16.00	18.00	---	---
			Musiktheaterregie	0.00	25.00	8.00	29.00	+8.00	+4.00
		3,0	Dt.Altertums- u.Volkskunde	20.00	21.00	20.00	21.00	---	---
		2,9	Altamerikan.Sprachen u.Kult	12.00	15.50	16.00	19.50	+4.00	+4.00
		3,0	Kunstgeschichte	59.00	63.50	48.00	57.00	-11.00	-6.50
		2,6	Völkerkunde	28.00	32.50	28.00	32.50	----	---
		3,9	Vor- u. Frühgeschichte	20.00	23.50	20.00	23.00	----	-0,50
		5,6	Islamkunde,Semitistik,Turkol.	54.00	57.50	54.00	58.00	----	+0,50
		6,2	Afrikan.Sprachen u. Kult.	56.00	57.00	60.00	61.00	+4.00	+4.00
		7,1	Altorientalistik	8.00	9.00	8.00	9.00	----	---
		5,4	Iranische Philologie	24.00	24.00	24.00	24.00	----	---
		5,3	Sp.u.K.Thail.,Burmas,Indo.	40.00	40.00	40.00	40.00	----	---
		6,6	Sprache u.Kultur Japans	32.00	33.00	32.00	36.00	----	+3.00
		6,6	Sinologie	70.00	72.00	74.00	76.00	+4.00	+4.00
		4,7	Ägyptologie	16.00	18.00	16.00	18.00	----	---
		5,4/5,8	Ind.u.tibet.Philologie	48.00	52.00	52.00	55.50	+4.00	+3.50
		6,5	Austrones.Spr.u.Kulturen	24.00	25.00	24.00	25.00	----	---
Ø 20	190 (Magistester und dgl.) Zusammen			2091.50	2359.00	2226.50	2475.50	+135.00	+116.50
			Allg. Erziehungswiss.	852.50	1093.50	785.00	968.00	-67.50	-125.50
Ø 20		2,0	Sonder(Behind.)Pädagogik	133.00	326.00	115.00	278.00	-18.00	-48.00
			Berufs-u.WirtschPädagogik	155.00	218.00	143.00	181.00	-12.00	-37.00
			Gewerb.-techn.Fächer	162.00	323.00	154.00	315.00	-8.00	-8.00
Ø 20	850 (mit phil.+natwiss.usw. Fächern)			1302.50	1960.50	1197.00	1742.00	-105.50	-218.50
Ø 35	2500		Insgesamt	8703.56	10490.11	8717.60	10292.05	+14.04	-198.06

Wie dies im Einzelfall aussieht, läßt sich am Beispiel der Universität Hamburg in Tabelle 4 verdeutlichen. Hier sind die verschiedenen kapazitätsrechnerischen Lehreinheiten mit den Curricularnormwerten und mit der Semesterwochenstunden-Kapazität der wissenschaftlichen Stellen sowie der Lehrauftragstellen dargestellt. Der Vergleich mit den zusätzlich aufgeführten Absolventenzahlen macht die riesigen Belastungsunterschiede von Fach zu Fach deutlich. Zugleich belegt die Tabelle Kapazitätsverschiebungen von 1983 bis 1985, die nicht zum Abbau des Hamburger Oberhangs der sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer geführt haben, sondern auf eine Kapazitätsreduzierung arbeitsmarktergiebiger Engpaßfächer hinauslaufen, was völlig unsinnig ist.

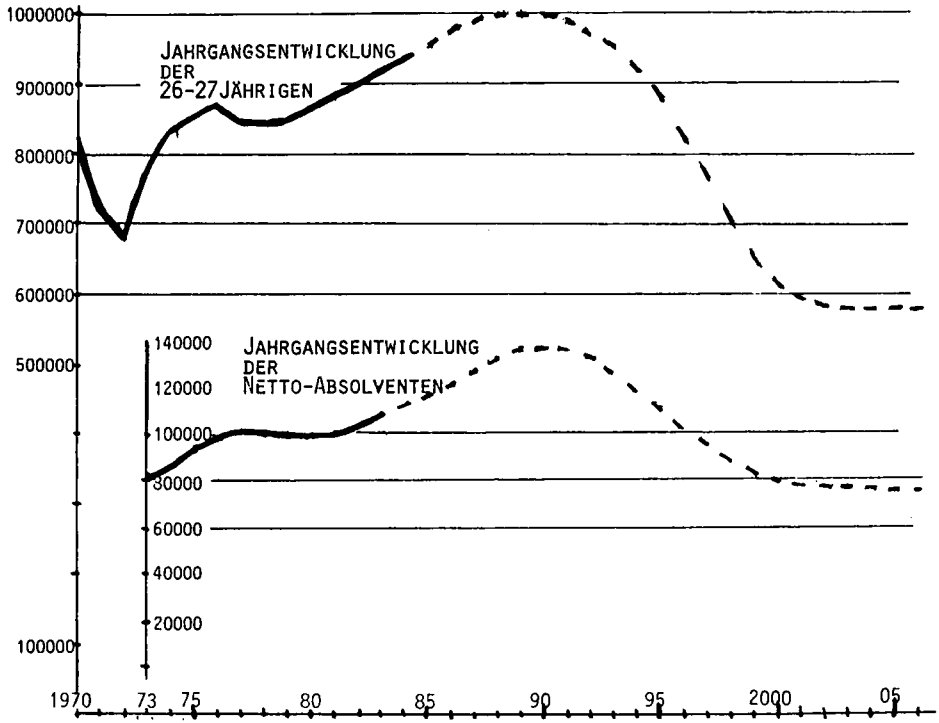
D. DIE VERBINDUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT DER BEVÖLKERUNGSSTATISTIK UND DIE PROGNOSEKONSEQUENZEN

1. Die Verbindung der Prüfungsstatistik mit der Bevölkerungsstatistik

Die Langfristentwicklung der Absolventenzahlen mit ihrer Bildungs- und Arbeitsmarktbedeutung muß auf dem Hintergrund der Bevölkerungsbewegung und Bildungsausbreitung gesehen werden. Daraus lassen sich vielfältige Erkenntnisse gewinnen, die am Ende für das Arbeitsmarktproblem - für die Berufseffizienz - besonders wichtig sind.

Die Zusammenhänge sind in Abbildung 4 veranschaulicht. Den Ausgangspunkt bildet die Langfristentwicklung des Jahrgangs der 26-27Jährigen, auf den das durchschnittliche Absolventenalter etwa fällt. Die Netto-Absolventenzahlen zeigen eine beachtliche Proportionalität zur Jahrgangsentwicklung: Sie sind langsam an 12% des Altersjahrgangs herangekommen und darüber hinausgewachsen. Ohne die Graduierungen beträgt die Jahrgangsquote weniger als 9%. Die im letzten Jahrzehnt auf etwa 30% verdoppelte "Abiturientenquote" (Hochschul- und Fachhochschulberechtigungen) wird also immer deutlicher unterschritten.

ABBILDUNG 4 : JAHRGANGSENTWICKLUNG DER 26-27JÄHRIGEN UND DER NETTO-ABSOLVENTEN



Auch im internationalen Vergleich werden Sättigungsgrenzen sichtbar. Der Akademisierungskern an "härteren" Fächern liegt im internationalen Rahmen bei etwa 10% des Jahrgangs. Im internationalen Vergleich fällt überdies die lange Studiendauer in der Bundesrepublik auf, die die qualitative Bildungseffizienz (zusammen mit den hohen Schwundquoten) in einem recht ungünstigen Licht erscheinen läßt.

Im Hintergrund steht ein bevölkerungsbedingtes Begabungspotential, das international recht ausgeglichen ist. Eine Näherungsdarstellung wird mit dem Intelligenzquotienten (IQ) erreicht. Die IQ-Darstellung zeigt eine gewisse symmetrische Verteilung mit dem Mittelwert bei 100. Ober 115 liegen etwa 15%, über 130 etwa 5%

der Bevölkerung. Die 30%ige Abiturientenquote impliziert also wegen der Bildungsstreuung die Absenkung auf einen IQ von etwa 100. Und mit der derzeitigen Akademisierungsquote (einschließlich der Graduierungen) von 12 bis 13% ist die Entwicklung schon sehr dicht an eine Begabungsgrenze herangekommen, die ohne drastische Absenkung der Qualifikationsmaßstäbe allenfalls eine Absolventenquote von 13% bis 14% des Jahrgangs ermöglicht.

2. Die Prognosekonsequenzen

Im Hinblick auf die Sättigungsgrenze von etwa 13 bis 14% des Altersjahrgangs und unter Berücksichtigung der statistischen Jahrgangsprognosen lassen sich aus dem bisherigen Absolventenverlauf brauchbare Anhaltspunkte über die künftige Absolventenentwicklung gewinnen. Die Abbildung 4 veranschaulicht, daß der Jahrgang der 26-27Jährigen bis zum Kulminationsjahr 1990 so angestiegen ist, daß daraus eine Netto-Absolventenzahl von allenfalls 140.000 folgt. Danach ist die zu erwartende Jahrgangsabnahme so stark, daß jenseits des Jahres 2000 die Netto-Absolventenzahl unter 80.000 pro Jahr liegen dürfte.

Auf die vergangene Absolventenentwicklung und die Prognosekonsequenzen ist unten im Abschnitt V. im Zusammenhang mit der Berufseffizienz weiter einzugehen. Dabei gilt es, die Überlegungen in Richtung auf die Arbeitsmarktentwicklung usw. weiterzuführen.

E. ZUSAMMENFASSENDE FESTSTELLUNGEN ZUR BILDUNGSEFFIZIENZ UND ZUR OFFIZIELLEN BILDUNGSANALYTIK

Auf der Grundlage der Prüfungsstatistik ergeben sich bemerkenswerte Einsichten über die reine Bildungseffizienz des Hochschulsystems. Schon die globale Verbindung mit der Studentenstatistik macht das "Schwundphänomen" und die darin enthaltene Abbrecherquote deutlich, die auf eine gewisse Bildungsineffizienz des Hochschulsystems (und Bildungssystems) hinweist. Das Absolventenbild der letzten Jahre mit der Abbrecherzunahme zeigt, daß die Entwicklung an eine natürliche Akademisierungsgrenze herankommt, die allenfalls bei 13 bis 14% des Altersjahrgangs liegt. Davon ausgehend ergeben sich ernüchternde Absolventenprognosen.

Im direkten Hochschulvergleich macht der recht unterschiedliche "Anfängerschwund" Fluktuationen zwischen den Hochschulen deutlich, die auf eine unterschiedliche Attraktivität hinweisen. Universitäten mit hoher "Schwundquote" müssen als inattraktiv gelten. Geringe "Schwundquoten" hingegen weisen auf "Arbeitsuniversitäten" hin, die ihre Studenten zu halten und andere Studenten anzulocken vermögen. Hier fällt die besondere Attraktivität der nordrhein-westfälischen Universitäten Münster, Köln und Bonn auf, die trotz Überfüllung für die Studenten günstiger erscheinen als die Reformgegenstücke der Gesamthochschulen usw.

Im Bundesländervergleich offenbart die Prüfungsstatistik ein "Nord-Süd-Gefälle" mit einer extremen Nordkonzentration von Lehrern und einer Südkonzentration von Diplom/Staatsexamen, Promotionen sowie auch Habilitationen. Die tiefere Bedeutung erhält dies allerdings erst zusammen mit der Kosten- und der Berufseffizienz.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Prüfungsstatistik die Studentenstatistik als "aufgebauscht" disqualifiziert. Von den Absolventenzahlen her und im Hinblick auf eine großzügig bemessene etwa sechsjährige Studiendauer müßte der Studentenbestand um mindestens ein Viertel niedriger sein. Die von Fach zu Fach sehr unterschiedliche Aufbauschung ist darauf zurückzuführen, daß über die Studiumsabbruch-Aspiranten hinaus ein Heer von "Phantom-Studenten" heranwuchs, das u.a. auf willkommene Verweilusancen von Absolventen zurückzuführen ist und keine echte Belastung darstellt.

Deshalb erscheint die offizielle Bildungsanalytik in dem Maße als untauglich, in dem sie auf Studentenfrequenzen aufbaut und diese als Maßstab für die Belastung oder gar für die Bildungseffizienz nimmt. Diese Problematik teilt sich u.a. auch den KMK-Prognosen mit, in denen die ohnehin aufgebauschten Studentenzahlen zusätzlich prognostisch überhöht werden ohne Rücksicht auf die sehr viel kleinere Realität der Netto-Absolventenzahlen.

IV. Die Auswertung der Prüfungsstatistik für die Analyse der Kosteneffizienz unter Hinzunahme weiterer Erhebungen

A. Die Auswertungsverbindung der Prüfungsstatistik mit der Finanzstatistik usw.

Die Analyse der Kosteneffizienz (der Hochschulbildung) besteht darin, daß die Überlegungen zur reinen Bildungseffizienz um die Aspekte der Kostenbelastung erweitert werden. Die Kostenbelastung ergibt sich aus Wirkungszusammenhängen (des Fächerverbundes usw.) und Belastungsfaktoren, unter denen die Personalseite oben ansteht.

Als zusätzliche Datenquelle ist an erster Stelle die Hochschulfinanzstatistik zu nennen, die im Zusammenhang mit der Statistik über die Haushalts-Rechnungsergebnisse der Fachserie 14 erstellt wird. Aus diesen "Rechnungsergebnissen" wird der Anteil der Hochschulfinanzzahlen im Gesamtgefüge der Haushaltszahlen sichtbar. Damit können im Langfristzusammenhang der Haushaltsentwicklung Notwendigkeiten der Hochschulschrumpfung bzw. Möglichkeiten der Erweiterung einer besseren Beurteilung zugänglich gemacht werden.

Die dem Hochschulstatistikgesetz entspringende Hochschulfinanzstatistik läuft über die Statistischen Landesämter im Statistischen Bundesamt zusammen. Sie wird dort in relativ hoher Fächeraggregation mit einer gewissen Aufgliederung nach Hochschultyp und Bundesland veröffentlicht. Darüber hinaus wird eine Ausgabenunterteilung vorgenommen in Investitionsausgaben und laufende Ausgaben, wobei u.a. die Personalausgaben sichtbar werden.

Die Qualität dieser Finanzstatistik wird angezweifelt mit dem Argument, es handle sich vielfach um "geschätzte" Zahlen, da die lieferungspflichtigen Hochschulen mit ihren Angaben "mauern". In der Tat sind die Lieferzustände nicht überall als ideal zu bezeichnen. Dabei tut sich z.B. Hamburg mit einer extremen Passivität hervor und glänzt Bayern mit einer vorbildlichen Arbeit, die in der Veröffentlichung einer sehr detaillierten Landes-Hochschulfinanzstatistik gipfelt. Alles in allem wird das Hochschulstatistikgesetz mit der Hochschulfinanzstatistik nicht im entferntesten in der Weise erfüllt, wie dies für die Studenten-

statistik und neuerdings auch für die Prüfungsstatistik selbstverständlich ist. Schuld daran sind die politischen Auswertungsinstanzen, deren bekundetes Desinteresse einer finanzstatistischen Verbesserung im Wege steht.

Die hochschulfinanzstatistischen Schwächen machen es verstärkt notwendig, Zusatzdaten heranzuziehen, aus denen sich die Kostenbelastung im Detail herausrechnen lassen könnte. Neben der Raumstatistik ist die Personalstatistik zu nennen, die wegen des starken Gewichtes der Personalausgaben an erster Stelle interessiert. Die Hochschulpersonaldaten sind Gegenstand detaillierter statistischer Erhebungen, die über die Statistischen Landesämter im Statistischen Bundesamt zusammenlaufen. Sie werden von dort aus in einer Untergliederung (auch nach Hochschulen) veröffentlicht, die beträchtlich über jene der Hochschulfinanzstatistik hinausgeht. Allerdings können die Datenanlieferungen seitens der Hochschulen gewisse Schwächen aufweisen. Unter den Bundesländern tut sich wiederum Bayern mit einer vorbildlich veröffentlichten Landespersonalstatistik hervor.

B. DER VERGLEICH DER BUNDESLÄNDER

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert zunächst eine länderweise Darstellung der Hochschulausgaben, die in Verbindung mit den Länder-Absolventenzahlen der Tabelle 3 Aussagen über eine länderverschiedene Kosteneffizienz ermöglichen. In Tabelle 5 sind die Hochschulausgaben länderweise aufgeführt und zusätzlich in Länderquoten - unter Erweiterung um finanzspezifische Grunddaten - dargestellt.

Die Gliederungsunterschiede der Länderprüfungszahlen von Tabelle 3 und der Länderausgabenzahlen von Tabelle 5 entsprechen den Systematikunterschieden der Bundes-Prüfungsstatistik und der Bundes-Hochschulfinanzstatistik. Diese Systematikunterschiede verwehren eine detaillierte Ermittlung von Absolventenkosten. Sie ermöglichen auch nicht ins einzelne gehende Ländervergleiche oder gar Hochschulvergleiche.

TABELLE 5: BUNDESLÄNDERVERGLEICH DER HOCHSCHULAUSGABEN

	NORDTEIL					SÜDTEIL								
	SCHLESWIG-HOLSTEIN	HAMBURG OHNE BWH	NIEDER-SACHSEN	BREMEN	NORDRHEIN-WESTFALEN	HESSEN	RHEINLAND-PFALZ	BADEN-WÜRTTEMB.	BAYERN OHNE BWH	SAARLAND	BERLIN(W)	NORDTEIL	SÜDTEIL	ALLE BUNDESLÄNDER MIT BWH
ABSOLUTE ZAHLEN 1982 in Millionen DM 1983														
1. Gesamte Ausgaben	753	874	2159	173	4926	1946	816	3253	3007	393	1750	8885	9415	20264
	793	887	2224	180	5076	2053	852	3388	3176	433	1826	9160	9903	21103
2. Ges.laufende Ausgaben einschl. ges. Medizin	635	757	1785	162	4185	1727	701	2825	2639	371	1544	7514	8263	17503
	666	796	1876	162	4417	1820	744	2946	2784	400	1586	7914	8694	18380
3. Ges.laufende Ausgaben ohne Medizin	233	447	1101	162	3048	1155	478	1649	1374	178	950	4991	4834	10895
	243	465	1271	162	3231	1169	513	1728	1437	186	974	5272	5033	11561
davon:														
a a) Mathematik und Naturwissenschaften	60	102	189	13	535	247	85	395	315	32	155	899	1074	2135
	60	96	196	16	564	262	107	383	330	33	156	932	1115	2208
b) Math.+Natwiss.+ Ing. +Agr/Ern/Forstwiss.	95	159	498	31	1038	405	131	732	578	43	330	1821	1789	4124
	99	161	517	39	1117	423	151	743	606	44	335	1933	1967	4321
c) Rechts-,Wirtschafts- 7.Sozialwissenschaft.	26	45	95	23	276	105	42	160	147	20	103	465	474	1058
	25	49	100	19	282	111	47	160	157	21	102	475	496	1088
d) Sprach- und Kulturwissenschaften	25	60	134	15	337	110	62	159	174	25	102	571	530	1213
	24	63	139	13	351	115	65	168	181	27	98	590	556	1256
e) Sprach- u.Kulturwiss. und Kunst	33	83	157	21	429	141	70	206	212	31	127	723	663	1518
	32	87	162	20	448	149	76	221	220	32	122	749	698	1581
f) Zentrale Verwaltung und Sport	79	161	352	87	1305	451	235	551	438	84	382	1984	1759	4194
	87	169	492	84	1383	487	239	605	455	88	414	2215	1874	4572

LÄNDERQUOTEN	1982 1983												in % von Süd	
1. Gesamte Ausgaben		3,7	4,3	10,7	0,9	24,3	9,6	4,0	16,1	14,8	1,9	8,6	94,4	20264
		3,8	4,2	10,5	0,9	24,1	9,7	4,0	16,1	15,0	2,1	8,7	92,5	21103
2. Ges.laufende Ausgaben		3,6	4,3	10,2	0,9	23,9	9,9	4,0	16,0	15,1	2,1	8,8	90,9	17503
einschl. ges. Medizin		3,6	4,3	10,2	0,9	24,0	9,9	4,0	16,0	15,1	2,2	8,6	91,0	18380
3. Ges.laufende Ausgaben		2,1	4,1	10,1	1,5	28,0	10,6	4,4	15,1	12,6	1,6	8,7	103,2	10895
ohne Medizin		2,1	4,0	11	1,4	27,9	10,1	4,4	14,9	12,4	1,6	8,4	104,7	11561
davon:														
a) Mathematik und		2,8	4,8	8,8	0,6	25,1	11,6	4,0	18,5	14,8	1,5	7,3	83,7	2135
Naturwissenschaften		2,7	4,3	8,9	0,7	25,5	11,9	4,8	17,3	14,9	1,5	7,1	83,6	2208
b) Math.+Natwiss.+Ing.		2,3	3,9	12,1	0,8	25,2	9,8	3,2	17,8	14,0	1,0	8,2	101,8	4124
+Agr/Ern/Forstwiss.		2,3	3,7	12	0,9	25,9	9,8	3,5	17,2	14,0	1,0	7,8	98,3	4321
c) Rechts-,Wirtschafts-		2,4	4,2	8,9	2,2	26,1	10,0	4,0	15,1	13,9	1,9	9,7	98,1	1058
u.Sozialwissensch.		2,3	4,5	9,2	1,7	25,9	10,2	4,3	14,7	14,4	1,9	9,4	95,8	1088
d) Sprach- und		2,1	5,0	11,1	1,2	27,8	9,1	5,1	13,1	14,3	2,1	8,4	107,7	1213
Kulturwissenschaften		1,9	5,0	11,1	1,0	27,9	9,2	5,2	13,4	14,4	2,1	7,8	106,1	1256
e) Sprach- u. Kulturwiss.		2,2	5,5	10,3	1,4	28,2	9,3	4,6	13,6	14	2,0	8,3	109,5	1518
und Kunst		2,0	5,5	10,3	1,3	28,4	9,4	4,8	14,0	13,9	2,0	7,7	107,3	1581
f) Zentrale Verwaltung		1,9	3,8	8,4	2,1	31,1	10,8	5,6	13,1	10,4	2,0	9,1	112,8	4194
und Sport		1,9	3,7	10,8	1,8	30,2	10,6	5,2	13,2	10	1,9	9,1	118,2	4572
GRUNDDATEN														Länder+ Kommun.
1. Steuerbehalt	1974	3,65	4,53	10,13	1,48	29,03	9,69	5,3	15,59	16,44	1,49	2,68	100,6	116010
Länder + Kommunen	1983	3,67	4,02	10,23	1,28	27,79	9,68	5,33	16,55	17,60	1,45	2,39	92,8	190820
2. Unmittelbare	1974	3,73	4,25	10,27	1,47	27,16	9,82	5,46	16,20	17,14	1,49	3,01	93,6	160460
Einnahmen	1982	3,58	3,83	11,09	1,35	26,98	9,45	5,40	16,71	17,74	1,43	2,45	92,3	242440
3. Staatsschulden	31.12.74	4,81	4,43	12,88	1,55	23,45	11,41	7,18	11,98	13,22	2,04	7,19	103,1	135950
Länder + Kommun.	31.12.84	4,56	4,00	12,46	2,62	30,82	9,82	6,18	11,87	11,08	2,53	3,95	130,9	365370

Indessen erlaubt es die Ausgabentabelle 5, Länderschwerpunkte aufzuzeigen und in Verbindung mit den aus Tabelle 3 erkennbaren Absolventenschwerpunkten gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen. Zu diesem Zweck sind in Tabelle 5 - ebenso wie in Tabelle 3 - die Nord-Länder (von Nordrhein-Westfalen ab nördlich) und die Süd-Länder (von Hessen ab südlich) zusammengefaßt worden, wobei Berlin außen vor blieb. Unter den für den Nord-Süd-Vergleich wichtigen Grunddaten ist an erster Stelle der Steuerbehalt zu nennen, der im Norden (ohne Berlin) etwa 93% des Südens ausmacht und demgemäß zwischen dem Bevölkerungsanteil und dem Beschäftigtenanteil liegt.

Bei den gesamten Hochschulausgaben bewegt sich der Nordteil etwa in dem Steuerbehaltsrahmen, fällt jedoch bei den laufenden Gesamtausgaben etwas darunter ab. Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn die (gesamten) Medizinausgaben abgezogen werden: Ohne Medizinausgaben liegt der Norden deutlich in Führung vor dem Süden. Die weiter ins Detail gehende Suche nach den Gründen zeigt zunächst ein deutliches Ausgabenuntergewicht des Nordens bei den Naturwissenschaften. Dieses wird indessen wettgemacht durch die Ingenieurwissenschaften usw. sowie vor allem durch die Sprach- und Kulturwissenschaften mit der Kunst. Als eigentlicher Ausgabenschwerpunkt des Norden erweist sich schließlich die Riesenposition "Zentrale Verwaltung" - der "Verwaltungswasserkopf".

Dies paßt ins Effizienzbild der Absolvententabelle 3: Die starke Lehrerlastigkeit des Nordens verbindet sich mit einer entsprechenden Ausgabenlastigkeit bei den Sprach- und Kulturwissenschaften (mit der Kunst). Der Norden leistet also nicht nur weit Oberdurchschnittliches in der akademischen Arbeitslosenproduktion, sondern auch in den Aufwendungen dafür. Die hohe Nord-Konzentration an ineffizienten Ausgaben wird verstärkt durch den zusätzlichen Schwerpunkt bei den Riesenbeträgen für die "Zentrale Verwaltung", die zugleich ein Sammelbecken für alle möglichen Geheimhaltungen ist. So verbindet der Norden mit einer geringeren Kosteneffizienz eine geringere Ausgabentransparenz.

C. DIE WEITERE STATISTISCHE DETAILLIERUNG

1. Die Detaillierungsnotwendigkeiten mit den Datenschwierigkeiten

Es ist klar, daß die Analyse der Kosteneffizienz nicht bei dem oben aufgezeigten "Nord-Süd-Gefälle" stehenbleiben darf. Die Untersuchung muß in die Fächerdetails hinein und zum direkten Hochschulvergleich hin führen. Dabei interessiert es u.a., welche Hochschulbesonderheiten bezüglich der riesigen Fächerunterschiede der Absolventenkosten bestehen, die zwischen den "Tafel-Kreide-Fächern" (Juristen, Ökonomen usw.) einerseits sowie den "Apparate-Fächern" (Physiker, Chemiker, Ingenieure usw.) andererseits liegen.

Die vertiefenden Auswertungen führen in das bei den Statistischen Landesämtern gesammelte Einzelmaterial bis hin zur Personalstatistik usw. Indessen erweist sich die Materialbeschaffung und -verarbeitung vielfach als sehr mühsam. Deshalb verdient die großzügige Veröffentlichungsweise von Bayern wiederum Anerkennung.

2. Die punktuelle Detailanalyse am Beispiel von Hamburg und München

Die Datenschwierigkeiten lassen sich auf der subjektiven Sicht standortspezifisch und unter Hinzunahme der bayerischen Veröffentlichungen zum Teil überwinden. Die Abbildung 5 macht dies für das Beispiel der Universität Hamburg deutlich. Aus der Verbindung der Absolventenzahlen mit den Personal- und Finanzzahlen werden die Fächer-Flaschenhälse bzw. -Oasen klar erkennbar. Anzumerken ist, daß im Beispiel der Universität Hamburg auf die Gesamtausgaben abgestellt ist, die punktuelle - das Bild etwas verzerrende - Investitionsschwerpunkte (z.B. im Biologiefach) einschließen. Insofern die Statistikzahlen die Realität unrichtig wiedergeben, ist die datenlieferungspflichtige Universität für die Unrichtigkeit selbst verantwortlich. Eine weitere Detaillierung der Zusammenhänge ermöglicht die Kapazitätsberechnung der Zulassungszahlen (Kapazitätsbericht), die oben in Abschnitt III erörtert ist.

ABBILDUNG 5: UNIVERSITÄT HAMBURG OHNE MEDIZINBEREICH IM SPIEGEL DER ABSOLVENTEN, PROFESSOREN UND AUSGABEN

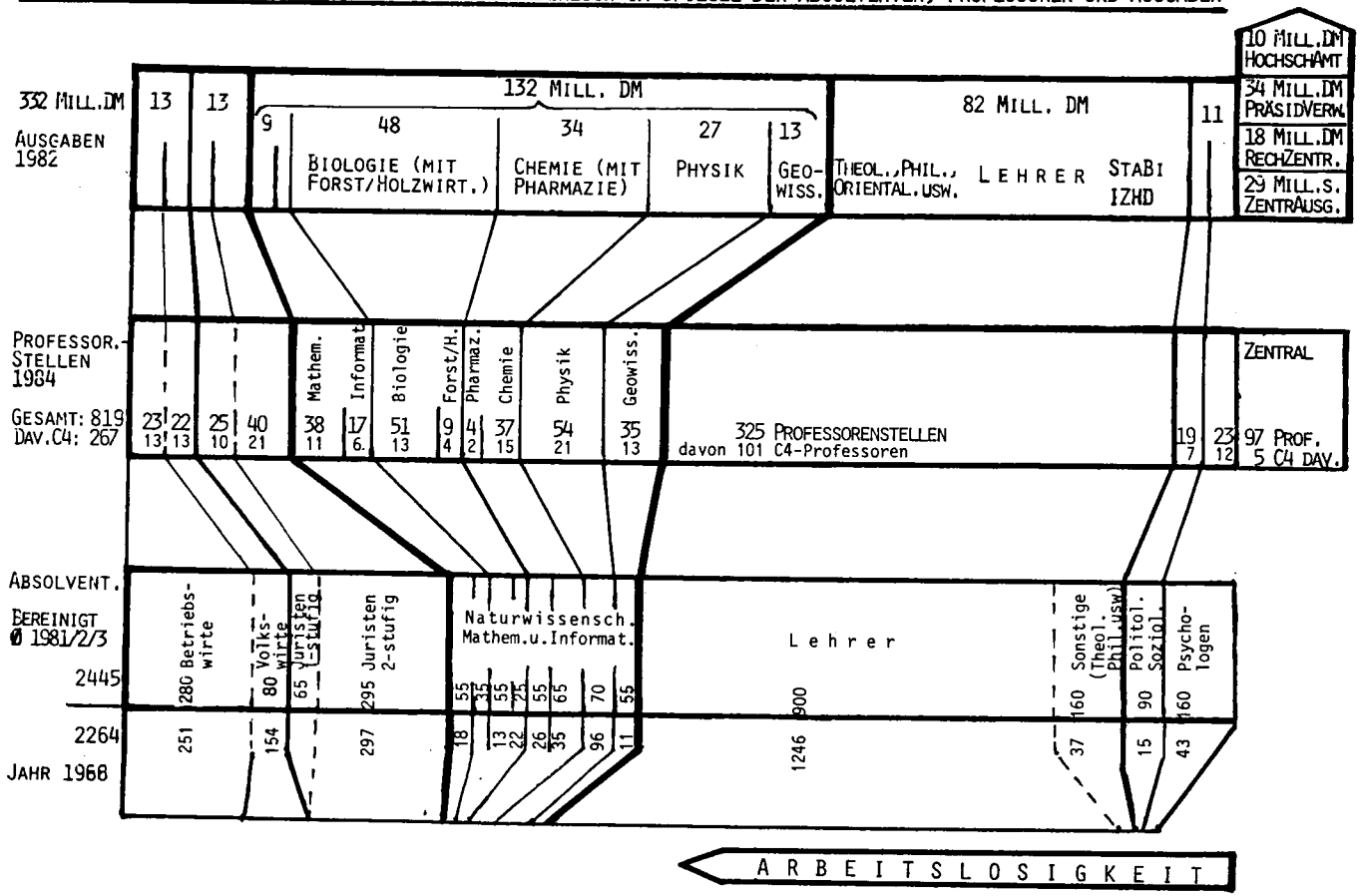
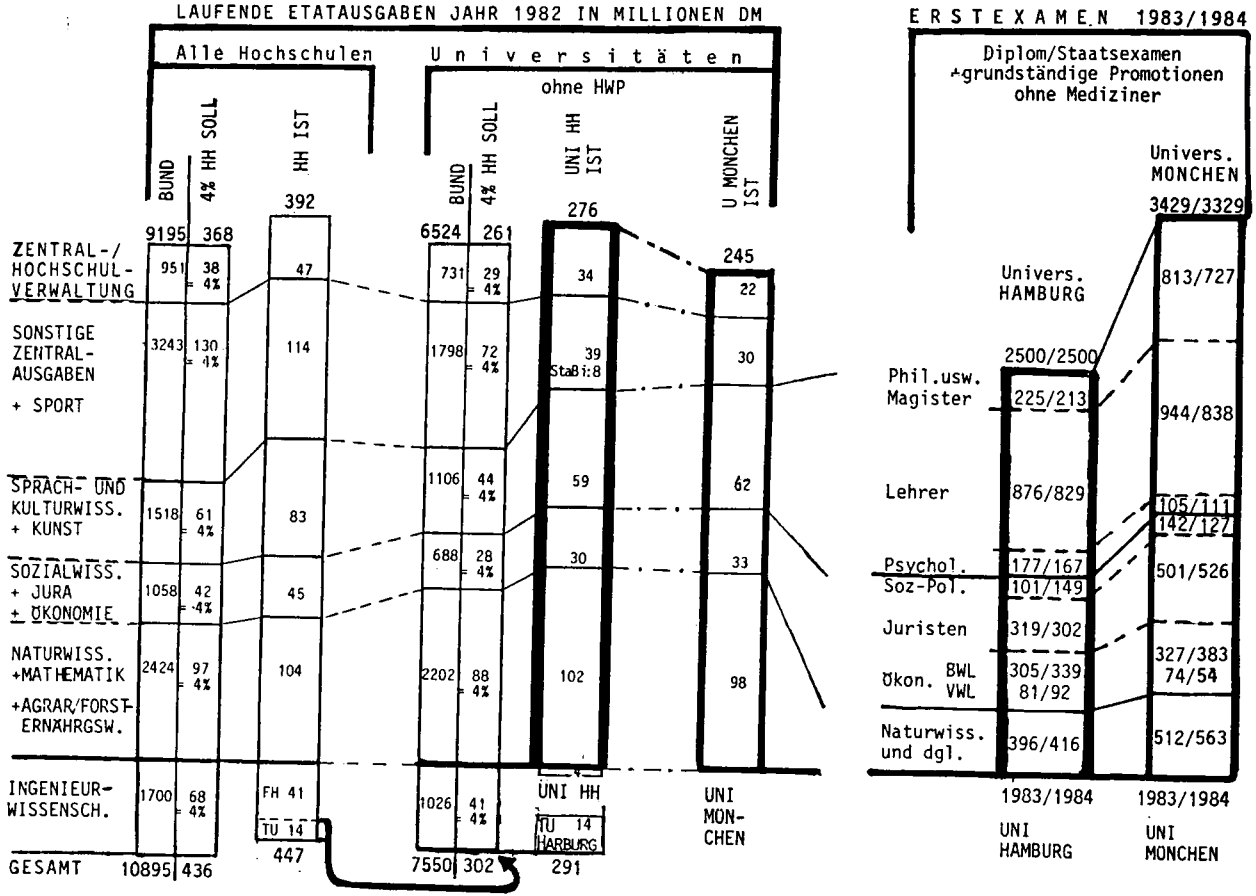


ABBILDUNG 6: VERGLEICH DER UNIVERSITÄTEN HAMBURG (UHH) UND MÜNCHEN (LMU) OHNE MEDIZINBEREICHE



Das Absolventen-Kosten-Bild weist von Hochschule zu Hochschule je nach den Schwerpunkten mehr oder weniger große Unterschiede auf. Gerade bei den Universitäten aber gibt es Ähnlichkeiten in der Fächerstruktur, die manchen Direktvergleich erlauben. Die Abbildung 6 zeigt einen Vergleich zwischen den Universitäten Hamburg und München ohne die jeweiligen Medizinbereiche. Bemerkenswert ist, daß die Universität München in der Fächerstruktur sich von ihrem Hamburger Gegenstück nicht gravierend unterscheidet, jedoch bei geringerem Kostenniveau viel mehr Absolventen hat. Daraus ergeben sich unübersehbare Hinweise auf eine unterschiedliche Kosteneffizienz. Auch hier ist anzumerken, daß es im Selbstverschulden der Universität liegt, wenn die Statistikdarstellung die Realität nicht in der gewünschten Weise wiedergibt.

3. Der ausgedehnte Universitätsvergleich

Eine Ausdehnung des Absolventen-Kosten-Vergleichs auf viele Universitäten stößt auf große Schwierigkeiten, die für den Outsider unüberwindlich sind. In Tabelle 2 sind für die 24 aufgeführten Universitäten sowie für den Rest-Universitäts-Block die summarischen Ausgabenzahlen in Verbindung mit summarischen Personalzahlen dargestellt. Dabei sind die Ausgaben unterteilt in solche ohne den gesamten Medizinbereich und in solche des Medizinbereichs.

Zu beachten ist, daß der Medizinbereich in der Tabelle 2 weiter gefaßt ist als der "Klinikteil" der haushaltsstatistischen "Rechnungsergebnisse". Die haushaltsstatistische Untergliederung macht nämlich die Ausgabendifferenz zwischen dem Medizinbereich und dem Klinikteil nicht sichtbar: Diese Differenz wird in der haushaltsstatistischen Darstellung der Rest-Universität (ohne Klinikteil) zugeschlagen, so daß deren Ausgabensumme unbemerkt um nichtklinische Medizinausgaben erhöht ist. Diese Statistikungereimtheit geht z.B. voll in die Finanzdarstellungen des Wissenschaftsrats ein, die damit zu einer nicht unbeträchtlichen Irritation führen.

In der Tabelle 2 sind die Kostenquoten (und Personalquoten) je Student sowie je Absolvent (mit und ohne Lehrer) aufgeführt. Die riesigen Unterschiede, die von Universität zu Universität bestehen, sind nur zum Teil durch ein unterschiedliches Gewicht der teuren

Apparate-Fächer bedingt. Bezeichnend ist, daß neben München die nordrhein-westfälischen Universitäten Bonn, Münster und Köln außerordentlich kostengünstig arbeiten. Auch die Universität Frankfurt z.B. zeigt ein günstiges Kostenbild.

Für umfassende Schlußfolgerungen ist eine detaillierte Fächerbetrachtung der Absolventen-Kosten erforderlich. Diese scheiterte im vorliegenden Fall an der Veröffentlichungspraxis der Statistischen Landesämter sowie an der großen Recherchen-Mühe. Schon die Gewinnung der globalen Zahlen der Tabelle 2 erwies sich als außerordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die für Insider verfügbaren Wissenschaftsrats-Zahlen keinen guten Ersatz für das statistische Quellenmaterial bilden können.

4. Die Globalschätzung der Absolventenkosten

Aus dem von den Statistischen Landesämtern erhältlichen Einzelmaterial lassen sich einige Anhaltspunkte für die Berechnung der Kosten je Absolventenart gewinnen. Dabei müssen fächerübergreifende Frequentierungen - insbesondere bei der Lehrerausbildung - sehr nüchtern beurteilt werden, weil die individuell-wissenschaftlich geprägte Hochschuldarstellung zur Verschleierung neigt.

Pro Lehrer-Absolvent ist mit 50.000 bis 150.000 DM zu rechnen je nach der Sparsamkeit der Hochschule und dem Schwerpunkt in einem "Tafel-Kreide-Fach" oder in einem "Apparate-Fach". Die Kosten der Ökonomen bzw. Juristen (pro Absolvent) reichen von unter 50.000 DM (in Hamburger Demonstrationsengpässen) bis zum Doppelten und mehr. Die "Philo-Magister" und dgl. kommen mangels Frequentierung durchaus über 200.000 DM je Absolvent. Die naturwissenschaftlichen Absolventen sind auf 150.000 bzw. 300.000 DM und mehr (z.B. die Hamburger Chemiker oder Biologen) zu veranschlagen, wobei die Promotion das Ganze sehr verteuert. Die Ingenieure liegen ebenfalls auf diesem Kostenniveau, desgleichen die Mediziner. Die Fachhochschulabsolventen der "Tafel-Kreide-Fächer" sind nicht viel billiger als ihre Universitätskollegen. Anders ist es bei den Fachhochschul-"Apparate-Fächern".

Hinzu kommen die gesellschaftlichen Ausbildungskosten mit den Kosten der Umschulung (und Arbeitslosigkeit) sowie den Quasi-Kosten entgangener Staatseinnahmen. Diese Quasi-Kosten sind auf jährlich etwa 5.000 bis 10.000 pro Person zu schätzen. Sie machen also bei vierjährigem Studium etwa 20.000 bis 40.000 DM und bei achtjährigem Studium etwa 40.000 bis 80.000 DM aus. Die zusätzlichen gesellschaftlichen Ausbildungskosten betragen z.B. bei den Lehrern je Person auf der zweiten Ausbildungsstufe nochmals etwa 40.000 DM: Der Lehrerabsolvent kommt heute mit den zusätzlichen Kosten der Umschulung bzw. Arbeitslosigkeit auf 120.000 bis 200.000 DM. Dies macht bei einer Überproduktion von knapp 25.000 Lehrer-Absolventen jährlich einen Gesamtkostenbetrag von knapp 4 Milliarden DM aus.

D. ZUSAMMENFASSENDE FESTSTELLUNGEN ZUR KOSTENEFFIZIENZ

Die unmittelbar im Hochschulsystem anfallenden Kosten je Absolvent streuen von unter 50.000 DM bis zum Zehnfachen. Daher könnten mit den zur Verfügung stehenden Budgetmitteln pro Jahr etwa 300.000 der allerbilligsten oder nur etwa 30.000 der allerteuersten Exemplare ausgebildet werden. Derzeit ist die Absolventen-Mischung so beschaffen, daß sich eine Netto-Absolventenzahl von etwa 110.000 ergibt, die auf ein Maximum von 140.000 ansteigen und in ferner Zukunft alsdann auf unter 80.000 absinken wird. Je nach der Änderung der Absolventen-Mischung läßt sich eine beträchtliche Verringerung bzw. Erhöhung des Budgetbedarfs erreichen. Das "optimale" Absolventenspektrum kann jedoch nur aus dem Arbeitsmarktbedarf abgeleitet werden und ist damit eine Frage der Berufseffizienz, auf die unten einzugehen ist.

Der Absolventen-Kosten-Vergleich der Tabelle 2 legt bei allen Globalitätsvorbehalten den Schluß nahe, daß eine Universität um so effizienter arbeitet, je größer ihr Traditionspotential ist und je mehr sie von den Reformern in Ruhe gelassen wird. Dies wird schon im Vergleich von Hamburg und München sichtbar und zeigt sich noch deutlicher im NRW-Vergleichsraum in Verbindung mit den Gesamthochschulen. Weitere bildungspolitische Landeserkenntnisse gibt das Material der Tabelle 2 jedoch nicht her.

Die auf das gesamte Hochschulsystem erweiterte Absolventen-Kosten-Analyse zeigt nämlich, daß die großen Universitätsunterschiede in den Länderquoten großenteils untergehen. Die Kosteneinsparungen besonders effizient arbeitender Universitäten werden in den Bundesländern nämlich überwiegend zur Finanzierung besonderer hochschulpolitischer Aktivitäten verwandt, die im Vordergrund der jeweiligen Landespolitik stehen. So gehen die Kosteneinsparungen der Münchener Universität ein in den teuren Provinzuniversitätsausbau Bayerns. Und in Nordrhein-Westfalen wird das von den Effizienz-Universitäten Bonn, Münster und Köln ersparte Geld verbraucht für die relativ teuren Gesamthochschulen usw.

Im übrigen verschafft die Hochschulautonomie einen beachtlichen Spielraum in der Gestaltung der Fächer und damit der Absolventenkosten. Dieser Spielraum wächst naturgemäß mit dem Hochschulbudget und der Notwendigkeit, personell-qualitative Schwächen durch teure Aktivitäten zu kompensieren - das Leidwesen von Reform-Universitäten sowie von Gründungen. Möglicherweise ist es mit ein Grund für die aus Tabelle 5 in Verbindung mit Tabelle 3 hervorgehende Effizienzschwäche der Nord-Länder, die wesentlich von der Reformfreudigkeit Nordrhein-Westfalens und Hamburgs geprägt ist. Auch dieses "Nord-Süd-Gefälle" weist darauf hin, daß sowohl die offizielle Hochschulpolitik als auch die hochschulautonomen Entscheidungen mehr als bisher den Erfordernissen der Kosteneffizienz unterworfen werden müssen.

Die Überlegungen machen darüber hinaus deutlich, daß die Analyse der Kosteneffizienz nicht auf die Semesterkosten je Student gegründet werden kann, wie dies im Rahmen der offiziellen Bildungspolitik geschieht. Die Problematik einer solchen Betrachtung besteht darin, daß die Studentenfrequenzzahlen aufgebauscht sind, daß die Kostenträchtigkeit der Studiendauer verdeckt wird und daß schließlich der wichtige Bezug zur Berufseffizienz - zum Arbeitsmarkt - nicht sinnvoll herstellbar ist.

V. Die Auswertung der Prüfungsstatistik für die Analyse der Berufseffizienz im Hinblick auf den Arbeitsmarkt

A. Vorbemerkungen

Die Berufseffizienz der Hochschularbeit spiegelt sich, wie oben schon bemerkt, darin wieder, wie die Absolventen vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden und sich darin bewähren. Bei der Analyse der Berufseffizienz müssen also zusätzlich Arbeitsmarktzahlen beachtet werden, wie sie mit einer Reihe von Statistiken geliefert werden.

Einmal sind hier die Mikrozensuszahlen zu erwähnen, die in der Fachserie 1, Reihe 4.1.2 (Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen) im Erhebungsrhythmus veröffentlicht werden. Hinzukommt die Beschäftigtenstatistik der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, die in ANBA veröffentlicht wird und ihren Niederschlag findet in der Fachserie 1, Reihe 4.2 (Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer) des Stat. BAmts. Die ANBA-Veröffentlichung umfaßt auch die Akademiker-Arbeitslosigkeit zum Erhebungsstand jeweils vom 30.9. Diese Angaben werden ergänzt um die Sonderauswertung der Frankfurter "Fachvermittlung für besonders qualifzierte Fach- und Führungskräfte", die Zahlen über arbeitssuchende Akademiker bringt, die nicht unbedingt in der Arbeitslosenstatistik erfaßt sind.

Die derzeitige Diskussion über den Akademiker-Arbeitsmarkt ist geprägt durch eine wachsende Akademikerarbeitslosigkeit. Hinzu kommt die von der BLK und weiteren offiziellen Bildungsinstanzen verbreitete Horrorvision einer Akademikerlawine, die im Jahr 2.000 die 4-Millionen-Grenze überschritten haben wird. Diese Diskussion steht auf einem schwachen Zahlenfundament. Schon die arbeitsmarktstatistischen Daten sind nur begrenzt beachtet worden. Die Prüfungsstatistik gar wurde weitestgehend negiert.

Im folgenden soll gezeigt werden, inwiefern das Zahlenfundament prüfungsstatistisch verbesserbar bzw. verbesserungsbedürftig ist und welche Konsequenzen sich für die Berufseffizienz (der Hochschularbeit) ergeben. Zunächst geht es darum, den derzeitigen Akademikerbestand (des Arbeitsmarkts) global und im Detail zu analysieren. Alsdann werden die Überlegungen prognostisch erweitert und schließlich zu Konsequenzen bezüglich der Berufseffizienz verdichtet.

B. GLOBALANALYSE DES ABSOLVENTEN-BERUFSBESTANDS AUF DEM HINTERGRUND DER PRÜFUNGSSTATISTIK

1. Die Globalberechnung des Akademikerbestands aus der Prüfungsstatistik

Der Akademikerbestand läßt sich aus der Prüfungsstatistik global berechnen, wenn auf den Vergangenheitszahlen aufgebaut wird. Und zwar bietet die Bundesprüfungsstatistik eine gute Übersicht bis zurück zum Jahr 1961. An Hand zusätzlicher Daten sind Schätzungen bis zurück zur Nachkriegszeit (Jahr 1946) möglich, die das Altersende für die Berechnung des berufsaktiven Akademikerbestandes bildet. Zunächst wird die Gesamtzahl der deutschen Absolventen berechnet, die alsdann in verschiedener Hinsicht korrigiert wird, um auf die Berufszahl zu kommen.

An Diplom/Staatsexamen und dgl. von Deutschen gab es nach der Prüfungsstatistik von 1983 bis zurück zu 1961 687.000 registrierte Fälle. Die Gesamtzahl ist bis zurück zu der Nachkriegszeit auf höchstens 910.000 zu schätzen. Was die Lehrerexamen von Deutschen anbetrifft, so kommt für die Zeit von 1983 bis 1961 eine Zahl von 624.000 zusammen, die sich bis zurück zur Nachkriegszeit auf schätzungsweise 800.000 erhöhen dürfte. Die Graduierungen (von Deutschen) sind aus der Prüfungsstatistik nur für die Zeit von 1983 bis 1973 berechenbar und ergeben hier 358.000. Die Gesamtschätzung bis zurück zur Nachkriegszeit ergibt eine Gesamtgraduierungszahl (von Deutschen), die äußerstenfalls auf 720.000 zu beziffern ist.

Hinzu kommt die statistisch noch nicht präsente Absolventenzahl für 1984, die etwas über jener von 1983 liegen dürfte und daher auf unter 130.000 zu beziffern ist. Zusätzlich zu berücksichtigen sind die grundständigen Promotionen (ohne vorausgesetztes Examen), die von 1984 bis zurück zur Nachkriegszeit auf über 30.000 zu schätzen sind.

Damit kommt für die Zeit von 1946 bis 1984 eine Absolventen-Gesamtzahl von knapp 2,6 Millionen Deutschen zusammen. Davon entfallen etwa 1,1 Millionen auf die 25 Jahre von 1946 bis 1970 und unter 2,1 Millionen auf die 35 Jahre von 1946 bis 1980. Die Gesamtberechnung ist in Abbildung 7 illustriert.

ABB. 7: ZEITLICH SUMMIERTE ABSOLVENTENZAHLEN AUS DER PRÜFUNGSSTATISTIK MIT ERGÄNZUNGSSCHÄTZUNGEN* (ZAHLEN IN 1000)

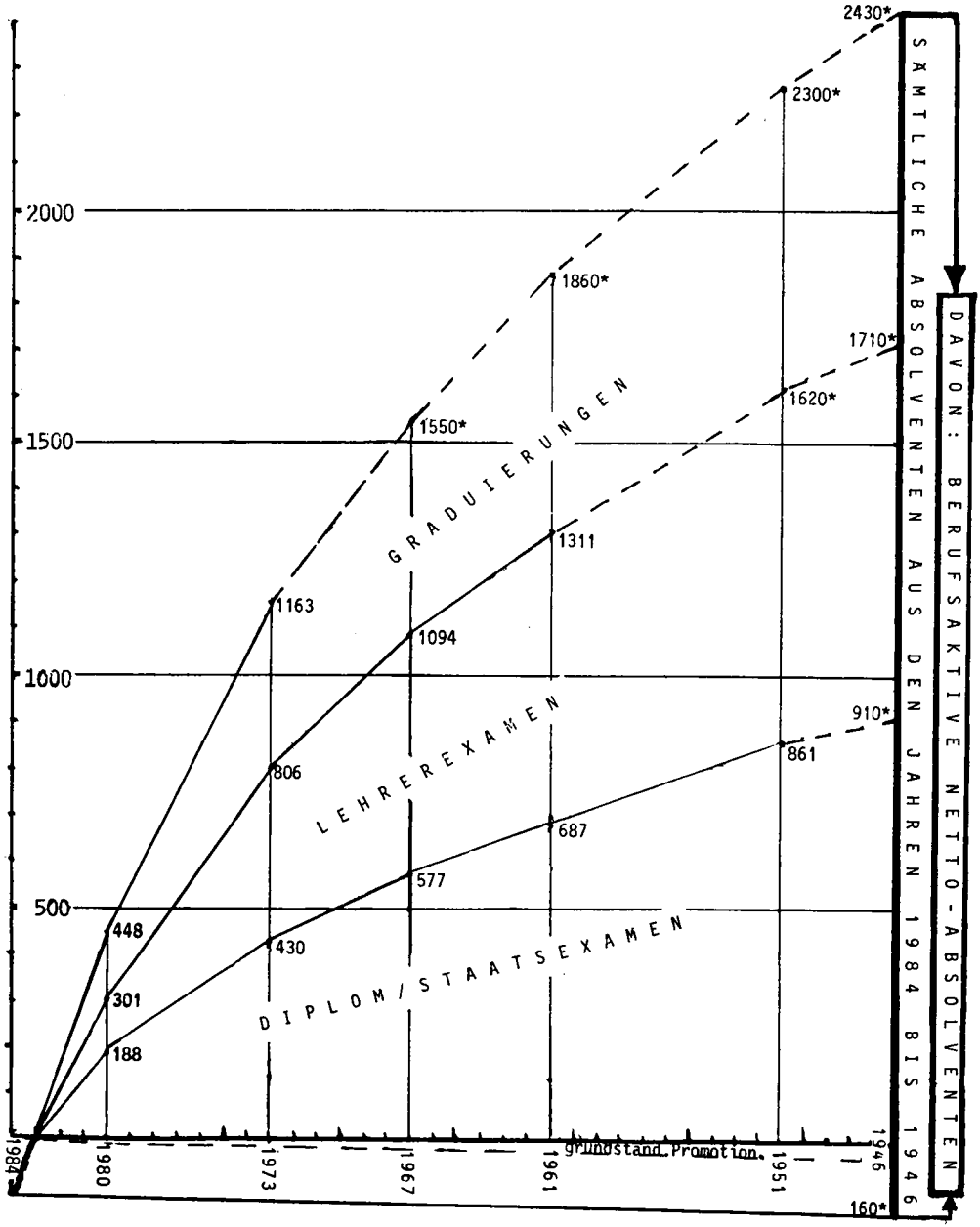
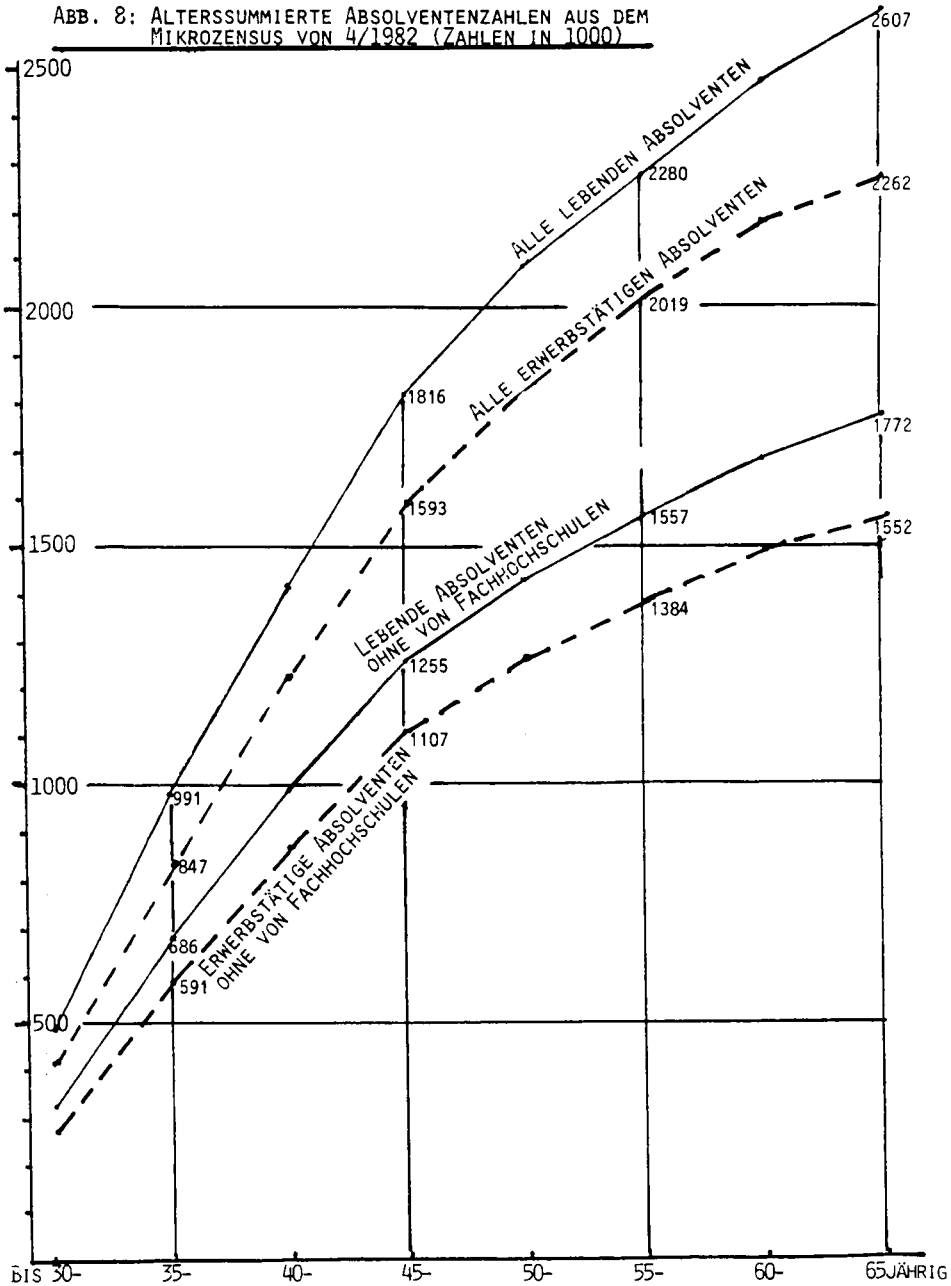


ABB. 8: ALTERSSUMMIERTE ABSOLVENTENZAHLEN AUS DEM MIKROZENSUS VON 4/1982 (ZAHLEN IN 1000)



In dieser Absolventen-Gesamtzahl von Deutschen stecken eine Reihe von Doppelexamen, von inzwischen aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Absolventen sowie von nicht berufstätig gewordenen Personen. Der Anteil dieser Gruppe ist alles in allem auf etwa ein Viertel zu schätzen. Dies wird u.a. bestätigt daraus, daß derzeit knapp 600.000 Lehrer tätig sind, während die Lehrer-Absolventenzahl von 1946 bis 1984 auf etwa 850.000 zu berechnen ist. Damit verbleibt für Anfang 1985 ein aktueller Bestand von 1,95 Millionen berufsaktiven deutschen Absolventen.

Dieser Absolventenbestand ist zu erhöhen um Ausländer, die in Deutschland berufstätig sind (bzw. inzwischen eingebürgert wurden) sowie um Deutsche mit Auslandsexamen. Diese Zahl ist auf etwa 1,95 Millionen zu schätzen. Damit erhöht sich der berufsaktive Akademikerbestand (für Anfang 1985) auf etwa 2,1 Millionen.

Bezogen auf die derzeit über 25 Millionen Beschäftigten ergibt sich damit ein Akademikeranteil von über 8%. Der Akademikeranteil ist entsprechend niedriger anzusetzen, wenn der Bezug zur Erwerbspersonenzahl hergestellt wird, die gegenüber der Beschäftigtenzahl um eine etwa 10%ige Arbeitslosenquote erhöht ist.

2. Die Widerlegung der Akademiker-Globalzahlen des Mikrozensus und die Bestätigung der Beschäftigtenstatistik durch die Prüfungsstatistik

In der Akademikerdiskussion werden üblicherweise die Zahlen des Mikrozensus herangezogen, die in der Fachserie 1, Reihe 4.1.2 veröffentlicht werden. In der Tab. 6 sind die aus dieser Erhebung resultierenden Absolventenzahlen des Gesamtbevölkerungsbestands und des Erwerbstätigenbestands für die Jahre 1976 bis 1982 so dargestellt, wie sie sich in der Altersschichtung bei stufenweiser Aufsummierung zum höheren Alter hin ergeben. Die Zahlen sind in der Abbildung 8 veranschaulicht.

Die Darstellungen machen unmittelbar deutlich, daß die Mikrozensuszahlen schon deshalb fehlerhaft sein müssen, weil sich im längerfristigen Erhebungsverlauf eine unerklärliche Umschichtung von den Fochhochschulabsolventen zu den Hochschulabsolventen (aus Universi-

TAB. 6: ALTERSSCHICHTUNG DER ABSOLVENTEN VON UNIVERSITÄTEN USW: (H) SOWIE VON FACHHOCHSCHULEN (FH) NACH DEM MIKROZENSUS

LEBENSALTER BIS		1976 INSGESAMT	1976 Erwerbstätige	1978 INSGESAMT	1978 Erwerbstätige	1980 INSGESAMT	1980 Erwerbstätige	1982 INSGESAMT	1982 Erwerbstätige
30JÄHRIG	H	291	250	311	271	332	289	324	270
	FH	134	110	148	119	185	156	175	144
35JÄHRIG	H	554	487	587	522	634	562	686	591
	FH	245	204	261	217	306	263	305	256
40JÄHRIG	H	799	713	865	780	963	838	990	867
	FH	361	306	386	326	457	400	426	364
45JÄHRIG	H	944	849	1043	947	1167	1049	1155	1107
	FH	459	377	475	407	590	522	561	486
50JÄHRIG	H	1081	979	1177	1074	1309	1180	1432	1260
	FH	513	445	547	472	672	599	650	568
55JÄHRIG	H	1231	1098	1309	1196	1456	1313	1557	1384
	FH	574	498	614	532	757	676	723	635
60JÄHRIG	H	1298	1175	1414	1287	1579	1417	1684	1493
	FH	612	528	663	573	829	737	790	687
65JÄHRIG	H	1380	1236	1480	1333	1649	1460	1772	1552
	FH	660	555	700	590	869	757	835	710
ALLE	H	1553	1283	1662	1384	1887	1506	1978	1591
	FH	767	565	802	600	995	772	956	718

täten usw.) ergab. Dahinter muß eine beachtliche Zahl von "Selbstdiplomierungen stecken, die die Frage nach weiteren Fehlangaben wachruft.

Die Zweifel mehren sich, wenn die Mikrozensus-Zahlen so aufgeschlüsselt werden, daß sie in einen Vergleich mit der Beschäftigtenstatistik (FS 1, Reihe 4.2) gebracht werden können. Eine solche Vergleichsaufgliederung ist in WiSta 4/1983, Seite 299 in der dortigen Tabelle 3 dargestellt. Jene Übersicht zeigt, daß sich aus dem Mikrozensus 1,156 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Absolventenstatus (davon 0,529 Millionen mit Fachhochschulabschluß) ergeben, während die Beschäftigtenstatistik nur eine entsprechende Zahl von 0,826 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigte Absolventen (davon 0,378 Millionen Fachhochschulabsolventen) aufführt. Im WiSta-Aufsatz wurde die hohe Differenz von über 300.000

erwerbstätigen Absolventen vorrangig auf eine Untererfassung in der Beschäftigtenstatistik zurückgeführt.

Auf dem Hintergrund der Prüfungsstatistik erfährt indessen die Beschäftigtenstatistik eine Bestätigung und erscheinen die Mikrozensus-Zahlen als überhöht. Die oben durchgeführte Zahlenberechnung ergibt nämlich für Anfang 1982 eine Zahl von 1,9 bis 2 Millionen berufsaktiven Hochschulabsolventen, die die Mikrozensus-Zahlen als um etwa 15% überhöht erscheinen lassen. Die gleiche Mikrozensus-Oberhöhung stellt sich auch heraus, wenn der Bevölkerungsbestand an Absolventen betrachtet und berücksichtigt wird, daß die aus der Prüfungsstatistik berechnete Absolventen-Gesamtzahl um einige Prozent Doppelexamen und Verstorbene zu verringern ist.

C. DETAILANALYSE DES ABSOLVENTEN-BERUFSBESTANDS UND DIE BEGRENZTE BEDEUTUNG DER PRÜFUNGSSTATISTIK

1. Die Detailanalyse des berufsaktiven Akademikerbestandes

Für die Beurteilung der Berufseffizienz der Hochschularbeit bildet die Berechnung des berufsaktiven Akademikerbestands nur den Einstieg in die vertiefende Berufsfeldanalyse, an die sich die Analyse der Arbeitslosenzahlen anschließt. Das ganze Berufsfeldspektrum des Absolventenbestandes bietet nur die Mikrozensus-Statistik, das den ganzen Freiberufslerbereich, Unternehmungsbereich, Staatsbereich usw. präsentiert. Die Beschäftigtenstatistik (der Sozialversicherungspflichtigen) umfaßt nicht die Beamtenschaft und die echten Freiberufler, klammert also die akademikerintensivsten Bereiche aus. Dies bedeutet, daß eine unvollständige mit einer unvollkommenen Statistik kombiniert und entsprechend korrigiert werden muß, wenn ein brauchbares Bild vom akademischen Berufsspektrum gewonnen werden soll. Ergänzend können auch steuerstatistische Zahlen bedeutsam werden, wobei die Umsatzsteuerstatistik hervorzuheben ist, die die Honorarumsätze des Freiberuflerbereichs sichtbar macht. Hinzu kommt die Personalstatistik des öffentlichen Dienstes, die ebenfalls eine wichtige Ergänzungsbedeutung hat.

Insgesamt ist festzustellen, daß von den etwa 2,1 Millionen Absolventen (von Anfang 1985) über 1 Million im Bereich des Staats und der staatsähnlichen Organisationen (mit Bundespost, Bundesbahn usw.)

angesiedelt ist, wobei etwas mehr als die Hälfte auf den Lehrersektor entfällt. Der Akademikeranteil an den knapp 5 Millionen Staatsdienern (bei weitester Fassung des Staatsdienerbegriffs) beträgt also ein Fünftel oder etwas mehr.

Der Freiberuflerbereich stellt ein besonders wichtiges Akademikerrefugium dar, das in einer langen Tradition aus der akademischen Berufsnormierung heraus entstanden ist. Unter seinen derzeit knapp 2 Millionen Beschäftigten - 7 bis 8% der Gesamtbeschäftigtenzahl - dürfte eine Akademikerzahl (als Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Architekten, Unternehmensberater usw.) sein, die inzwischen auf eine Drittelmillion zu schätzen ist. Dies macht ungefähr ein Siebtel des derzeitigen Akademiker-Berufsbestandes aus. Für die weitere Aufgliederung bietet die Umsatzsteuerstatistik wichtige Hinweise. In ihr sind z.B. Honorarumsätze des Jahres 1982 ausgewiesen, die im Rechtsanwaltsbereich unter 8 Milliarden DM, im Bereich der Steuerberatung/Wirtschaftsprüfung über 10 Milliarden DM und im weiteren Bereich der Unternehmungsberatung in einer Größenordnung von 7 Milliarden DM liegen. Daraus läßt sich eine Zahl von über 100.000 Arbeitsplätzen berechnen, die mit akademischer Qualifikation besetzbar sind und derzeit insgesamt zu über zwei Dritteln eine solche Ausrichtung aufweisen.

Der große Unternehmungsbereich dürfte knapp ein Drittel des berufstätigen Akademikerbestandes - knapp 700.000 Personen - beschäftigen. Dies sind ungefähr 4% der etwa 17 Millionen Beschäftigten des Unternehmensbereichs, die etwa zwei Drittel der Gesamtbeschäftigtenzahl der Bundesrepublik ausmachen. Dabei verteilen sich die Absolventen auf die Groß-, Mittel- und Kleinunternehmungen ganz unterschiedlich. Im Kleinbereich ist allenfalls der akademische Allround-Chef anzutreffen. Im Mittelstand geht die Akademisierung z.T. in die Abteilungsdimension herunter, wobei die technisch-kaufmännische Ausrichtung mit Allround-Qualifikation dominiert. Im Großunternehmensbereich kommen akademische Spezialisten mit Forschungsbezug hinzu, die vornehmlich in Stabsabteilungen tätig sind, jedoch auch die Positionen von "Prestige"-Direktoren haben können.

Die weiteren Randgruppen des Beschäftigungssystems, unter denen die Landwirtschaft dominiert, sind bezüglich der Akademikeraufnahmefähigkeit unter dem kleinen Unternehmungsbereich angesiedelt. Sie können daher in der Globalbetrachtung jenem Sektor zugeschlagen werden.

Die Vertiefung der in der gezeigten Weise sektoralisierten Berufsfeldanalyse stößt an die Darstellungsgrenzen des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik. Da der Akademiker-Arbeitsmarkt in Zukunft immer wichtiger wird, bedarf es hier einer statistischen Neuausrichtung, die den Akademiker-Arbeitsmarkt in geeigneter Sektoralisierung und Berufsgliederung sichtbar macht.

Auch die Prüfungsstatistik erweist sich für eine Vertiefungsanalyse als wenig hilfreich. Die prüfungsstatistische Unterteilung in Prüfungsarten hat nämlich mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes nur wenig gemein. So wird z.B. die für den Arbeitsmarkt besonders bedeutsame "Betriebswirtschaftslehre" neuerdings nicht mehr in der Weise gesondert herausgestellt, wie dies in den fünfziger Jahren noch selbstverständlich war. Andererseits werden arbeitsmarktunergiebige Spezialfächer in einer Weise herausgehoben, als ob es sich hier um etwas Hochbedeutsames handele. Insgesamt ist festzustellen, daß die prüfungsstatistische Aufgliederung völlig neu orientiert werden muß, wenn sie den vom Arbeitsmarkt her gegebenen Informationserfordernissen gerecht werden will.

2. Die Detailanalyse des Bestands an arbeitslosen Absolventen

In der von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Arbeitslosenstatistik besagen die neuesten Zahlen für den 30.9.1984, daß 114.610 arbeitslose Absolventen vorhanden sind (darunter 35.534 Fachhochschulabsolventen). Dabei handelt es sich jedoch zu einem großen Teil um berufserfahrene Absolventen, weil die direkt aus dem Hochschulbereich kommenden Berufsanfänger mangels vorheriger Berufsbetätigung vielfach nicht erfaßt werden. Diese Berufsanfänger geraten erst im Zuge von Ausweichbeschäftigungen usw. mit der Zeit in die Arbeitslosenstatistik hinein.

Dabei ergibt sich für die Arbeitslosenstatistik das Dilemma, die arbeitslosen Absolventen nach der Ausbildungsherkunft oder nach dem Berufswunsch zu präsentieren. In der Tat zeigen die präsentierten Arbeitslosenzahlen mal die eine, mal die andere Ausrichtung, ohne daß dies gesondert angegeben wird. Damit wird die Arbeitslosenstatistik für die Analyse der Berufseffizienz (der Hochschularbeit) recht unbrauchbar.

Der Darstellungsmangel wird auch nicht überwunden durch die Sonderauswertung der Frankfurter Fachvermittlung. Denn diese stellt keine differenzierte Verbindung zwischen den aus der Prüfungsstatistik hervorgehenden Hochschulabsolventen und den Arbeitsplatzzahlen her. Zusätzlich kommt die Problematik der Berechnung spezieller Arbeitslosenquoten (von Hochschulabsolventen) hinzu, weil diese an den Mikrozensus-Zahlen orientiert sind.

Die Zahl der unmittelbar von den Hochschulen kommenden arbeitslosen Absolventen kann nur global geschätzt werden, wobei schwerpunktmäßig auf die "Arbeitslosenfächer" (insbesondere Lehrer) abgestellt wird. Von solchen Problemfächern kommen über ein Drittel bis zur Hälfte der Hochschulabsolventen, also netto pro Jahr etwa 50.000. Im Durchschnitt ist mit einer Anpassungsdauer von höchstens einem Jahr zu rechnen, bis die Absolventen sich umorientiert, umgeschult usw. haben. Die übrigen Absolventenbereiche werden vom Arbeitsmarkt so stark nachgefragt, daß sich hier nur in geringem Umfang Arbeitslosenprobleme ergeben. Insgesamt ist daher die Zahl der unmittelbar von den Hochschulen kommenden arbeitslosen Absolventen auf allenfalls 60.000 zu schätzen, wovon ein kleiner Teil (wegen vorausgegangener Beschäftigung) in der Arbeitslosenstatistik bereits enthalten ist. Die mancherorts geäußerte Ansicht, daß die Arbeitslosenzahl der jungen Absolventen auf 150.000 zu beziffern ist, erscheint völlig unbegründet. Auf einem anderen Blatt steht, daß eine zunehmende Zahl junger Absolventen nicht ausbildungsadäquat beschäftigt ist, was insbesondere die Lehrerabsolventen betrifft und sogar eine Zahl von mehr als 150.000 ergeben kann.

Die Gesamtzahl sämtlicher arbeitslosen Hochschulabsolventen ist auf über 150.000 zu beziffern, dürfte aber weit unter 200.000 liegen. Bezogen auf den gesamten berufsaktiven Absolventenbestand ergibt dies eine Arbeitslosenquote (der Absolventen) von etwa 8%. Diese liegt unter der allgemeinen Arbeitslosenquote, jedoch über der Arbeitslosenquote von Facharbeitern und dgl. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Hochschularbeit in großen Teilen berufseffizient ist. Denn einmal müßte die Arbeitslosigkeit mit zunehmender Qualifikation abnehmen und zum anderen haben die jungen Hochschulabsolventen einen übergroßen Anteil an der Akademikerarbeitslosigkeit.

Allerdings ist die Akademikerarbeitslosigkeit nicht in vollem Umfange auf eine Berufseffizienz der Hochschularbeit zurückzuführen. Sie ist in gewisser Hinsicht auch demographisch und konjunkturell mit verursacht. Und hier haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten beträchtliche Veränderungen ergeben, die in der Zukunft weiterlaufen und die Prognosen mit beeinflussen.

D. DER ABSOLVENTEN-ARBEITSMARKT DER ZUKUNFT

1. Die Zukunftsentwicklung des Absolventenbestands

Die Prognose des Absolventenbestands muß orientiert werden an der in der Prüfungsstatistik ausgewiesenen Vergangenheitsentwicklung im Vergleich zur Studentenentwicklung und zur Bevölkerungsentwicklung. Wichtig ist dabei, die Abflachungstendenz der Universitätsexamen (Diplom/Staats/Lehrerexamen) auf dem Hintergrund des Jahrgangswachstums zu erkennen: Die Entwicklung hat sich einer Sättigungsgrenze genähert, die nach Abzug von Doppelexamen allenfalls auf 8 bis 9% des Altersjahrgangs zu beziffern ist. Die zusätzlichen reinen Graduierungen (ohne nachfolgendes Universitätsexamen) nähern sich einer zwischen 4 und 5% des Altersjahrgangs liegenden Marke, die in Bezug auf den bisherigen Qualifikationsstandard ebenfalls als Sättigungsgrenze anzusehen ist. Damit ist auf lange Sicht die Netto-Absolventenzahl allenfalls auf 13 bis 14% des Altersjahrgangs zu schätzen, wie dies oben bereits dargelegt worden ist.

Auf dieser Grundlage und im Hinblick auf die Langfristentwicklung der Altersjahrgänge - siehe auch Abbildung 3 - wird von 1985 bis 1995 höchstens eine Netto-Absolventenzahl von 1,4 Millionen hinzuwachsen, zu der von 1996 bis zum Jahr 2000 eine unter 0,5 Millionen liegende Netto-Absolventenzahl hinzukommt. Diese Schätzzahlen umfassen dabei auch die Auslandsabsolventen. Bei einem auf 85% geschätzten Erwerbsgrad dürften von 1985 bis zum Jahr 2000 alles in allem höchstens 1,6 Millionen Absolventen zusätzlich in das Beschäftigungssystem eingehen.

Bis zum Jahr 2000 scheidet aber von den derzeit etwa 2,1 Millionen Absolventen des Beschäftigungssystems ein Bestand aus, der bis zum Absolventenjahrgang 1960 bis 1965 reicht und auf etwa 0,7 Millionen

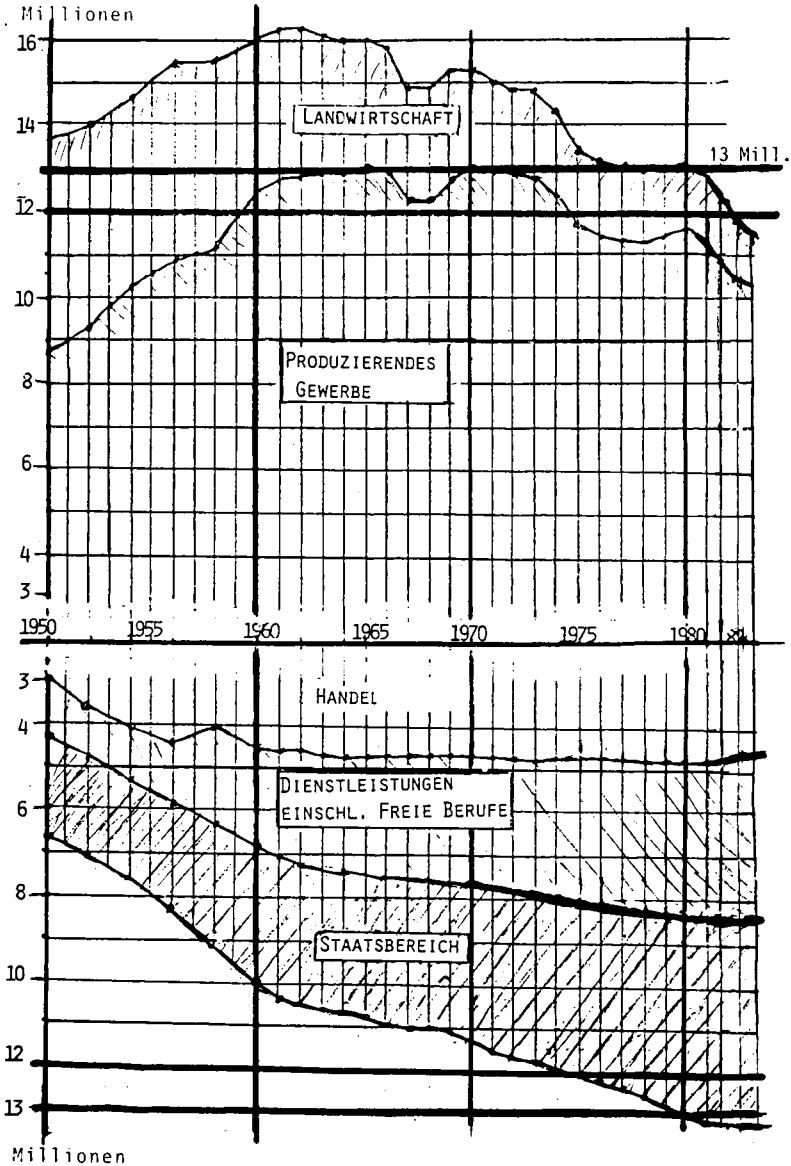
zu beziffern ist. In der Saldierung von Zu- und Abgang dürften sich somit im Beschäftigungssystem des Jahres 2000 höchstens 3 Millionen Hochschulabsolventen befinden. Zu diesem Zeitpunkt ist eine Erwerbspersonenzahl von etwa 25 Millionen zu erwarten, so daß der Beschäftigtenanteil der Absolventen auf etwa 12% zu beziffern ist.

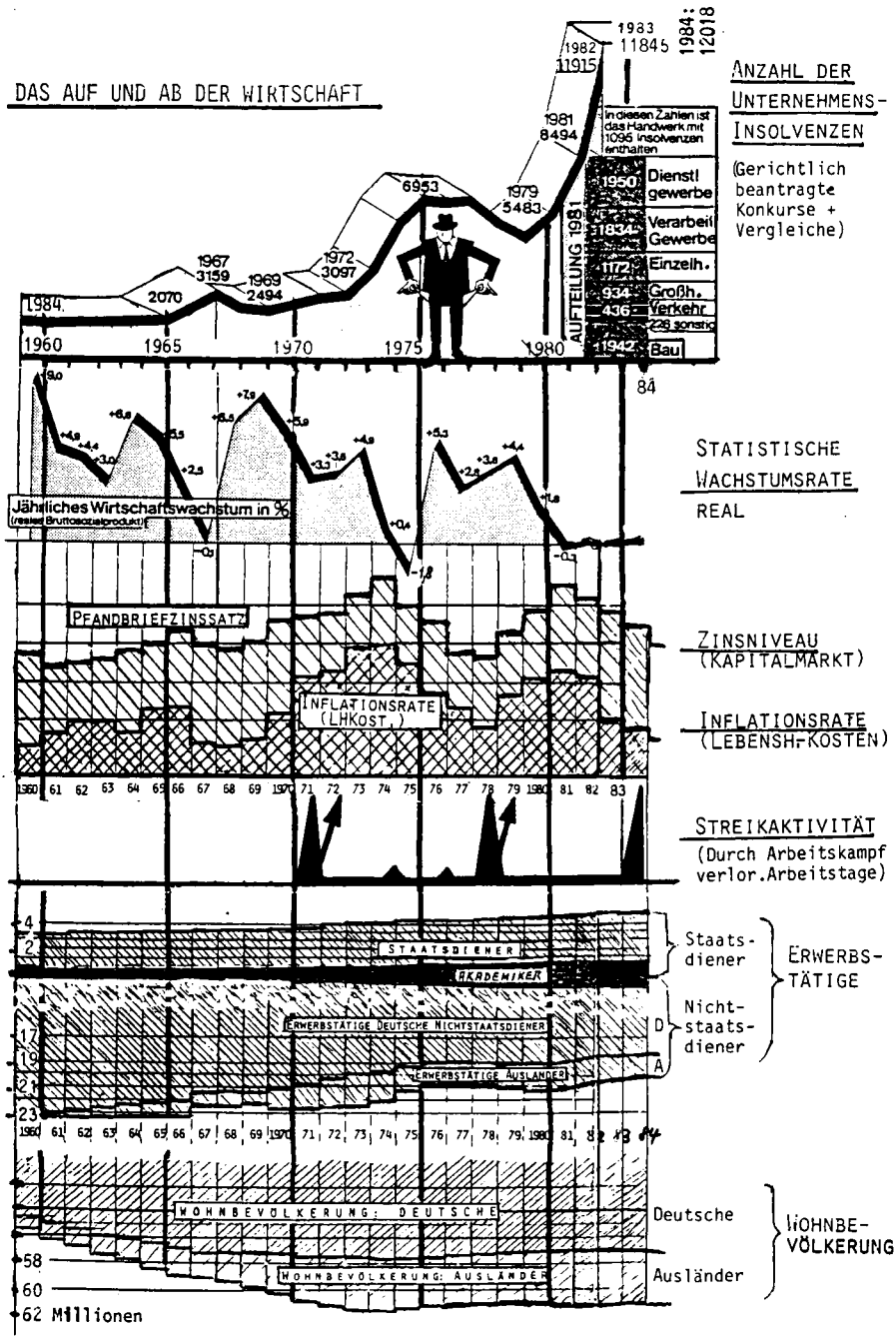
In fernerer Zukunft (jenseits des Jahres 2000) sind Altersjahrgänge (im Absolventenalter von 26 bis 27 Jahren) von 0,6 Millionen oder weniger zu erwarten. Im Hinblick auf eine 13- bis 14%ige Sättigungsgrenze ergibt sich daraus eine Netto-Absolventenzahl von höchstens 80.000 pro Jahr. Davon werden etwa 70.000 (pro Jahr) ins Beschäftigungssystem eingehen. Dies führt auf weiteste Sicht zu einem auf 15% ansteigenden Akademikeranteil an den Beschäftigten. Wenn in fernerer Zukunft die Beschäftigtenzahl auf 20 Millionen abgesunken ist, wird also darunter eine Akademikerzahl sein, die sich bei 3 Millionen gehalten hat.

Eine wichtige Grundlage dieser Berechnungen ist ein Frauenanteil an den Absolventen, der sich in einer langen Entwicklung auf ein recht konstantes Niveau eingependelt hat und in der Prüfungsstatistik von 1983 für alle Examina ohne Promotionen mit knapp 38% ausgewiesen ist. Wegen der etwas geringeren Erwerbsquote der Frauen dürfte der Frauenanteil an den berufsaktiven Absolventen eher bei einem Drittel liegen. In den prognostischen Berechnungen ist unterstellt, daß diese Frauenquote nicht über 40% hinausgeht.

Allerdings ist zu beachten, daß die in der 1983er Prüfungsstatistik ausgewiesene Frauen-Absolventenquote im Norden um etwa 1,5% über dem genannten Durchschnittswert von knapp 38% lag, während die Süd-Frauenquote entsprechend etwa 1,5% geringer war. Für die künftige Entwicklung kommt es also mit darauf an, ob sich die Usancen des Nordens oder des Südens durchsetzen. Indessen erscheint dies nur als bedeutsam hinsichtlich der Frage, wie weit sich der Frauenanteil am 3-Millionen-Akademikerheer der 40%-Marke nähert. Dabei ist auch zu bedenken, daß die höhere Nord-Frauenquote vorwiegend dem Lehrer-Absolventenbereich entstammt und daher von einer höheren Arbeitslosigkeit begleitet ist.

ABBILDUNG 9: BESCHÄFTIGTE DER BUNDESREPUBLIK UND




DAS AUF UND AB DER WIRTSCHAFT
ANZAHL DER UNTERNEHMENS-INSOLVENZEN
(Gerichtlich beantragte Konkurse + Vergleiche)
1983 11845
1984: 12018
1982 11915
1981 8494
1979 5483
6953
1972 3097
1969 2494
1967 3159
1984 2070
1960 1965 1970 1975 1980 84
In diesen Zahlen ist das Handwerk mit 1095 Insolvenzen enthalten
AUFTEILUNG 1981
1950 Dienstl gewerbe
1834 Verarbeitl Gewerbe
1172 Einzelh.
934 Großh.
436 Verkehr
228 sonstig
1942 Bau
STATISTISCHE WACHSTUMSRATE REAL
Jährliches Wirtschaftswachstum in % (realer Bruttosozialprodukt)
PFANDBRIEFZINSSATZ
ZINSNIVEAU (KAPITALMARKT)
INFLATIONSRATE (LHKOST.)
INFLATIONSRATE (LEBENSHKOSTEN)
STREIKAKTIVITÄT (Durch Arbeitskampf verlor. Arbeitstage)
STAATSDIENER
AKADEMIKER
ERWERBSTÄTIGE DEUTSCHE NICHTSTAATSDIENER
ERWERBSTÄTIGE AUSLÄNDER
Staatsdiener
Nichtstaatsdiener
ERWERBSTÄTIGE
WOHNBEVÖLKERUNG: DEUTSCHE
WOHNBEVÖLKERUNG: AUSLÄNDER
Deutsche
Ausländer
WOHNBEVÖLKERUNG
62 Millionen

2. Der allgemeine Entwicklungshintergrund des Arbeitsmarkts als Grundbedingung des Absolventenbedarfs

Der Arbeitsmarkt ist, wie oben schon bemerkt, in einer jahrhundertelangen Entwicklung immer weiter akademisiert worden, wobei das Akademikerangebot mit zu einem Wandel beigetragen hat, der einen steigenden Akademikerbedarf nach sich zog. Die säkulare Entwicklung führte dabei zu gewaltigen Umschichtungen, die von der Landwirtschaft weg zum Produktionsbereich und seit geraumer Zeit vom Produktionsbereich weg zum Dienstleistungssektor und zum Staatsbereich geführt haben.

Diese Entwicklung ist in den letzten Jahrzehnten weitergelaufen und wird sich in der Zukunft fortsetzen. Dies ist in der Abbildung 9 in Verbindung mit der konjunkturellen und demographischen Entwicklung veranschaulicht. Die konjunkturelle Entwicklung zeigt Inflationsphasen mit darauf folgenden Insolvenzwellen, die jenen etwa 8 jährigen Rhythmus aufweisen, den schon Juglar im vorigen Jahrhundert entdeckt hatte.

Die demographische Entwicklung zeigt seit den siebziger Jahren eine Stagnation bzw. geringe Abnahme der Gesamtbevölkerung, die einen auf etwa 7 % gestiegenen Ausländeranteil aufweist. Dies bedeutet eine entsprechende Stagnation (bzw. ein leichter Rückgang) des Gesamtgüterbedarfs. Diese Verbrauchsstagnation ging einher mit einer Bevölkerungsumschichtung, die zu einer etwa 10%igen Vermehrung des berufsfähigen Bevölkerungskerns der 18- bis 65Jährigen führte. Aus diesem Bevölkerungskern werden etwa zwei Drittel berufsaktiv. Diese Umschichtung hat in Verbindung mit der Stagnation des Gesamtgüterverbrauchs (der Wohnbevölkerung) wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über 2 Millionen beigetragen.

Mit der Arbeitslosenzunahme korrespondiert auf der anderen Seite aber auch der Umstand, daß die Beschäftigtenzahl in den letzten 15 Jahren von etwa 27 Millionen auf etwa 25 Millionen geschrumpft ist. Dahinter steht ein noch mehr geschrumpfter Beschäftigtenkern des produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft, aus dem die existenzwichtigen Lebensgüter für die (stagnierende) Bevölkerung kommen. Der Rückgang dieses Beschäftigtenkerns wurde in den siebziger Jahren großenteils aufgefangen durch die Ausdehnung des Staatsbereichs um etwa 1 Beschäftigtenmillion, was zugleich eine Art indirekte Arbeitslosenhilfe be-

deutet (bei einer Staatsschuldenzunahme in Höhe des entsprechenden Nettoeinkommens der zusätzlichen Staatsdienermillion). Mit dem Staatsbereich wuchs zugleich der Dienstleistungsbereich um ebenfalls etwa 1 Million Beschäftigte.

Diese Umschichtung und die bevölkerungsbedingte Verbrauchsstagnation verhindert die aktuelle Lösung des dem demographischen Ungleichgewicht entspringenden Arbeitslosenproblems. Die hohe Arbeitslosenquote wird erst in den kommenden Jahren mit dem demographischen Ungleichgewicht verschwinden. Nach dem Jahr 2000 schlagen dann die geschrumpften Jugendjahrgänge so durch, daß ein umgekehrtes demographisches Ungleichgewicht mit einem Nachwuchsmangel auftritt. Für eine sehr lange Zeit wird also die Entwicklung überlagert sein von demographischen Spannungen, die hohe Flexibilitätsanforderungen an das Berufs- und Ausbildungssystem stellen.

3. Die zukünftige Aufnahmefähigkeit des Absolventen-Arbeitsmarkts

Auf dem Arbeitsmarkthintergrund mit dem sehr langsamen Arbeitslosenabbau werden sich in den nächsten Jahren große Probleme der Absolventen-Arbeitslosigkeit ergeben. Hierbei handelt es sich indessen in der sehr langfristigen Betrachtung um Übergangsschwierigkeiten, die neben dem demographischen Ungleichgewicht durch eine verfehlte Ausbildungsausrichtung verursacht sind. Die folgenden Überlegungen beziehen sich zunächst auf die Situation um das Jahr 2000, wo das demographische Gleichgewicht erreicht und die Fehlausrichtung der Absolventen überwunden sein kann.

Die prognostische Analyse des Absolventen-Arbeitsmarkts ist sehr schwierig, da die Zukunft immer neue Überraschungen bereithält und eine allzu detaillierte Betrachtung schnell den Charakter der "Kaffeesatzleserei" gewinnt. Daher läßt sich nur die große Linie sektoraler Entwicklungen auf der Grundlage der aktuellen Gegebenheiten aufzeigen, wobei der Staatsbereich (im weitesten Sinne mit der Bundespost, der Bundesbahn usw.) vom Freiberuflerbereich und vom Unternehmungsbereich (mit größenmäßigen Unterteilungen) unterschieden wird.

Der Staatsbereich kann aus Steuerlastgründen nicht mehr weiter wachsen, sondern muß eher schrumpfen. Daher wird um das Jahr 2000 bei etwas zunehmender Akademisierung etwas mehr als 1 Million Hochschulabsolventen im Staatsbereich beschäftigt sein. Dies ist etwas über ein Drittel des

dann erreichten Bestands an berufstätigen Absolventen. Für die jenseits des Jahres 2000 liegende Zukunft ist allerdings zu bedenken, daß mit der Gesamtbeschäftigtenzahl die Staatsdienerzahl erheblich schrumpfen muß, was möglicherweise auf die Akademikerbeschäftigung durchschlägt.

Der Freiberuflerbereich bietet den Absolventen bei richtiger Ausrichtung in Zukunft wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit kann davon ausgegangen werden, daß der Anteil am Absolventen-Berufsstand, der jetzt etwa ein Siebtel beträgt, bis zum Jahr 2000 eher größer wird. Daher dürfte dann etwa eine halbe Million Absolventen im Freiberuflerbereich tätig sein.

Wenn um das Jahr 2000 der Absolventenbestand auf die oben berechnete Zahl von etwa 3 Millionen angewachsen sein wird, dann müßte fast die Hälfte davon in dem großen Unternehmungsbereich untergebracht sein, wenn die Absolventenarbeitslosigkeit überwunden sein soll. Dies bedeutet, daß der derzeitige Absolventenbestand (des großen Unternehmensbereichs) von knapp 700.000 in 15 Jahren etwa verdoppelt wird. Bei dieser Verdopplung würde um das Jahr 2000 etwa jeder 12. Unternehmungsbeschäftigte ein Hochschulabsolvent sein.

Eine solche etwa 8%ige Akademisierungsquote kann nun im kleinen Unternehmungsbereich sogar leicht überboten werden im Zuge der Junioren-Akademisierung von Mann und Frau. Ähnlich liegen die Dinge auch im mittleren Größenbereich, wenn die volle Akademisierung der Abteilungsleitungen hinzukommt. Gewisse Grenzen setzt allerdings der Großunternehmenssektor von den Organisationszwängen her. Indessen bietet er den spezialisierten Akademikern - als Forschern und dgl. - besser Platz als der Mittel- und Kleinsektor. Damit führen die Überlegungen alles in allem dazu, daß der Qualifikationsbedarf der Unternehmungswirtschaft sogar einen Absolventenanteil von mehr als 8% ermöglicht. Allerdings handelt sich dabei vielfach um Arbeitsplätze mit einer Allround-Qualifikation bzw. Mischqualifikation, die stark in die technisch-kaufmännische Richtung geht.

Insgesamt gesehen ist der Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarkts also so groß, daß das wachsende Absolventenheer darin Aufnahme finden kann, wenn es eine bedarfsgerechte Ausrichtung hat. In dieser Hinsicht bestehen aber tatsächlich große Schwierigkeiten: Mindestens ein Drittel der Absolventen - mehrheitlich Lehrer - passen überhaupt nicht auf

den Arbeitsmarktbedarf und müssen sich über Umschulungen bzw. über eine mehr oder weniger lange Arbeitslosigkeit anpassen. Erschwerend kommt eine durch die lange Ausbildungszeit erzeugte Anpassungs-Inflexibilität hinzu. Oberdies ist darauf hinzuweisen, daß die Akademikerinnen wegen ihrer Vorliebe für das Lehrerinnenfach und ähnlicher Arbeitslosenfächer verstärkt dem Arbeitslosenschicksal ausgeliefert sind und daß dies im Norden stärker ausgeprägt ist als im Süden.

Wenn es also nicht gelingt, die verfehlte Absolventenausrichtung zu korrigieren, dann werden so große Probleme der Absolventenarbeitslosigkeit entstehen, daß sogar noch das Jahr 2000 damit belastet sein kann. Dies würde zugleich bedeuten, daß der Arbeitsmarkt den Qualifiziertenbedarf zu einem gewissen Teil nicht aus dem Reservoir der Hochschulabsolventen decken kann, sondern daß nach wie vor auf reine Praktiker zurückgegriffen werden muß, daß also der Selfmademan ohne Studium weiterhin beste Aussichten hat. Möglicherweise führt die Entwicklung dazu, daß die Hochschulen sich im Weiterbildungsbereich besonders engagieren müssen, um die von ihnen irregeleiteten Absolventen am Ende doch noch auf den rechten Weg zu bringen.

E. KONSEQUENZEN BEZÜGLICH DER BERUFSEFFIZIENZ DER HOCHSCHULARBEIT

1. Die Ineffizienz der offiziellen Arbeitsmarktanalysen der BLK usw.

Die in jüngster Zeit von der BLK usw. in die Öffentlichkeit gebrachten Akademikerberechnungen weisen, wie schon bemerkt, für das Jahr 2000 einen Riesenbestand von 4 Millionen und mehr arbeitssuchenden Absolventen aus. Dementsprechend erscheint die Akademikerzukunft in sehr düsteren Farben, was der BLK-Analyse den Charakter eines Alarmsignals gibt. In diesen Chor sind mittlerweile weitere Institutionen eingefallen, von denen sich die GEW mit der Forderung hervortat, daß die verfehlte Absolventenüberproduktion vom Staatsbereich aufgenommen werden müsse.

Auf dem Hintergrund der oben angestellten Berechnungen erweist sich jedoch die BLK-Darstellung als maßlos übertrieben. Sie harmonisiert nicht mit der Realität der Netto-Absolventenzahlen. Dies zeigt sich

schon daran, daß der Erwerbstätigenbestand an Hochschulabsolventen in der BLK-Analyse mit 2,3 Millionen für Anfang 1982 angegeben wird, wo die prüfungsstatistisch fundierte Berechnung mindestens 15% weniger ergibt. Der Grund für die BLK-Fehler ist, daß auf dem problematischen Mikrozensus und auf der noch problematischeren Analyse von Tessaring und Weißhuhn aufgebaut wurde. Diese aus dem Bereich der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit stammende Analyse war wiederum von der unhaltbaren KMK-Analytik inspiriert.

In den KMK-Analysen wird primär von den aufgebauschten Studentenzahlen her gerechnet. Von der Prüfungsstatistik wird allenfalls die Brutto-Absolventenzahl zur Kenntnis genommen, die in beachtlichem Umfang Personendopplungen enthält. So wurde eine Absolventenlawine prognostiziert, die von 133.000 im Jahr 1984 auf bis zu 214.000 im Jahr 1991 klettern kann und damit sogar 20% des Jahrgangs überschreitet. Diese Seifenblase war indessen schon im Prognosejahr 1983 geplatzt, weil damals das Anfängermaximum von 217.000 Deutschen erreicht war und sich der Anfängerrückgang im Frauenbereich bereits anbahnte.

Die so gearteten Berechnungsfehler mögen am Anfang durch Irrtümer und hehre Ausbauzwecke begründet gewesen sein. Sie entbehren jedoch in der aktuellen Situation der Orientierungslosigkeit der Rechtfertigung, zumal die Realität der Netto-Absolventenzahlen durchaus bekannt ist. Daher ist eine völlige Neuorientierung schon hinsichtlich der Analytik notwendig.

2. Die Berufsineffizienz der Hochschularbeit

Die aktuellen Arbeitsmarktschwierigkeiten der Hochschulabsolventen machen deutlich, daß fast die Hälfte der Absolventenproduktion nicht auf den Arbeitsmarktbedarf paßt. Mindestens ein Kapazitätsdrittel der Hochschulen (des Lehrerbereichs usw.) ist völlig überflüssig. Ein anderer Teil kaufmännisch-technischer Ausrichtung hingegen ist hoffnungslos unterdimensioniert.

Dies bedeutet ein vernichtendes Urteil über die Berufseffizienz eines großen Teils der Hochschularbeit. Die Kritik trifft dabei sowohl Bildungspolitiker als auch Hochschulmanager. Die Fehlorientierung geht letztlich zurück auf einen egoistischen Hochschulausbau, bei dem die Realität durch eine Verschleierungsoptik mit Studentenaufbauschungen verdeckt wurde.

Die zunehmende Absolventenarbeitslosigkeit hat ihre Ursache primär in der falschen Ausbildungsausrichtung und nicht im Arbeitsmarktbedarf bzw. einer aufgebauschten Absolventenlawine: Der Arbeitsmarkt ist weder das Jammertal der Horrorpropheten noch das Paradies der Adepten von Georg Picht; er macht die Probleme lösbar.

3. Konsequenzen für die Verbesserung der Berufseffizienz

Die notwendigen Kurskorrekturen müssen an den tief im Hochschulsystem verwurzelten Grundübeln des Ausbauegoismus, der Arbeitsmarktblindheit und der Verschleierungsoptik ansetzen. Notwendig ist eine arbeitsmarktbezogene Festlegung des "Absolventen-Mix", die laufend an den Ist-Resultaten überprüft wird. Hierfür ist die Prüfungsstatistik ein unerläßliches Hilfsmittel, wobei jedoch eine arbeitsmarkttauglichere Statistikgliederung vonnöten ist. Ergänzend müssen Arbeitsmarktdaten hinzukommen, um Angebots-Nachfrage-Diskrepanzen schnell erkennen und in Rückkopplungskorrekturen umsetzen zu können.

Die flankierende Verbesserung der Kosteneffizienz macht Plan-Ist-Analysen notwendig, die eine detaillierte Hochschulfinanzstatistik erfordern. Am Ende müssen die Prüfungsstatistik und die Hochschulfinanzstatistik so aufeinander abgestimmt und detailliert werden, daß sich die Absolventenkosten für das Bundesgebiet, die Bundesländer und die einzelnen Hochschulen fächerspezifisch ermitteln lassen.

Die Kurskorrekturen müssen über diese effizienzanalytischen Verbesserungen hinaus dazu führen, daß die Hochschulkapazität auf den Arbeitsmarkt umstrukturiert, die Ausbildung verkürzt und den Absolventen zu einer besseren Anpassungsflexibilität verholfen wird. Dies führt am Ende auch zu Korrekturen am akademischen Berufsnormierungssystem, das mit seinen gutgemeinten Monopolisierungshilfen die Inflexibilität vergrößert und damit mehr Schaden als Nutzen stiftet.

Hier ist der Blick über die Grenzen hinweg z. B. nach Großbritannien hilfreich. Dort ist die berufliche Absolventenflexibilität wesentlich größer als in der Bundesrepublik, weil das Studium vielfach kürzer ist und für die Berufswahl weniger das "Was" als das "Wie" des Studiums maßgebend ist. Das weitere Parallelbeispiel der USA weist zusätzlich auf Kürzungsnotwendigkeiten der Schulzeit hin.

VI. Ergebnisse und hochschulstatistische Gestaltungskonsequenzen

Die Untersuchung führt neben Grundsatzerkenntnissen zu vielen Einzelresultaten, die sich aufgrund der Prüfungsstatistik ergeben:

(1) Die Netto-Absolventenzahl (ohne Doppelzählungen) hat sich einer begabungs- und qualitätsbedingten Sättigungsgrenze genähert, die bei 13 - 14 % des Altersjahrgangs liegt.

(2) Dies deklassiert die neueste BLK-Analyse ("Künftige Perspektiven von Hochschulabsolventen im Beschäftigungssystem") als weit überzogenes Trugbild: Für das Jahr 2.000 sind nicht 4 Mill. und mehr berufsaktive Akademiker zu erwarten, sondern nur etwa 3 Millionen.

(3) Die Abbrecherquote ist in den letzten Jahren gestiegen und kann sich durchaus auf 20 % der Anfänger verdoppelt haben. Zugenommen hat auch die Studentenaufbauschung (mit "Phantomstudenten" usw.), weshalb der "Anfängerschwund" (bis herab zur Netto-Absolventenzahl) im Durchschnitt ein Drittel und mehr ausmacht.

(4) Sehr groß sind die Universitätsunterschiede beim "Anfängerschwund" und bei den auf die Absolventen bezogenen Kosten und Personalbeständen. "Ordinarien"-Universitäten (z.B.Köln, Bonn, Münster, München) arbeiten wesentlich effizienter als Reformgegenstücke (z.B.Hamburg), fungieren darin jedoch als Sparbüchsen für den landespolitischen Reform- und Ausbauehrgeiz.

(5) Die Bundesländer unterscheiden sich zum Teil erheblich in der Absolventenausrichtung und - mit als Folge - auch in der Kostenstruktur ihrer Hochschulen. Im Norden dominieren die arbeitslosen Lehrerabsolventen, im Süden die Universitäts-Diplom/Staatsexamen und Promotionen. Bei den Ausgaben hat der Süden medizinische und naturwissenschaftliche Schwerpunkte, während der Norden das Geld mehr in die arbeitslosenträchtigen Sprach- und Kulturwissenschaften steckt und die größeren Wasserköpfe (zentrale Verwaltung) hat.

(6) Das Nord-Süd-Gefälle strahlt auch auf den Frauenbereich aus: Der Süden hat die höhere Frauenfrequenz bei den Universitäts-Diplom/Staatsexamen und Promotionen, während der Norden relativ mehr Frauen in den übrigen Absolventenbereichen - extrem im Lehrerbereich - hat. Deshalb hatten die Frauen 1983 im Norden einen über 3 % höheren Gesamtabsolventenanteil als im Süden mit der Folge einer größeren Nordarbeitslosigkeit der Absolventinnen.

Die Grundsatzerkenntnisse beginnen damit, daß die Hochschulen vom übergeordneten Staatsauftrag her primär auf die Heranbildung berufstauglicher Absolventen verpflichtet sind, während das individuell-wissenschaftliche Interesse mehr der Forschung gilt und daher zur Verschleierungsoptik führt. Das Dilemma muß in einem Effizienzanalysesystem überwunden werden, das von der Bildungseffizienz über die Kosteneffizienz zur (arbeitsmarktbezogenen) Berufseffizienz reicht. Maßgebende Bedeutung kommt dabei den Absolventen zu als zentrales Hochschulergebnis und Bindeglied zum Arbeitsmarkt.

Das effizienzanalytische System besteht aus Planungen, Ist-Kontrollen und Rückkopplungskorrekturen. Das erforderliche Ist-Zahlenmaterial kann zuverlässig nur mit der Hochschulstatistik gewonnen werden. Institutionen wie HIS usw. sind kein adäquater Ersatz. Wegen der Zentralbedeutung der Absolventenfigur steht die Prüfungsstatistik im Vordergrund, gefolgt von der Hochschulfinanzstatistik. Die Studentenstatistik hat demgegenüber nur subsidiäre Bedeutung, zumal sie eine ideale Grundlage für die Verschleierungsoptik ist.

Die offizielle Hochschulpolitik ist nicht dieser Effizienzanalytik verpflichtet. Demgemäß bleibt die Prüfungsstatistik in dem Maße unbeachtet, wie die Hochschulfinanzstatistik unterentwickelt ist. Vorrangig wird auf die Traumwelt der aufgebauschten Studentenstatistik abgestellt. Das Ergebnis ist eine völlig am Arbeitsmarktbedarf vorbeikonstruierte Hochschulkapazität, die sehr viele Studenten in die Irre führt.

Die notwendigen Kurskorrekturen sind nur erreichbar mit einer besseren Effizienzanalytik, in die die Prüfungsstatistik und die Finanzstatistik zentral eingebaut sind: Diese Statistiken sind in gegenseitiger Abstimmung weiter auszubauen. Eine solche Statistikausrichtung kollidiert nicht mit dem Datenschutz und ist über die Berichtsverpflichtung der Hochschulverwaltungen in datengeschützter Form erreichbar, wenn die Datengewinnung kontrolliert wird.

Das bislang noch nicht ausgeschöpfte Hochschulstatistikgesetz ist eine ständige Effizienzmahnung und bedarf schon deshalb keiner Reform. Es läßt sich auf der Grundlage von § 62 I HRG weiter aktivieren.

Dr. Achim-F. Möncke
Statistisches Bundesamt
Wiesbaden

Abschlußprüfungen und Hochschulabsolventen

Ergebnisse, Probleme und methodische Fragen aus der Sicht der Bundesstatistik

Mit dem Inkrafttreten des Hochschulstatistikgesetzes im Jahre 1971 erhielt die Prüfungsstatistik erstmals eine einheitliche Rechtsgrundlage. Prüfungen, die eine Hochschulausbildung abschließen, werden durch zwei selbständige statistische Erhebungen erfaßt, die einander ergänzen: Verwaltungsmeldungen der Hochschulen sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter (Kollektivstatistik) liegen seit dem Wintersemester 1972/73 vor, Bundesergebnisse der Befragung der Prüfungskandidaten (Individualstatistik) wurden erstmals für das Prüfungsjahr 1977 aufbereitet. Ähnlich wie bei der Studentenstatistik führte die Bundesstatistik ältere Erhebungen der Länder fort. Dabei mußten die Fragebogen, Merkmalskataloge und der Erhebungsbereich erweitert sowie das Aufbereitungsprogramm neu entwickelt werden. Aktuelle Ergebnisse der Bundesstatistik standen deshalb erst nach Abschluß einer Umstellungsphase zur Verfügung.

Ergebnisse

Die Meldungen der Kollektivstatistik liefern globale Ergebnisse über abgelegte (bestandene und nicht bestandene) Prüfungen in der Gliederung nach Studiengängen sowie nach dem Geschlecht und der Staatsangehörigkeit (Deutsche - Ausländer) der Kandidaten. Im Beobachtungszeitraum 1973 bis 1983 ist die Gesamtzahl der Abschlußprüfungen von jährlich 100 000 auf 140 000 gestiegen, die der erfolgreichen deutschen Prüfungskandidaten (ohne Doktorprüfungen) von rund 90 000 auf 120 000, wobei etwa zwei Drittel der Abschlüsse in wissenschaftlichen und künstlerischen Studiengängen, ein Drittel in Fachhochschulstudiengängen erfolgten (siehe Anlage, Tabelle 1 und 2).

Die Individualstatistik erfaßt zusätzliche Angaben zur Person (Alter, Staatsangehörigkeit), zur Studiendauer und zum Studienverlauf der Kandidaten (z.B. Auslandsstudien). Die Studiendauer (gesamte Studienzeit in Hochschulsemestern) der Absolventen wissenschaftlicher Studiengänge liegt bei 6 bis 7 Jahren, in Fachhochschulstudiengängen bei rund 4 Jahren. Aussagen zum Studienerfolg

lassen sich aber nicht allein aufgrund der Prüfungsstatistik gewinnen; Voraussetzung hierfür sind Studienverlaufsuntersuchungen oder bereinigte Zahlen für Studienanfänger aus der Studentenstatistik als Bezugsbasis zur Berechnung von Erfolgsquoten.

Zeitreihen und Jahresergebnisse der Prüfungsstatistik veröffentlicht das Statistische Bundesamt jährlich in seiner Fachserie 11, Reihe 4.2 "Prüfungen an Hochschulen". Die Tabellen fassen jeweils die Meldungen eines Wintersemesters und des folgenden Sommersemesters zu Berichtsjahren zusammen. Kurzdarstellungen der jeweils aktuellen Ergebnisse mit ergänzenden Texterläuterungen erscheinen jährlich in "Wirtschaft und Statistik", der Monatszeitschrift des Amtes. Darüber hinaus werden tiefer gegliederte Ergebnisse von Zusatz- oder Sonderauswertungen als "Arbeitsunterlagen" veröffentlicht oder im Rahmen des schriftlichen Auskunftsdienstes einzelnen Interessenten übermittelt.

Probleme und methodische Fragen

Die laufenden Veröffentlichungen beschränken sich im Interesse einer möglichst zügigen Bereitstellung der jeweils aktuellen Ergebnisse auf die notwendigsten methodischen Erläuterungen (Rechtsgrundlage, Meldeverfahren, Merkmalsdefinitionen). Auf eine ausführlichere Darstellung methodischer Besonderheiten, Bewertungen zur Aussagefähigkeit unserer Prüfungsstatistik oder die Diskussion von künftigen Verbesserungsmöglichkeiten muß dort in aller Regel verzichtet werden. Diese Fragen werden aber laufend im engeren Kreis der Referenten für die Hochschulstatistik erörtert. Im folgenden wird versucht, nach mehr als zehnjähriger Verbundenheit mit diesen Arbeiten zu einigen wichtigen Teilaspekten aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes Stellung zu nehmen.

Fall- und Personenzahlen

In der Kollektivstatistik werden nicht Personen, sondern Prüfungsfälle gemeldet. Bei den ersten Staatsprüfungen für das Lehramt erfolgt für jedes Unterrichtsfach der Kandidaten eine Meldung. Daher liegt die Gesamtzahl der Prüfungsmeldungen etwa doppelt so hoch wie die der geprüften Kandidaten, denn die meisten Lehramtskandidaten erwerben die Lehrbefähigung für zwei Fächer, in manchen Fällen auch für nur ein Fach bzw. für drei oder mehr Fächer. Bei allen anderen Prüfungen erfolgt die Meldung nur für das erste

Studienfach, so daß hier die Fall- und die Personenzahlen übereinstimmen. Die Individualerhebung betrifft immer einzelne Personen; "Fallzahlen" liefert sie nur bei zusätzlichen Auswertungen, z.B. über die Fächerkombinationen von Lehramtskandidaten.

Bundesergebnisse der Prüfungsstatistik lagen seit Beginn der Erhebung im Wintersemester 1972/73 zunächst nur aus der Kollektivstatistik vor. Infolge der Fallmeldungen bei den Lehramtsprüfungen waren die Zahlen höher als die Personenzahl der geprüften Kandidaten. Um die Gesamtzahl der Hochschulabsolventen näherungsweise zu ermitteln, wurden seinerzeit auch geschätzte Personenzahlen veröffentlicht: "Personenzahl" war die um 50 % verminderte Zahl der Prüfungsfälle bei der ersten Lehramtsprüfung zuzüglich der vollen Zahl für Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen. Dieses Provisorium wurde eingeführt, obwohl die Statistischen Landesämter im Rahmen der Kollektivstatistik auch Personenzahlen für Lehramtsprüfungen ermitteln; diese waren jedoch nur nach Prüfungsarten, nicht nach den einzelnen Fächern gegliedert und konnten daher nicht in das Tabellenprogramm der Bundesstatistik eingearbeitet werden.

Auch nach Vorliegen personenbezogener Ergebnisse aus der Individualerhebung ab Wintersemester 1976/77 wurden die Umrechnungen fortgesetzt, weil die Individualdaten anfangs noch Lücken aufwiesen. Ab 1979 lagen jedoch so vollständige Personenzahlen für Lehramtskandidaten vor, daß mit ihrer Hilfe die früheren Schätzzahlen korrigiert werden konnten. Ab 1982 werden Personenzahlen für Lehramtsprüfungen in der Fachserie nur noch aus der Individualstatistik veröffentlicht.

Die Gesamtzahlen der Kollektiverhebung für Lehramtsprüfungen lagen 1983 um über 20 000 Fälle höher als die entsprechende Personenzahl (siehe Anlage, Tabelle 1 und 2). Vor einigen Jahren war diese Differenz wegen des früher höheren Anteils der Lehramtsprüfungen noch wesentlich größer. Die Fallmeldungen ersetzen in gewissen Grenzen die aus der Individualstatistik bekannten Belegungs- oder Kombinationstabellen der einzelnen Unterrichtsfächer der Lehramtskandidaten. Diese Angaben werden vor allem für die Kultusministerien der Länder ausgewertet. Da aber die Rangordnung der Fächer je Land und je Abschlußart uneinheitlich ist (teils zwei Hauptfächer, teils ein Hauptfach und ein oder mehrere Nebenfächer), wären derartige Auswertungen auf Bundesebene nicht sinnvoll. Bei einem weiteren Rückgang der Zahl und des Anteils der Lehramtsprüfungen in der Prüfungsstatistik sollte überlegt werden, ob das derzeitige Verfahren der Kollektivstatistik weiter beibehalten wird oder ob die Erhebung auf eine personenbezogene Meldung auch bei den Verwaltungsdaten umgestellt werden muß.

Erst- und Zweitabschlüsse

Die beiden Erhebungen der Prüfungsstatistik enthalten - abgesehen von dem Sonderproblem der Lehramts-Fallzahlen - auch für dieselben Kandidaten mehrere Meldungen, wenn diese eine (zunächst nicht bestandene) Prüfung wiederholen oder wenn sie nacheinander mehrere verschiedene Prüfungen ablegen. Um verläßlich die Zahl der Kandidaten oder Absolventen festzustellen, die ihr Hochschulstudium mit Erfolg beenden, muß daher zwischen "Erstabschlüssen" und zweiten oder weiteren Abschlüssen unterschieden werden; beide Kategorien gehen in die Ergebnisse der Prüfungsstatistik ein, aber nur der Abschluß eines Erststudiums sollte der Ermittlung des globalen Studienerfolgs zugrunde gelegt werden. Weiterführende Studien vertiefen oder erweitern die Qualifikation der Absolventen (z.B. über die Promotion oder Aufbaustudien), sie erhöhen deren Zahl aber nicht weiter. In manchen Studienrichtungen sind Doppelabschlüsse häufig, etwa Staatsexamen oder Diplom und folgende Promotion, wobei für beide Abschlüsse die gleiche Fachstudienzeit angerechnet wird.

In der Kollektivstatistik läßt sich über die Abschlußart nur ein Teil der Zusatzprüfungen ermitteln (Aufbaustudiengänge, Ergänzungsprüfungen, Promotionen). In vielen Fällen können die gemeldeten Prüfungen Erst- oder Zweitabschlüsse sein. Eine Unterteilung ist dann wegen des fehlenden Personenbezugs der Verwaltungsmeldungen nicht möglich. Dieser Nachteil wurde in der Aufbauphase der Statistik 1972 in Kauf genommen, weil neben den durch Zweitabschlüsse etwas überhöhten Ergebnissen zunächst auch mit Lücken in der neuen, noch nicht voll funktionierenden Erhebung zu rechnen war. Mit der Vervollständigung der Meldungen wurde dann der Bedarf nach getrennten Zahlen für Erst- und Zweitabschlüsse stärker.

Aus der Studentenstatistik war bekannt, daß um 1980 über 100 000 (rd. 10 %) aller Immatrikulierten bereits eine Abschlußprüfung bestanden hatten. Die meisten von ihnen strebten die Promotion oder einen anderen zweiten Studienabschluß an. Durch die Individualstatistik der Prüfungskandidaten, deren Daten sich getrennt nach ersten und weiteren Abschlüssen auswerten lassen, konnte seither festgestellt werden, daß 15 bis 20 % aller Abschlußprüfungen Zweitabschlüsse sind. Während ihr Anteil an den Fachhochschulen sehr niedrig liegt (unter 2 %), erreicht er an wissenschaftlichen und Kunsthochschulen rund ein Viertel aller Prüfungen, wobei zwischen den Prüfungsgruppen große Unterschiede bestehen: Die höchsten Anteile von Zweitabschlüssen gibt es bei Promotionen und Lehramtserweiterungsprüfungen (fast 100 %) sowie bei künstlerischen Abschlüssen (rund 40 %). Bei den Diplom- und Staatsprüfungen

liegt er zwischen 7 und 11 % aller Prüfungen. Neben einigen schon vorliegenden Sonderauswertungen plant das Statistische Bundesamt künftig, nach Erst- und Zweitabschlüssen getrennte Tabellen auch in die regulären Veröffentlichungen der Fachserie aufzunehmen.

Prüfungserfolg

Aus dem Anteil der bestandenen an den insgesamt abgelegten Prüfungen läßt sich eine Quote des Prüfungserfolgs errechnen. Diese Quote liegt in beiden Statistiken seit Jahren bei etwa 92 bis 93 %, wobei die einzelnen Studiengänge zwischen 74 % bis 100 % "Prüfungserfolg" verzeichnen.

Als Kennzahl für den erfolgreichen Studienabschluß ist diese Quote jedoch unbrauchbar: Eine zunächst nicht bestandene Prüfung kann - unter Umständen mehrmals - wiederholt werden. Zudem gibt es rechtliche und organisatorische Hindernisse für die vollständige Erfassung der nicht bestandenen Prüfungen; ein Rücktritt der gemeldeten Kandidaten von der Prüfung ist vielfach zulässig, wobei dieser "Schwund" oft 50 % der ursprünglichen Anmeldungen erreicht. Prüfungsfälle, in denen das Prüfungsverfahren vor dem Abschluß abgebrochen wird, werden statistisch nicht ausgewertet. Die entsprechenden Kandidaten müssen sich später ggf. neu zur Prüfung melden. Ähnlich sind Wiederholungen oder Teilwiederholungen vielfach innerhalb desselben Prüfungsverfahrens zulässig, wobei die statistische Meldung erst erfolgt, wenn die Prüfung als "bestanden" oder "endgültig nicht bestanden" abgeschlossen ist. Wegen dieser Verzögerung im Prüfungsverfahren ist der Rücklauf der Erhebungsbogen bei nicht bestandenen Abschlußprüfungen in der Individualstatistik etwas weniger vollständig als in den Verwaltungsmeldungen.

Der Studienerfolg ist also nicht als Quote der in einem bestimmten Berichtszeitraum bestandenen Prüfungen meßbar. Bei der Auswertung der Prüfungsstatistik ist es sinnvoll, wie bisher von der Anzahl der bestandenen Prüfungen bzw. der erfolgreichen Kandidaten auszugehen, wobei eine Erfolgsquote auf die Zahl der Studienanfänger in früheren Jahren zu beziehen ist. Neben der Studiendauer wären dabei auch Studiengangwechsel und der Studienabbruch bzw. Hochschulabgang ohne Examen zu berücksichtigen.

Ermittlung von Absolventenquoten

Seit langem ist bekannt, daß methodisch einwandfreie Absolventenquoten zur Ermittlung des Studienerfolgs nur auf der Grundlage von Untersuchungen des Studienverlaufs ermittelt werden können. Daher wurden Verlaufsauswertungen in den Katalog der Aufgaben nach dem Hochschulstatistikgesetz aufgenommen. Die Studienverlaufsdatei des Statistischen Bundesamtes, über deren erste Auswertungsergebnisse an anderer Stelle berichtet wird, enthält bisher jedoch keine Angaben aus der Prüfungsstatistik; die Berechnung von Erfolgs- oder Absolventenquoten ist auf diesem Wege also noch nicht möglich. Hilfsweise bieten sich Vergleiche von Prüfungszahlen mit Studienanfängerzahlen früherer Jahre an, um Aussagen zum relativen Studienerfolg zu gewinnen. Dabei sind aber zusätzliche Annahmen hinsichtlich der Bewertung und der Vollzähligkeit dieser Daten sowie zur Studiendauer der Absolventen erforderlich, so daß dieser Weg nur zu relativ unsicheren Ergebnissen führt.

In Tabelle 3 der Anlage sind global die Jahressummen für Studienanfänger und Absolventen der wissenschaftlichen und Kunsthochschulen sowie der Fachhochschulen zusammengestellt. Die mittlere Studiendauer der Absolventen ist aus der Individualstatistik bekannt (wissenschaftliche Studiengänge 6 bis 7 Jahre, Fachhochschulstudiengänge rund 4 Jahre). Da vor 1972 vollständige Zahlen über die Studienanfänger fehlen und die Prüfungsdaten ab 1984 noch nicht vorliegen, lassen sich überschlägige Erfolgsquoten nur für die Absolventen der Studienanfängerjahrgänge 1972 bis 1979 (an Fachhochschulen) bzw. 1972 bis 1977 (an wissenschaftlichen Hochschulen) berechnen.

Diese Quoten liegen insgesamt bei etwa 70 % für die wissenschaftlichen Hochschulen, bei 75 bis über 90 % für Fachhochschulabsolventen. Sie wirken nicht unplausibel; die Graphiken 1 bis 3 im Anhang verdeutlichen, wie die Absolventenzahlen mit einer Verzögerung, die etwa der mittleren Studiendauer entspricht, der Entwicklung der Anfängerzahlen folgen. Das Schaubild 3 zeigt, wie nach dem Rückgang der Lehramtsprüfungen ab 1977 verstärkt andere Studienabschlüsse gewählt wurden. Dabei können sich durch Fach- und Studiengangwechsel vieler ehemaliger Lehramtsstudenten vorübergehend die Gesamtstudienzeiten verlängert haben.

Allerdings gibt es eine Reihe methodischer Einschränkungen für die Aussagefähigkeit derartiger Gesamtzahlen: Die Summe der Studienanfänger in den Bestandsmeldungen ist durch Doppelzählungen bei mehrmals Immatrikulierten

erhöht. Wechsler zwischen Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen sind nicht zu berücksichtigen. In den Prüfungszahlen der Kollektivstatistik kann nicht genau zwischen Erstabschlüssen und Abschlüssen im Zweitstudium unterschieden werden. Die Individualstatistik erlaubt zwar diese Trennung, ihre Ergebnisse sind aber erst ab 1980 so vollständig wie die Verwaltungsmeldungen. Schließlich streut die tatsächliche Studiendauer der Absolventen sehr stark um den Mittelwert.

Aus diesen Gründen eignet sich der Bestandsvergleich nicht zur Ermittlung genauer Absolventenquoten. Wenn solche Angaben in tiefer fachlicher oder regionaler Untergliederung benötigt werden, ist es nach meiner Auffassung erforderlich, den Studienerfolg je Anfängerjahrgang ausgehend von bereinigten Personenzahlen der Studienverlaufsdatei und den aus der Prüfungsindividualstatistik gewonnenen Angaben über die erste bestandene Abschlußprüfung dieser Studenten zu ermitteln. Dabei werden Hochschul- und Studienwechsel in ihren Auswirkungen ebenso berücksichtigt wie das Langzeitstudium solcher Studenten, die mit oder ohne Abschluß weiterhin an den Hochschulen verbleiben.

Der Übergang vom Studium in den Beruf

Die Zahl der Hochschulabsolventen wird heute vor allem unter den Gesichtspunkten der Arbeitsmarktentwicklung und der Akademikerarbeitslosigkeit beachtet. Dabei sollten aber globale Ergebnisse der Prüfungsstatistik nicht mit der Absolventenzahl oder der Nachfrage nach Arbeitsplätzen gleichgesetzt werden. Die Zahl der abgelegten Prüfungen ist höher als die der Absolventen, weil ein Teil der Studierenden mit erstem Studienabschluß weiter an den Hochschulen verbleibt. Die Zahl der Abgänger ist höher als die der geprüften Absolventen; Studienunterbrecher, -abbrecher, Absolventen ohne Prüfung (ein Studium ohne förmlichen Abschluß ist nicht immer als "Abbruch" zu werten, so z.B. in vielen künstlerischen Ausbildungsgängen). Die Prüfungsstatistik liefert Informationen über die erreichten Qualifikationen und über die Studiendauer der Absolventen. Sie sagt nichts über die Exmatrikulation oder den Hochschulverbleib der Kandidaten aus. Entsprechende Angaben liefert nur die Studentenstatistik, bei der aber aufgrund der lückenhaften Meldungen der Exmatrikulationsgründe wiederum keine sicheren Aussagen zum Studienerfolg anfallen. Erst die Kombination dieser Aussagen (Abgangsverhalten und Studienerfolg) ergibt voll aussagefähige Studienverlaufsdaten.

Auch bei vollständiger Auswertung aller Unterlagen der Hochschulstatistik bleiben wichtige Fragen offen. Nach dem heutigen Stand der gesetzlichen Grundlagen gibt es keine Verbindung zur Beschäftigtenstatistik; die Berufseinmündung der Hochschulabsolventen kann die amtliche Statistik nur unvollkommen nachzeichnen (punktuell über die Personalstatistik im öffentlichen Dienst). Im Übergangsbereich zwischen Studium und Beruf gibt es zum Teil willkürliche, nur formal begründete Abweichungen: Während in einphasigen oder dualen Ausbildungsrichtungen die Prüfungsstatistik Angaben über den Abschluß des Staatsexamens oder der Laufbahnprüfung enthält (z.B. bei Ärzten, Juristen, Inspektorenanwärtern an Verwaltungsfachhochschulen), brechen die Meldungen für Lehrer und andere Berufe mit Referendarausbildung nach der ersten Staatsprüfung ab. Der gesamte tertiäre Ausbildungsbereich außerhalb der Hochschulen erscheint statistisch "unterbelichtet", weil die Ausbildungsleistung der berufsbegleitenden privaten und öffentlichen Fort- und Weiterbildung einschließlich der innerbetrieblichen Maßnahmen nicht erfaßt werden kann.

3. Zur Vollständigkeit der Prüfungsstatistik

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes enthalten regelmäßig den Hinweis, daß die Ergebnisse der Prüfungsstatistik weitgehend vollständig sind. Kleine Teilbereiche, in denen die Grunddaten noch Lücken oder Mängel aufweisen können, werden genannt. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine geringe Untererfassung der nicht bestandenen Prüfungen und um wenige fehlende Meldungen der Individualstatistik, die zum Teil erhebungstechnisch, zum Teil methodisch bedingt sind (z.B. abweichende Verschlüsselung einzelner Prüfungen durch die Kandidaten bzw. die Prüfungsämter). Diese noch bestehenden Rest-Unschärfen betreffen vor allem die Individualerhebung der Promotionen an einzelnen Universitäten und bestimmte Zweitstudiengänge. Sie beeinträchtigen die Aussagefähigkeit und die Brauchbarkeit der Bundesergebnisse nicht merklich. Gelegentlich - auch im Ausschuß für die Hochschulstatistik - geäußerte Mutmaßungen über größere Erhebungslücken der Prüfungsstatistik sind bisher nicht belegt worden und m.E. für die letzten Jahre auch nicht zutreffend. Wo immer in früheren Zeiten Probleme bei den Erhebungen auftraten, konnten sie in enger Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern und den Meldestellen relativ rasch bereinigt werden.

Im Vergleich zur Bestandsfortschreibung der Studentenstatistik, in der Abweichungen und Meldelücken leichter festzustellen und zu beheben sind, ist die Vollständigkeitskontrolle der Prüfungsstatistiken allerdings aus mehreren Gründen schwieriger: Der Erhebungsbereich ist größer und anders organisiert als bei den Studentendaten. Zudem wird nicht ein (Studenten-) Bestand durch die gemeldeten Prüfungen fortgeschrieben, d.h. die in jedem Semester gemeldeten Prüfungen weisen je Meldestelle immer wieder Schwankungen auf, die zufallsbedingt und richtig sein können, im Einzelfall aber auch mit Meldelücken einhergehen, die ohne Rückfragen bei den Hochschulen nicht zu klären sind.

Der Erhebungsbereich umfaßt neben den rund 240 Hochschulen noch über 100 staatliche und kirchliche Prüfungsämter. Deren Meldungen sind heute zu fast 100 % vollständig, Probleme gibt es gelegentlich bei einzelnen Hochschulen. Diese sind zwar als Erhebungsstellen nach dem Hochschulstatistikgesetz auch für die Lieferung der Prüfungsdaten rechtlich verantwortlich, doch gibt es hochschulintern oft eine größere Zahl einzelner Prüfungsausschüsse oder Prüfungsämter, die jeweils nur für bestimmte Studiengänge zuständig sind. Hinzu kommen die Fakultäten oder Fachbereiche, bei denen die Promotionen erfolgen. Größere Hochschulen besitzen oft mehr als 100 für die Abnahme und Meldung von Prüfungen "zuständige" Stellen, wobei vielfach keine zentrale Lieferung aller Daten an das Statistische Landesamt möglich ist. Die Gesamtzahl der in der Prüfungsstatistik befragten Meldestellen liegt schätzungsweise bei 1 500 bis 2 000 und ist damit wesentlich höher als die der Hochschulen selbst.

Je Prüfungsamt und Semester werden vielfach nur geringe Prüfungszahlen gemeldet, so daß Ausfälle - aber auch Nachmeldungen aus früheren Semestern - nicht immer auffallen. Sobald Hinweise auf Datenlücken vorliegen, können derartige Mängel kurzfristig behoben werden. Die Hochschulen selbst haben ein großes Interesse an vollständigen Meldungen. Sie werden dabei von den zuständigen Landesbehörden unterstützt, denen ebenfalls daran liegt, verläßliche Absolventenzahlen vorzulegen und mit Hilfe der Prüfungsdaten die Studentendateien der Hochschulen von Langzeit- oder "Phantom"studenten zu bereinigen.

Die Statistischen Landesämter vergleichen regelmäßig die eingehenden Meldungen je Prüfungsamt, Studiengang und Hochschule mit den Angaben der Vorsemester und stellen bei auffälligen Änderungen deren Ursachen fest.

Durch diese Rückfragen sind die früheren Abweichungen zwischen der Kollektiv- und der Individualstatistik seit etwa 1980 weitgehend verschwunden bzw. auf wenige, methodisch begründete Sonderfälle beschränkt.

In den vorangegangenen Ausführungen habe ich eine Reihe von Problemen der Prüfungsstatistik angesprochen; manche Details der Erhebungen sind demnach weiter zu verbessern und sollten auch verbessert werden. Die notwendigen Änderungen und Umstellungen erfordern einigen Aufwand, der aber vertretbar ist und die Mühe lohnt, wenn wie bisher alle Beteiligten - Kandidaten, Hochschulen und Prüfungsämter, Landes- und Bundesbehörden sowie die Statistischen Ämter - in ihren jeweiligen Zuständigkeiten an den gemeinsamen Aufgaben mitwirken. Der heute erreichte Qualitätsstand der Prüfungsstatistik sollte auch künftig aufrechterhalten werden. Mit Gewißheit wird dies aber nur dann möglich sein, wenn nach der angekündigten Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes die für Rückfragen und Korrekturen erforderlichen Hilfsmerkmale weiter erhoben werden dürfen.

Abschließend bleibt festzuhalten: Beim Aufbau des heutigen hochschulstatistischen Berichtssystems stand die Prüfungsstatistik zunächst - zeitlich und von der Dringlichkeit her, mit der ihre Ergebnisse gebraucht wurden - sehr im Schatten der Studentenstatistik, die in jeder Hinsicht Vorrang hatte. Dies galt auch für die Arbeitskapazität der Statistischen Ämter, in denen meist dieselben Personen für die Studenten- und die Prüfungsstatistik verantwortlich sind. Dennoch konnte in den siebziger Jahren mit den beiden Erhebungen über die Prüfungen und die Absolventen an Hochschulen ein leistungsfähiges Instrument geschaffen werden, dessen Aussagen nicht nur für den Bereich der Hochschulplanung Bedeutung haben, sondern zunehmend in den größeren Zusammenhängen der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik Beachtung finden und damit zur politischen Bewältigung unserer im Wandel begriffenen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur beitragen.

Anhang:

Tabellen

1 Bestandene Prüfungen 1961 bis 1983 nach Prüfungsgruppen
2 Bestandene Prüfungen 1974 bis 1983 nach Fächergruppen und Prüfungsgruppen
3 Studienanfänger und Abschlußprüfungen an Hochschulen 1967 bis 1984

Schaubilder

1 Deutsche Studienanfänger und Hochschulabsolventen nach ausgewählten Hochschularten
2 Deutsche Studienanfänger und Hochschulabsolventen nach ausgewählten Hochschularten und Geschlecht
3 Deutsche Hochschulabsolventen nach Geschlecht und ausgewählten Prüfungsgruppen

Erhebung der Hochschulen und Prüfungsämter (Verwaltungsmeldungen)

1 Bestandene Prüfungen 1961 bis 1983 nach Prüfungsgruppen

Prüfungsjahr	Insgesamt 1)	Davon					
		Diplom (U) und entsprechende Abschlußprüfungen 2)	Doktorprüfungen			Lehramtsprüfungen 1)	Diplom (FH)/ Kurzstudiengänge 3)
			zusammen	davon			
				Abschlußprüf. (ohne vorausgesetzten 1. Abschluß)	Promotionen nach vorausgesetztem 1. Abschluß		
	Deutsche insgesamt						
1961	36 403	16 476	5 779	941	4 838	14 148	.
1962	39 075	17 364	5 831	850	4 981	15 880	.
1963	42 441	17 662	5 939	959	4 980	18 840	.
1964	43 539	18 442	6 428	1 020	5 408	18 669	.
1965	45 695	18 925	6 382	997	5 385	20 388	.
1966	47 758	21 054	7 156	.	.	19 548	.
1967	52 933	23 946	8 237	.	.	20 750	.
1968	55 021	24 023	9 256	.	.	21 742	.
1969	57 658	23 637	9 581	.	.	24 440	.
1970	59 426	24 370	9 728	.	.	25 328	.
1971	57 684	25 028	9 403	.	.	23 253	.
1972	60 726	25 763	9 064	.	.	25 899	.
1973	97 870	30 349	9 342	1 259	8 083	29 861	28 318
1974	103 764	31 692	9 887	1 360	8 527	33 111	29 074
1975	113 006	31 802	10 497	1 354	9 143	40 132	30 575
1976	115 472	34 446	10 634	1 349	9 285	42 267	28 125
1977	120 322	35 489	10 521	1 384	9 137	42 378	31 934
1978	118 299	37 498	10 805	1 235	9 570	40 423	29 573
1979	119 177	40 436	11 033	1 073	9 960	34 866	32 842
1980	118 864	43 828	11 341	929	10 412	30 222	33 473
1981	117 448	44 637	11 340	841	10 499	27 211	34 260
1982	126 235	48 125	12 042	870	11 172	27 628	38 440
1983	132 594	52 164	12 585	949	11 636	27 213	40 632

weiblich

1961	11 519	2 838	935	156	779	7 746	.
1962	12 767	2 870	1 004	149	855	8 893	.
1963	14 375	3 011	1 001	175	826	10 363	.
1964	14 675	3 250	1 113	166	947	10 312	.
1965	15 948	3 251	1 134	187	947	11 563	.
1966	15 955	3 557	1 262	.	.	11 136	.
1967	16 729	4 073	1 441	.	.	11 215	.
1968	17 776	4 206	1 553	.	.	12 017	.
1969	20 652	4 109	1 619	.	.	14 924	.
1970	20 912	4 125	1 639	.	.	15 148	.
1971	18 602	4 116	1 574	.	.	12 912	.
1972	20 367	4 796	1 447	.	.	14 124	.
1973	27 133	5 594	1 554	290	1 264	16 234	3 751
1974	30 075	5 493	1 465	293	1 172	18 094	5 023
1975	36 769	5 849	1 677	328	1 349	22 613	6 630
1976	38 610	7 057	1 676	325	1 351	23 136	6 741
1977	40 702	8 012	1 664	336	1 328	22 920	8 106
1978	40 987	9 200	1 769	303	1 466	22 877	7 141
1979	41 616	10 782	2 064	285	1 779	20 118	8 652
1980	40 992	12 413	2 245	259	1 986	17 235	9 099
1981	40 819	12 641	2 335	258	2 077	15 441	10 402
1982	45 579	14 441	2 545	276	2 269	16 092	12 501
1983	49 211	16 408	2 853	329	2 524	16 253	13 697

Ausländer

1961	1 375	907	467	61	406	1	.
1962	1 487	984	503	79	424	-	.
1963	1 720	1 203	516	85	431	1	.
1964	1 981	1 434	546	66	480	1	.
1965	1 966	1 357	589	89	500	20	.
1966	1 894	1 341	530	.	.	23	.
1967	2 268	1 593	651	.	.	24	.
1968	2 474	1 736	716	.	.	22	.
1969	2 353	1 627	691	.	.	35	.
1970	2 663	1 822	787	.	.	54	.
1971	2 557	1 789	702	.	.	66	.
1972	2 559	1 697	756	.	.	106	.
1973	3 699	1 983	744	84	660	75	897
1974	3 783	1 865	819	119	700	79	1 020
1975	4 295	1 867	921	122	799	217	1 290
1976	4 299	2 092	897	114	783	177	1 133
1977	4 569	2 056	865	121	744	267	1 381
1978	4 732	2 331	950	122	828	243	1 208
1979	4 639	2 354	906	126	780	144	1 235
1980	4 816	2 503	881	111	770	230	1 202
1981	4 501	2 242	943	92	851	151	1 165
1982	4 891	2 517	921	112	809	168	1 285
1983	5 070	2 602	1 052	106	946	155	1 261

Fußnoten siehe S. 149

Quelle: Veröffentlichung Fachserie 11, Reihe 4.2, "Prüfungen an Hochschulen 1983".

Erhebung der Hochschulen und Prüfungsämter (Verwaltungsmeldungen)

1 Bestandene Prüfungen 1961 bis 1983 nach Prüfungsgruppen

Prüfungsjahr	Insgesamt 1)	Davon					
		Diplom (U) und entsprechende Abschlußprüfungen 2)	Doktorprüfungen			Lehramtsprüfungen 1)	Diplom (FH)/ Kurzstudiengänge 3)
			zusammen	davon			
				Abschlußprüf. (ohne vorausgesetzten 1. Abschluß)	Promotionen nach vorausgesetztem 1. Abschluß		
	Deutsche und Ausländer insgesamt						
1961	37 778	17 383	6 246	1 002	5 244	14 149	.
1962	40 562	18 348	6 334	929	5 405	15 880	.
1963	44 161	18 865	6 455	1 044	5 411	18 841	.
1964	45 520	19 876	6 974	1 086	5 888	18 670	.
1965	47 661	20 282	6 971	1 086	5 885	20 408	.
1966	49 652	22 395	7 686	.	.	19 571	.
1967	55 201	25 539	8 888	.	.	20 774	.
1968	57 495	25 759	9 972	.	.	21 764	.
1969	60 011	25 264	10 272	.	.	24 475	.
1970	62 089	26 192	10 515	.	.	25 382	.
1971	60 241	26 817	10 105	.	.	23 319	.
1972	63 285	27 460	9 820	.	.	26 005	.
1973	101 569	32 332	10 086	1 343	8 743	29 936	29 215
1974	107 547	33 557	10 706	1 479	9 227	33 190	30 094
1975	117 301	33 669	11 418	1 476	9 942	40 349	31 865
1976	119 771	36 538	11 531	1 463	10 068	42 444	29 258
1977	124 891	37 545	11 386	1 505	9 881	42 645	33 315
1978	123 031	39 829	11 755	1 357	10 398	40 666	30 781
1979	123 816	42 790	11 939	1 199	10 740	35 010	34 077
1980	123 680	46 331	12 222	1 040	11 182	30 452	34 675
1981	121 949	46 879	12 283	933	11 350	27 362	35 425
1982	131 126	50 642	12 963	982	11 981	27 796	39 725
1983	137 664	54 766	13 637	1 055	12 582	27 368	41 893

männlich

1961	26 154	14 475	5 276	839	4 437	6 403	.
1962	27 673	15 394	5 292	772	4 520	6 987	.
1963	29 643	15 744	5 422	862	4 560	8 477	.
1964	30 688	16 514	5 817	908	4 909	8 357	.
1965	31 528	16 903	5 788	891	4 897	8 837	.
1966	33 472	18 664	6 382	.	.	8 426	.
1967	38 369	21 382	7 435	.	.	9 552	.
1968	39 508	21 408	8 358	.	.	9 742	.
1969	39 143	20 999	8 611	.	.	9 533	.
1970	40 881	21 857	8 810	.	.	10 214	.
1971	41 639	22 701	8 531	.	.	10 407	.
1972	42 918	22 664	8 373	.	.	11 881	.
1973	73 944	26 425	8 459	1 040	7 419	13 664	25 396
1974	76 906	27 735	9 155	1 160	7 995	15 046	24 970
1975	79 745	27 444	9 619	1 135	8 484	17 596	25 086
1976	80 373	29 030	9 751	1 114	8 637	19 198	22 394
1977	83 297	29 083	9 596	1 142	8 454	19 573	25 045
1978	81 024	30 038	9 845	1 020	8 825	17 655	23 486
1979	81 223	31 407	9 726	893	8 833	14 801	25 289
1980	81 562	33 219	9 830	748	9 082	13 070	25 443
1981	80 089	33 571	9 792	650	9 142	11 832	24 894
1982	84 299	35 423	10 251	673	9 578	11 597	27 028
1983	87 198	37 588	10 589	695	9 894	11 022	27 999

weiblich

1961	11 624	2 908	970	163	807	7 746	.
1962	12 889	2 954	1 042	157	885	8 893	.
1963	14 518	3 121	1 033	182	851	10 364	.
1964	14 832	3 362	1 157	178	979	10 313	.
1965	16 133	3 379	1 183	195	988	11 571	.
1966	16 180	3 731	1 304	.	.	11 145	.
1967	16 832	4 157	1 453	.	.	11 222	.
1968	17 987	4 351	1 614	.	.	12 022	.
1969	20 868	4 265	1 661	.	.	14 942	.
1970	21 208	4 335	1 705	.	.	15 168	.
1971	18 602	4 116	1 574	.	.	12 912	.
1972	20 367	4 796	1 447	.	.	14 124	.
1973	27 625	5 907	1 627	303	1 324	16 272	3 819
1974	30 641	5 822	1 551	319	1 232	18 144	5 124
1975	37 556	6 225	1 799	341	1 458	22 753	6 779
1976	39 398	7 508	1 780	349	1 431	23 246	6 864
1977	41 594	8 462	1 790	363	1 427	23 072	8 270
1978	42 007	9 791	1 910	337	1 573	23 011	7 295
1979	42 593	11 383	2 213	306	1 907	20 209	8 788
1980	42 118	13 112	2 392	292	2 100	17 382	9 232
1981	41 860	13 308	2 491	283	2 208	15 530	10 531
1982	46 827	15 219	2 712	309	2 403	16 199	12 697
1983	50 466	17 178	3 048	360	2 688	16 346	13 894

1) Personenzählung: Die in den Jahren 1973 - 1981 gemeldeten Fallzahlen der 1. Staatsprüfung für das Lehramt wurden in Personenzahlen umgerechnet. In der Regel erwirbt jeder Absolvent die Lehrbefähigung für zwei Unterrichtsfächer. Abprüfungsjahr 1982 wurden die Fallzahlen durch die Ergebnisse der Individualerhebung ersetzt.

2) Alle Abschlußprüfungen an Hochschulen, ohne Promotionen und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen, sowie staatliche und kirchliche Prüfungen (ohne Lehramtsprüfungen).

3) Einschl. Graduierungen. Für die Jahre 1961 - 1972 liegen nur unvollständige Angaben vor.

Quelle: Veröffentlichung Fachserie 11, Reihe 4.2. "Prüfungen an Hochschulen 1983".

Erhebung der Hochschulen und Prüfungsämter (Verwaltungsmeldungen)

2 Bestandene Prüfungen 1974 bis 1983 nach Fächergruppen und Prüfungsgruppen

Fächergruppe / Prüfungsjahr		Insgesamt			Davon											
					Diplom (U) und entsprechende Abschlußprüfungen 1)			Doktorprüfungen			Lehramtsprüfungen (Fallzahlen) 2)			Diplom (FH)/ Kurzstudiengänge 3)		
		insg.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.
Sprach- und Kulturwissenschaften	1974	36 457	15 831	20 626	3 720	2 309	1 411	1 313	1 048	265	30 990	12 390	18 600	434	84	350
	1975	42 067	17 699	24 368	4 406	2 524	1 882	1 355	1 067	288	35 779	13 981	21 798	527	127	400
	1976	49 018	20 663	28 355	5 049	2 820	2 229	1 300	1 017	283	42 170	16 683	25 487	499	143	356
	1977	48 893	20 490	28 403	6 062	3 247	2 815	1 559	1 194	365	40 379	15 788	24 591	893	261	632
	1978	49 120	19 503	29 617	6 089	3 233	2 856	1 328	1 028	300	40 634	14 841	25 793	1 069	401	668
	1979	43 047	16 742	26 305	5 772	2 929	2 843	1 141	854	287	35 307	12 697	22 610	827	262	565
	1980	38 240	15 323	22 917	6 780	3 367	3 413	1 079	793	286	29 657	10 954	18 703	724	209	515
	1981	34 580	14 130	20 450	6 693	3 462	3 231	1 130	812	318	25 973	9 651	16 322	784	205	579
	1982	36 296	14 324	21 972	7 412	3 762	3 650	1 265	869	396	26 794	9 495	17 299	825	198	627
	1983	37 557	14 159	23 398	8 293	4 068	4 225	1 299	908	391	27 100	8 968	18 132	865	215	650
Sport	1974	3 046	1 701	1 345	254	174	80	-	-	-	2 792	1 527	1 265	-	-	-
	1975	3 536	2 003	1 533	194	144	50	4	4	-	3 338	1 855	1 483	-	-	-
	1976	3 796	2 172	1 624	190	129	61	9	8	1	3 597	2 035	1 562	-	-	-
	1977	4 013	2 318	1 695	232	158	74	7	6	1	3 774	2 154	1 620	-	-	-
	1978	3 928	2 097	1 831	226	150	76	6	5	1	3 696	1 942	1 754	-	-	-
	1979	3 752	2 036	1 716	256	173	83	8	5	3	3 488	1 858	1 630	-	-	-
	1980	3 645	1 959	1 686	271	178	93	10	7	3	3 364	1 774	1 590	-	-	-
	1981	3 808	2 120	1 688	301	200	101	9	7	2	3 498	1 913	1 585	-	-	-
	1982	4 205	2 331	1 874	334	222	112	10	8	2	3 861	2 101	1 760	-	-	-
	1983	4 440	2 477	1 963	407	277	130	6	6	-	4 027	2 194	1 833	-	-	-
Wirtschafts- u. Gesellschaftswissenschaften	1974	26 830	20 208	6 622	10 503	9 325	1 178	1 382	1 295	87	4 800	2 757	2 043	10 145	6 831	3 314
	1975	29 926	21 401	8 525	10 584	9 303	1 281	1 343	1 227	116	5 987	3 409	2 578	12 012	7 462	4 550
	1976	30 704	21 562	9 142	10 849	9 225	1 624	1 313	1 212	101	7 004	4 236	2 768	11 538	6 889	4 649
	1977	33 823	23 681	10 142	11 850	9 860	1 990	1 299	1 167	132	7 727	4 990	2 737	12 947	7 664	5 283
	1978	32 263	22 161	10 102	13 335	10 605	2 730	1 288	1 194	94	7 272	4 282	2 990	10 368	6 080	4 288
	1979	33 709	22 413	11 296	13 313	10 250	3 063	1 227	1 107	120	5 160	2 865	2 295	14 009	8 191	5 818
	1980	33 564	21 895	11 669	14 094	10 506	3 588	1 232	1 111	121	4 473	2 530	1 943	13 765	7 748	6 017
	1981	34 249	21 612	12 637	14 627	10 798	3 829	1 185	1 055	130	3 480	1 965	1 515	14 957	7 794	7 163
	1982	39 122	24 212	14 910	14 690	10 708	3 982	1 285	1 127	158	3 391	1 855	1 536	19 756	10 522	9 234
	1983	41 272	25 146	16 126	14 741	10 514	4 227	1 264	1 077	187	3 332	1 733	1 599	21 935	11 822	10 113
Mathematik, Naturwissenschaften	1974	25 889	15 755	10 134	5 893	4 779	1 114	2 442	2 275	167	17 334	8 513	8 821	220	188	32
	1975	28 847	16 953	11 894	5 574	4 748	826	2 558	2 310	248	20 143	9 412	10 731	572	483	89
	1976	29 447	17 814	11 633	5 708	4 745	963	2 695	2 471	224	20 724	10 314	10 410	320	284	36
	1977	27 811	16 741	11 070	6 136	4 859	1 277	2 798	2 516	282	18 596	9 139	9 457	281	227	54
	1978	25 473	15 564	9 909	6 393	4 982	1 411	2 590	2 340	250	16 088	7 939	8 149	402	303	99
	1979	23 713	14 760	8 953	6 301	4 801	1 500	2 714	2 396	318	13 878	6 897	6 981	820	666	154
	1980	22 544	14 319	8 225	6 475	4 828	1 647	2 739	2 399	340	12 238	6 171	6 067	1 092	921	171
	1981	22 684	14 382	8 302	7 318	5 353	1 965	2 715	2 370	345	11 653	5 872	5 781	998	787	211
	1982	23 314	14 507	8 807	8 146	5 703	2 443	2 627	2 275	352	11 515	5 735	5 780	1 026	794	232
	1983	23 843	14 859	8 984	8 932	6 236	2 696	2 736	2 320	416	11 058	5 455	5 603	1 117	848	269

Human- und Veterinärmedizin	1974	11 011	8 620	2 391	6 786	5 338	1 448	4 225	3 282	943	-	-	-	-	-	-
	1975	10 949	8 539	2 410	6 272	4 897	1 375	4 677	3 642	1 035	-	-	-	-	-	-
	1976	11 674	9 029	2 645	7 008	5 403	1 605	4 666	3 626	1 040	-	-	-	-	-	-
	1977	9 537	7 397	2 140	5 310	4 086	1 224	4 227	3 311	916	-	-	-	-	-	-
	1978	9 654	7 369	2 285	4 619	3 478	1 141	5 035	3 891	1 144	-	-	-	-	-	-
	1979	13 372	9 700	3 672	8 026	5 714	2 312	5 346	3 986	1 360	-	-	-	-	-	-
	1980	14 696	10 555	4 141	9 016	6 374	2 642	5 680	4 181	1 499	-	-	-	-	-	-
	1981	13 782	9 884	3 898	7 941	5 595	2 346	5 841	4 289	1 552	-	-	-	-	-	-
	1982	15 408	10 929	4 479	9 182	6 326	2 856	6 226	4 603	1 623	-	-	-	-	-	-
	1983	17 348	12 041	5 307	10 627	7 136	3 491	6 721	4 905	1 816	-	-	-	-	-	-
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften ...	1974	2 418	1 419	999	664	499	165	285	262	23	638	32	606	831	626	205
	1975	2 789	1 731	1 058	998	742	256	338	301	37	525	26	499	928	662	266
	1976	2 766	1 624	1 142	1 021	698	323	347	307	40	565	26	539	833	593	240
	1977	2 854	1 757	1 097	1 188	776	412	323	287	36	449	39	410	894	655	239
	1978	3 241	1 927	1 314	1 329	790	539	327	276	51	528	54	474	1 057	807	250
	1979	3 528	2 051	1 477	1 413	803	610	281	220	61	439	47	392	1 395	981	414
	1980	4 059	2 395	1 664	1 679	1 030	649	331	262	69	539	67	472	1 510	1 036	474
	1981	4 312	2 515	1 797	1 789	1 069	720	317	240	77	498	66	432	1 708	1 140	568
	1982	4 440	2 561	1 879	1 867	1 128	739	361	262	99	558	71	487	1 654	1 100	554
	1983	4 709	2 679	2 030	2 056	1 229	827	361	248	113	632	104	528	1 660	1 098	562
Ingenieurwissenschaften	1974	24 274	23 456	818	5 088	4 955	133	901	896	5	1 089	1 070	19	17 196	16 535	661
	1975	23 367	22 303	1 064	4 828	4 655	173	1 027	1 001	26	1 228	1 180	48	16 284	15 467	817
	1976	22 516	21 323	1 193	5 689	5 483	206	972	955	17	1 156	1 113	43	14 699	13 772	927
	1977	25 329	23 611	1 718	5 760	5 493	267	1 045	1 038	7	1 676	1 598	78	16 848	15 482	1 366
	1978	25 567	23 658	1 909	6 457	6 071	386	1 042	1 032	10	1 367	1 258	109	16 701	15 297	1 404
	1979	24 826	23 036	1 790	6 503	6 112	391	1 098	1 088	10	1 320	1 156	164	15 905	14 680	1 225
	1980	24 957	23 118	1 839	6 710	6 270	440	997	983	14	1 105	963	142	16 145	14 902	1 243
	1981	24 562	22 632	1 930	6 784	6 347	437	950	935	15	1 118	955	163	15 710	14 395	1 315
	1982	24 463	22 484	1 979	7 130	6 672	458	1 042	1 026	16	1 137	982	155	15 154	13 804	1 350
	1983	24 638	22 422	2 216	7 698	7 149	549	1 025	999	26	1 055	883	172	14 860	13 391	1 469
Kunst, Kunstwissenschaft	1974	6 490	2 506	3 984	635	342	293	158	97	61	4 429	1 361	3 068	1 268	706	562
	1975	7 875	2 987	4 888	811	429	382	116	67	49	5 406	1 606	3 800	1 542	885	657
	1976	8 598	3 320	5 278	1 019	522	497	149	90	59	6 141	2 010	4 131	1 289	698	591
	1977	8 154	3 319	4 835	993	590	403	128	78	50	5 581	1 895	3 686	1 452	756	696
	1978	7 516	2 956	4 560	1 363	711	652	139	79	60	4 830	1 568	3 262	1 184	598	586
	1979	6 950	2 588	4 362	1 206	625	581	123	70	53	4 500	1 384	3 116	1 121	509	612
	1980	6 862	2 574	4 288	1 309	668	641	153	93	60	3 961	1 186	2 775	1 439	627	812
	1981	6 243	2 382	3 861	1 426	747	679	135	83	52	3 414	979	2 435	1 268	573	695
	1982	7 180	2 771	4 409	1 881	902	979	147	81	66	3 842	1 178	2 664	1 310	610	700
	1983	7 665	2 981	4 684	2 012	979	1 033	225	126	99	3 972	1 251	2 721	1 456	625	831
Insgesamt[4] ...	1974	138 398	90 416	47 982	33 558	27 736	5 822	10 706	9 155	1 551	64 040	28 555	35 485	30 094	24 970	5 124
	1975	155 112	95 978	59 134	33 669	27 444	6 225	11 418	9 619	1 799	78 160	33 829	44 331	31 865	25 086	6 779
	1976	159 850	98 130	61 720	36 538	29 030	7 508	11 531	9 751	1 780	82 523	36 955	45 568	29 258	22 394	6 864
	1977	160 488	99 369	61 119	37 545	29 083	8 462	11 386	9 597	1 789	78 242	35 644	42 598	33 315	25 045	8 270
	1978	156 904	95 371	61 533	39 829	30 038	9 791	11 755	9 845	1 910	74 539	32 002	42 537	30 781	23 486	7 295
	1979	152 899	93 327	59 572	42 790	31 407	11 383	11 939	9 726	2 213	64 093	26 905	37 188	34 077	25 289	8 788
	1980	148 573	92 143	56 430	46 334	33 221	13 113	12 222	9 830	2 392	55 342	23 649	31 693	34 675	25 443	9 232
	1981	144 225	89 661	54 564	46 879	33 571	13 308	12 283	9 792	2 491	49 638	21 404	28 234	35 425	24 894	10 531
	1982	154 429	94 120	60 309	50 642	35 423	15 219	12 963	10 251	2 712	51 099	21 418	29 681	39 725	27 028	12 697
	1983	161 472	96 764	64 708	54 766	37 588	17 178	13 637	10 589	3 048	51 176	20 588	30 588	41 893	27 999	13 894

1) Alle Abschlußprüfungen an Hochschulen, ohne Promotionen und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen, sowie staatliche und kirchliche Prüfungen (ohne Lehramtsprüfungen).
2) In der Regel erwirbt jeder Absolvent die Lehrbefähigung für zwei Unterrichtsfächer, die getrennt gemeldet werden.
3) Einschl. Graduierungen.
4) Einschl. "Sonstige Fächer".

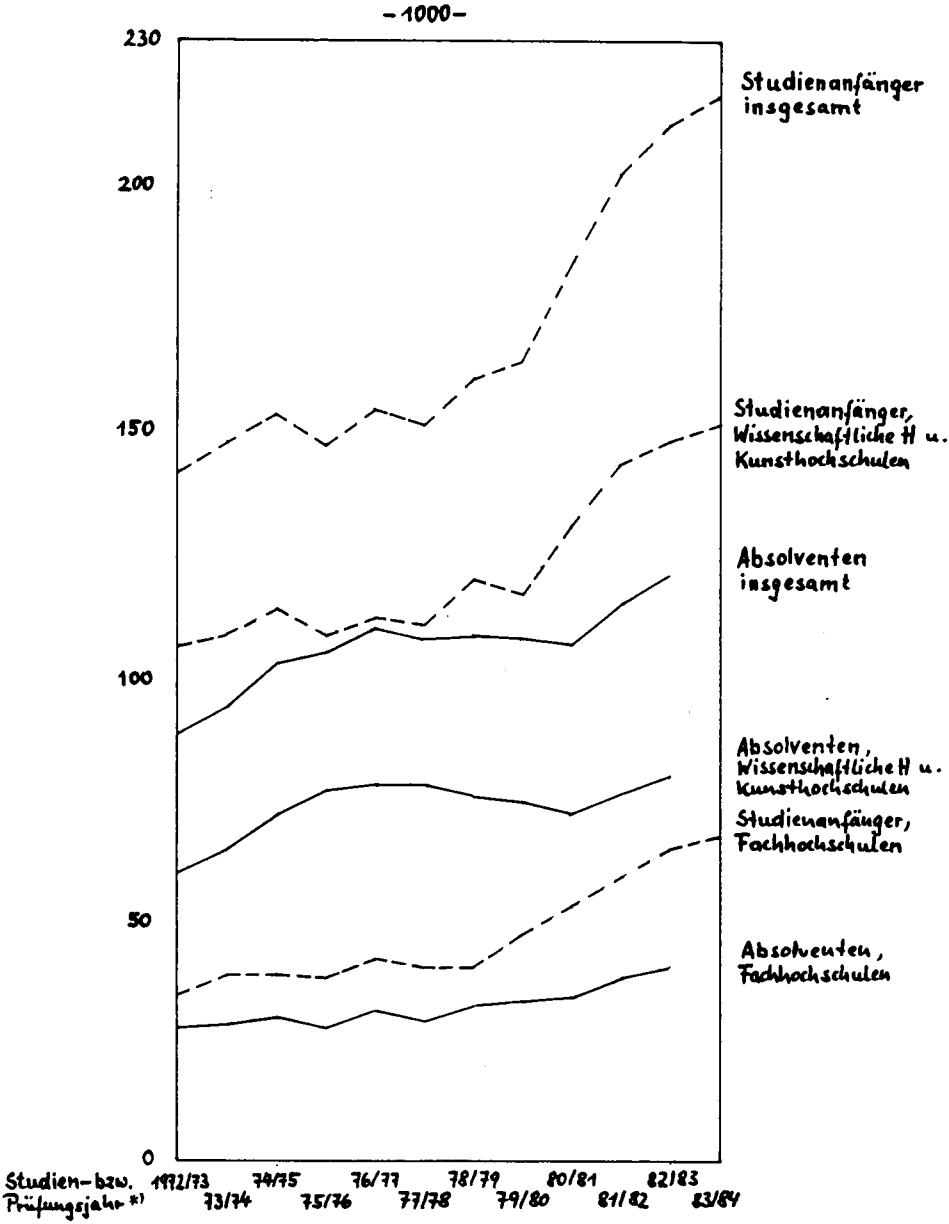
Quelle: Veröffentlichung Fachserie 11, Reihe 4.2. "Prüfungen an Hochschulen 1983".

3 Studienanfänger und Abschlußprüfungen an Hochschulen

Studienjahr[1]	Studienanfänger (Erstimmatrikulierte)			Bestandene Abschlußprüfungen (ohne Promotionen)		
	insgesamt	Wissenschaftliche H. und Kunsthochschulen 2)	Fachhochschulen	insgesamt	Diplom (U) und entsprechende Abschlüsse 3)	Diplom (FH)/ Kurzstudiengänge
1966/67	56 666	56 666	-	46 313	46 313	-
1967/68	78 695	78 695	-	47 523	47 523	-
1968/69	90 555	90 555	-	49 739	49 739	-
1969/70	86 649	86 649	-	51 574	51 574	-
1970/71	.	94 541	.	.	50 136	.
1971/72	.	107 576	.	.	53 465	.
1972/73	153 939	116 857	37 082	91 483	62 268	29 215
1973/74	159 408	118 214	41 194	96 841	66 747	30 094
1974/75	164 571	123 405	41 166	105 883	74 018	31 865
1975/76	157 312	117 027	40 285	108 240	78 982	29 258
1976/77	164 979	120 638	44 341	113 505	80 190	33 315
1977/78	161 466	119 322	42 144	111 276	80 495	30 781
1978/79	171 314	128 923	42 391	111 877	77 800	34 077
1979/80	175 829	126 555	49 274	111 458	76 783	34 675
1980/81	196 989	141 714	55 275	109 666	74 241	35 425
1981/82	217 259	155 752	61 507	118 163	78 438	39 725
1982/83	226 856	159 887	66 969	124 027	82 134	41 893
1983/84	232 489	162 727	69 762	...	...	...

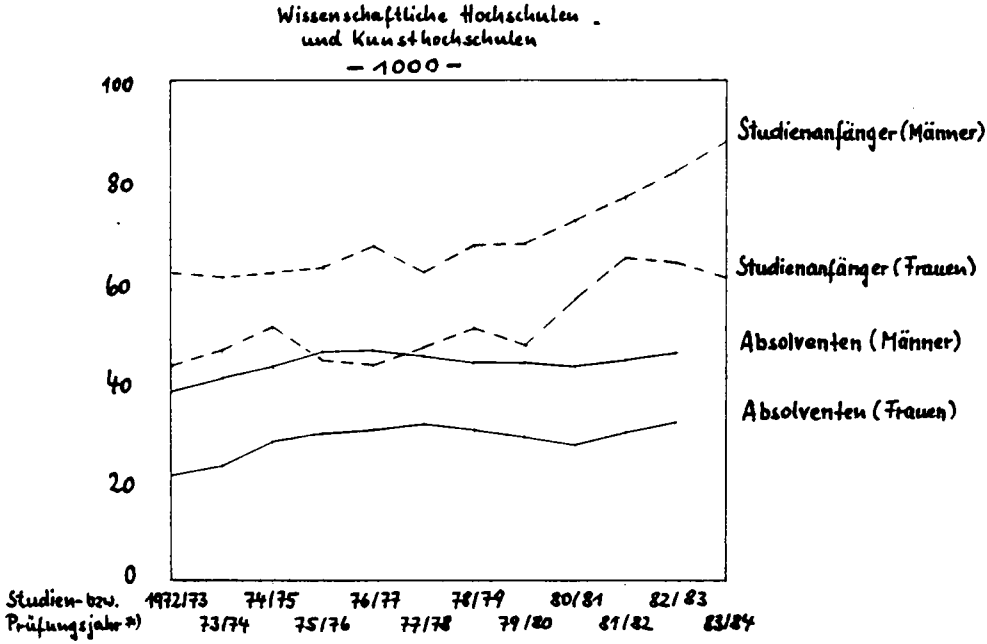
1) Wintersemester und folgendes Sommersemester (z.B. 1966/67 = Wintersemester 1966/67 und Sommersemester 1967).-
2) Einschl. Gesamthochschulen.-
3) Einschl. Lehramtsprüfungen (Personenzahlen).

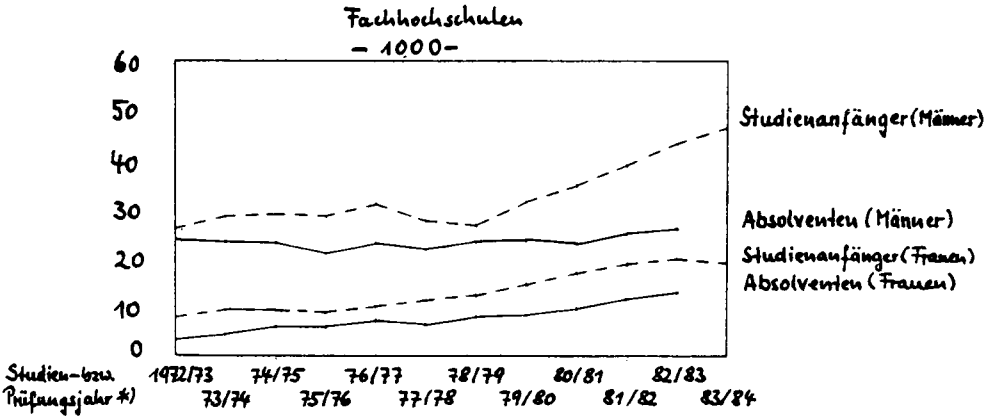
1 Deutsche Studienanfänger und Hochschulabsolventen nach ausgewählten Hochschularten



*) Wintersemester und folgendes Sommersemester (z.B. 1972/73 = WS 1972/73 und SS 73)

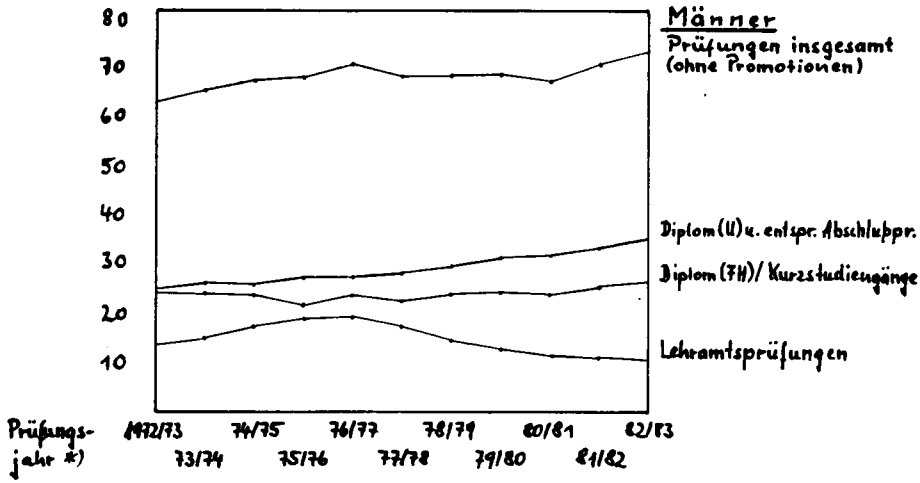
2 Deutsche Studienanfänger und Hochschulabsolventen nach ausgewählten Hochschularten und Geschlecht

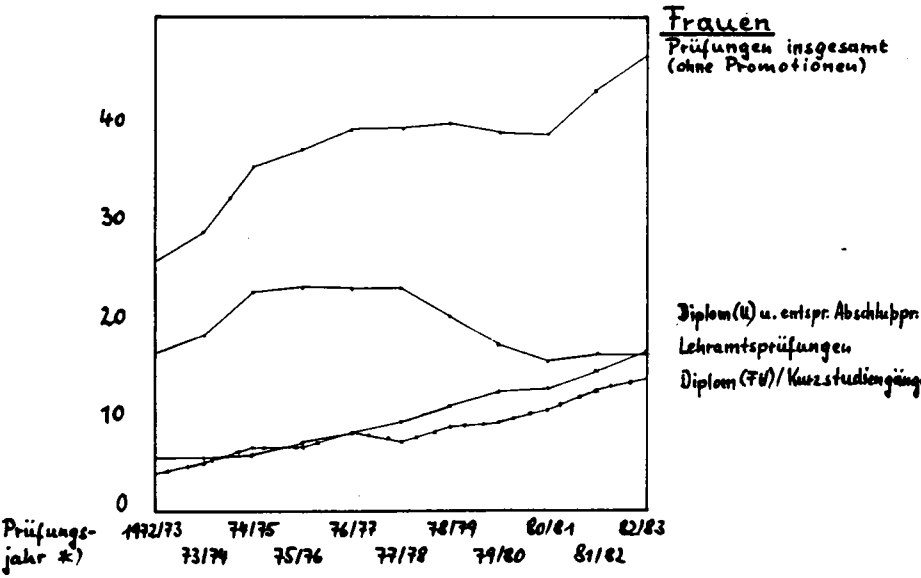




*) Wintersemester und folgendes Sommersemester (z.B. 1972/73 = WS 1972/73 und SS 73)

3 Deutsche Hochschulabsolventen nach Geschlecht und ausgewählten Prüfungsgruppen





*) Wintersemester und folgendes Sommersemester (z.B. 1972/73 = WS 1972/73 und SS 73)